

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

JUNI 1969



INHALT

Seite

Die Kommunalwahlen am 8. Juni 1969	127
Die Neugliederung der Verwaltungsgebiete	135
Das Wirtschaftsgefüge der neuen kreisfreien Städte und Landkreise	143
Verbesserte Sozialproduktszahlen für 1968	150
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im Jahre 1968	153
Kriegsopferfürsorge im Jahre 1968	155
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	41*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	47*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

Soeben ist erschienen

DIE STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IN RHEINLAND - PFALZ IM JAHRE 1967

Band 190 der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz

Umfang 49 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 5,-

Täglich verunglücken 84 Menschen im Straßenverkehr auf den rheinland-pfälzischen Straßen, davon drei tödlich. Insgesamt waren 1967 von der Polizei 73 172 Straßenverkehrsunfälle festgestellt worden. Die an diesen Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer, getöteten bzw. verletzten Personen, die Unfallarten und -ursachen, die Unfallorte und die zeitlichen Schwankungen sowie bestimmte Unfallschwerpunkte auf den Bundesautobahnen und -straßen darzustellen und zu untersuchen, ist Aufgabe der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik.

In dem jetzt vorliegenden Band 190 aus der Reihe "Statistik von Rheinland-Pfalz" werden die Ergebnisse aus der laufenden Straßenverkehrsunfallstatistik für das Jahr 1967 erstmalig zusammengefaßt nachgewiesen und kommentiert. Die Ausführungen sind

durch übersichtliche Schaubilder und Textübersichten und durch kurzgefaßte Hinweise auf die methodischen Grundlagen der Statistik ergänzt.

Der Band kann direkt vom Statistischen Landesamt oder durch den Buchhandel bezogen werden.



Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich
- .. = Angabe sachlogisch nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an

- Ø = Durchschnitt
- p = vorläufige Angabe
- r = berichtigte Angabe
- s = geschätzte Angabe

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland - Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland - Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,-; Jahresabonnement DM 20,-; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland - Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 6

Juni 1969

Die Kommunalwahlen am 8. Juni 1969

Die Kommunalwahlen am 8. Juni 1969 fanden am Tage nach dem Inkrafttreten der Landesgesetze über die territoriale Verwaltungsreform im Lande Rheinland-Pfalz¹⁾ statt.

Waren bei den Kommunalwahlen am 25. Oktober 1964 die Gemeinderäte von 2 918 Gemeinden zu wählen, so hat sich durch die mit der Auflösung von Gemeinden verbundenen Neubildungen und Eingemeindungen die Zahl der 1969 ihren Gemeinderat wählenden Gemeinden um 326 auf 2 592 verringert. Erstmals wählten die verbandsangehörigen Gemeinden der 128 Verbandsgemeinden ihre Vertretungskörperschaften. Im Jahre 1964 waren in den amtsangehörigen Gemeinden der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, in denen die am 1. Oktober 1968 durch die im ganzen Land geltende Verbandsgemeindeordnung abgelöste Amtsverfassung bestand, die Wahlen zu den Amtsvertretungen der 132 Ämter, aus denen die derzeitigen Verbandsgemeinden entstanden sind, durchgeführt worden. Die Kreistagswahlen hatten über die Sitzverteilung in den Kreistagen der 28 Landkreise zu entscheiden. Auf Grund des Dritten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung waren von 39 Landkreisen, für die 1964 die Kreistage gewählt worden waren, 22 aufgelöst worden. Elf neugebildete Landkreise hatten ihren ersten Kreistag zu wählen, von den übrigen 17 Landkreisen, in denen der Kreistag gewählt wurde, hatten neun Landkreise Gebietsänderungen teils größeren, teils geringeren Umfanges erfahren. Zusammen mit den Wahlen zu den Gemeinde-, Verbandsgemeindevertretungen und Kreistagen wurde im Gebiet des Bezirksverbands Pfalz, das auf Grund des Ausscheidens einiger Gemeinden und der Eingliederung der in den Landkreis Kusel aufgenommenen Gemeinden in seinem Gebietsumfang geändert worden ist, der Bezirkstag neu gewählt.

Grundlage für die Durchführung der Wahlen war das Kommunalwahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juli 1969 (GVBl. S. 181), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Landesgesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften und zur Vorbereitung der Neugliederung von Gemeinden vom 16. Juli 1968 (GVBl. S. 132), und die Kommunalwahlordnung vom 18. Juli 1960 (GVBl. S. 187), zuletzt geändert durch die Landesverordnung vom 27. Februar 1969 (GVBl. S. 84).

¹⁾ Vgl. M. Unglaub: Die Neugliederung der Verwaltungsgebiete (nachstehender Beitrag).

1. Wahlsystem

Nach den Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes wird eine Wahl, wenn nur ein Wahlvorschlag zugelassen oder überhaupt kein Wahlvorschlag eingereicht worden ist, nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl, wenn zwei oder mehr Wahlvorschläge zugelassen sind, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt.

Bei der Mehrheitswahl kann jeder Wähler doppelt soviel wählbare Personen auf dem Stimmzettel aufschreiben, als Ratsmitglieder zu wählen sind; gewählt sind diejenigen Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei der Verhältniswahl kreuzt der Wähler auf dem Stimmzettel den Wahlvorschlag an, dem er seine Stimme geben will (starre Listenwahl). Die Sitze werden auf die Wahlvorschläge, die mehr als 5% der Stimmen erhalten haben, nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Für die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber einer Partei oder Wählergruppe ist die Reihenfolge des Wahlvorschlages maßgebend.

Die Gemeinderatswahlen fanden in 1 366 der 2 592 Gemeinden als Mehrheitswahl (1964 in 1 487 von 2 918 Gemeinden), in den übrigen 1 225 Gemeinden (1964 in 1 431 Gemeinden) als Verhältniswahl statt. In einer Gemeinde wurde nicht gewählt. Die Wahlen zu den 128 Verbandsgemeindevertretungen wurden in 127 Verbandsgemeinden als Verhältniswahl (1964 in 131 von 132 Ämtern), in einer Verbandsgemeinde (1964 in einem Amt) als Mehrheitswahl durchgeführt. Die Wahlen zu den Vertretungskörperschaften der großen Wahlgebiete, den Kreistagen und zum Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz, lassen sich nur nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchführen.

2. Wahlvorschläge

Wahlvorschläge konnten von Parteien und Wählergruppen eingereicht werden. Sie mußten, zum Nachweis ihrer Ernsthaftigkeit, von 2% der Wahlberechtigten (jedoch von mindestens 10 und nicht mehr als 200, bei der Bezirkstagswahl von nicht mehr als 800) unterzeichnet sein. Bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen, die in der bisherigen Vertretungskörperschaft vertreten waren, genügten fünf Unterschriften; in gleicher Weise waren die Wahlvorschläge von Parteien privilegiert, die in der kommunalen Vertretungskörperschaft eines übergeordneten Wahlgebietes vertreten waren.

Für die Wahlen zu den 2 952 Gemeindevertretungen sind insgesamt 4 379 Wahlvorschläge (gegenüber 5 003 im Jahre 1964) zugelassen worden. Die CDU kandidierte in 539 Gemeinden (1964 in 662), die SPD in 605 Gemeinden (1964 in 629) und die FDP in 133 Gemeinden (1964 in 139). Sonstige Parteien waren nur in zehn Gemeinden mit Wahlvorschlägen vertreten, und zwar die NPD in sieben Gemeinden, die DKP in drei Gemeinden. Diesen 1 287 Parteiwahlvorschlägen (1964: 1 439) standen 3 092 Wahlvorschläge (1964: 3 564) gegenüber, mit denen sich Wählergruppen an den Wahlen zu den Gemeindevertretungen beteiligten.

Bei den Wahlen zu den 128 Verbandsgemeindevertretungen (1964: zu 132 Amtsvertretungen), zu denen insgesamt 432 Wahlvorschläge (gegenüber 436 im Jahre 1964) zugelassen worden waren, kandidierte die CDU in 124 Verbandsgemeinden (1964: in 121 Ämtern), die SPD in 115 Verbandsgemeinden (1964: in 104 Ämtern) und die FDP in 61 Verbandsgemeinden (1964: in 48 Ämtern). Außer den genannten drei Parteien mit insgesamt 300 Wahlvorschlägen (1964: 283) nahmen 132 Wählergruppen (1964: 153) mit Wahlvorschlägen an den Wahlen zu den Verbandsgemeindevertretungen (1964: Amtsvertretungen) teil.

Um die Sitze in den Kreistagen der 28 Landkreise bewarben sich CDU, SPD und FDP. Die NPD kandidierte in sechs Landkreisen. Daneben traten in 13 Landkreisen 15 Wählergruppen auf, so daß in 15 Landkreisen die Wähler nur über Wahlvorschläge von Parteien zu entscheiden hatten.

An der Bezirkstagswahl des Bezirksverbandes Pfalz beteiligten sich wieder die drei im bisherigen Bezirkstag vertretenen Parteien SPD, CDU und FDP. Außerdem hatten die NPD und eine Wählergruppe je einen Wahlvorschlag eingereicht.

3. Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten zu den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen der Landkreise hat sich seit den letzten Kommunalwahlen um 20 000 auf 2 382 000 erhöht. Auf Grund der geringeren Wahlbeteiligung ging

die Zahl der Wähler um 85 000 zurück. Bei 1 837 000 Wählern ergab sich eine Wahlbeteiligung von 77,1%, eine Ziffer, die um 4,3 Prozentpunkte unter derjenigen der Kommunalwahlen 1964 lag. Ein Vergleich mit den Wahlen der vergangenen Jahre machte bisher deutlich, daß die Wähler an den Kommunalwahlen stärker interessiert waren, als an den Landtagswahlen, an den Bundestagswahlen wiederum stärker als an den Kommunalwahlen. Die Kommunalwahlen am 8. Juni 1969 brachten jedoch eine um 1,4 Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung als die letzte Landtagswahl 1967. Das gegenüber den vorangegangenen Wahlen geringere Wahlinteresse ist in stärkerem Maße durch die kreisfreien Städte, in geringerem Maße durch die Landkreise verursacht. In den kreisfreien Städten ging die Wahlbeteiligung um 5 Prozentpunkte auf 68,9% zurück, während die Wahlbeteiligung in den Landkreisen um 3,7 Prozentpunkte von 83,9 auf 80,2% zurückfiel. Mit einer gleichmäßig guten Wahlbeteiligung unter den Landkreisen führt der Landkreis Germersheim (86,2%), dicht gefolgt von den Landkreisen Landau-Bad Bergzabern und Pirmasens (85,7 bzw. 85,6%). Die mit Abstand geringste Wahlbeteiligung weist der Landkreis Birkenfeld mit 71,1% auf. Zu den Landkreisen mit einer Wahlbeteiligungsziffer, die wesentlich unter dem Landesdurchschnitt lag, zählen auch der Landkreis Ahrweiler (74,5%), der Rhein-Lahn-Kreis (76,5%) und der Landkreis Neuwied (76,7%). Bei den kreisfreien Städten ragt die Stadt Frankenthal (Pfalz) mit einer hohen Wahlbeteiligung von 80,0% heraus. Die niedrigste Wahlbeteiligung weist die Stadt Koblenz mit 62,3% auf, die gegenüber 1964 einen Rückgang der Wahlbeteiligungsziffer um 11,3 Prozentpunkte verzeichnet. Den stärksten Rückgang der Wahlbeteiligungsziffer bei den Landkreisen hat der Landkreis Ahrweiler zu verzeichnen; von 83,6% im Jahre 1964 sank die Wahlbeteiligung um 9,1 Prozentpunkte.

Für Wähler, die am Wahltag verhindert waren, ihre Stimme persönlich vor dem Wahlvorstand abzugeben, besteht seit 1960 die Möglichkeit, brieflich zu wählen. Insgesamt 107 440 Wähler haben 1969

Landesergebnisse der Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen 1953 - 1969

Wahl ¹⁾	Wahlberechtigte 1 000	Wähler 1 000	Wahlbeteiligung %	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen 1 000	davon entfielen auf									
						CDU		SPD		FDP		Sonstige Parteien		Wählergruppen	
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
B 1953	2 143	1 843	86,0	3,7	1 775	924 932	52,1	482 686	27,2	214 805	12,1	152 940	8,6	-	-
L 1955	2 151	1 635	76,0	3,1	1 584	741 384	46,8	501 751	31,7	201 847	12,7	93 627	5,9	45 220	2,9
K 1956	2 175	1 732	79,6	4,2	1 658	681 895	41,1	655 753	39,5	204 232	12,3	23 184	1,4	93 091	5,6
B 1957	2 237	1 976	88,3	3,9	1 899	1 019 709	53,7	578 203	30,4	185 288	9,8	115 805	6,1	-	-
L 1959	2 267	1 749	77,2	2,1	1 712	829 236	48,4	596 984	34,9	165 937	9,7	120 197	7,0	-	-
K 1960	2 288	1 823	79,7	4,0	1 750	793 486	45,3	659 733	37,7	218 531	12,5	24 388	1,4	53 771	3,1
B 1961	2 348	2 070	88,2	4,8	1 970	964 270	48,9	659 830	33,5	259 578	13,2	86 255	4,4	-	-
L 1963	2 363	1 784	75,5	1,8	1 752	777 838	44,4	713 469	40,7	177 377	10,1	83 802	4,7	-	-
K 1964	2 363	1 923	81,4	3,2	1 861	813 223	43,7	798 074	42,9	188 982	10,2	15 649	0,8	44 700	2,4
B 1965	2 404	2 114	88,0	2,8	2 056	1 013 573	49,3	754 175	36,7	209 028	10,2	78 954	3,8	-	-
L 1967	2 387	1 873	78,5	1,5	1 844	861 142	46,7	679 177	36,8	153 089	8,3	150 551	8,1	-	-
K 1969	2 382	1 837	77,1	3,7	1 770	754 013	42,6	721 843	40,8	160 151	9,0	48 683	2,7	85 088	4,9

1) B = Bundestagswahl, L = Landtagswahl, K = Kommunalwahlen (Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte).

von der Briefwahl Gebrauch gemacht. Die Zahl der Briefwähler hat somit gegenüber 1964 um rund 40%, ihr Anteil an den Wählern von 4,0 auf 5,8% zugenommen.

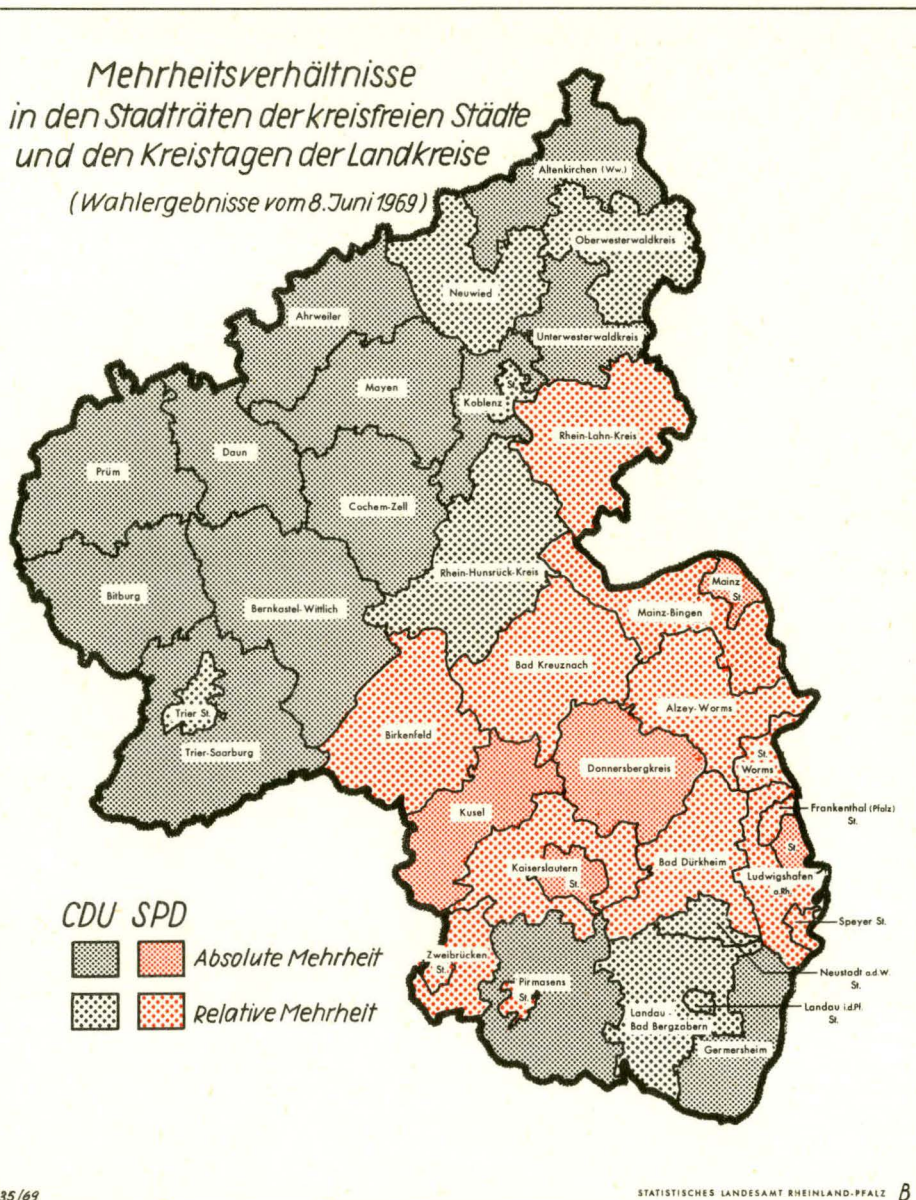
4. Ungültige Stimmen

Rund 68 000 Wähler haben bei den Stadtrats- und Kreistagswahlen eine ungültige Stimme abgegeben. Im Verlauf der Kommunalwahlen war der Anteil der ungültigen Stimmen ständig von 5,7% im Jahre 1952 auf 3,2% im Jahre 1964 zurückgegangen. Nunmehr ist der Anteil der ungültigen Stimmen auf 3,7% angestiegen. Sicherlich kann die Abgabe einer ungültigen Stimme Ausdruck eines politischen Willens sein. Doch steht außer Zweifel, daß eine Vielzahl der ungültigen Stimmen darauf zurückzuführen ist, daß manchem Wähler die Stimmabgabe bei mehreren Wahlgängen Schwierigkeiten macht. Dies läßt sich aus dem Vergleich mit den Quoten bei Landtagswahlen, bei denen der Wähler es nur mit einem Stimmzettel, und zwar einem einfacheren als bei Bundestagswahlen, zu tun hat, ableiten. Bei der Landtagswahl 1963 lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei 1,8%, bei der letzten Landtagswahl 1967 sogar nur bei 1,5%.

Besonders hoch war der Anteil der Wähler, die eine ungültige Stimme abgegeben haben, in den Landkreisen Cochem-Zell (7,3%), Pirmasens (7,2%), Bernkastel-Wittlich (7,1%), Bitburg (6,7%) und Trier-Saarburg (6,5%). Demgegenüber verzeichneten die kreisfreien Städte, in denen lediglich ein Wahlgang stattfand, Anteilsziffern der ungültigen Stimmen, die zwischen 1,6% (Koblenz und Mainz) und 2,3% (Trier) liegen.

5. Ergebnis der Kommunalwahlen

Das Landesergebnis der Kommunalwahlen, als Zusammenfassung der Ergebnisse der Stadtratswahlen der zwölf kreisfreien Städte und der Kreistagswahlen der 28 Landkreise unseres Landes verstanden, zeigte, daß sich auf die CDU und SPD bei einem leichten Rückgang ihrer Anteilsziffern 83,4% aller Wählerstimmen konzentriert haben. Nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen ist die CDU im Lande Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von



42,6% stärkste Partei geblieben; 1964 hatte sie einen Stimmenanteil von 43,7% erzielt, der um 1,1 Prozentpunkte über dem jetzigen lag. Der SPD war es bei den Kommunalwahlen 1964 gelungen, mit fast 800 000 Stimmen und einem Stimmenanteil von 42,9% die meisten Stimmen bei allen Nachkriegswahlen und somit auch den höchsten prozentualen Anteil zu erringen. Ihr Stimmenanteil fiel jetzt um 2,1 Prozentpunkte auf 40,8% zurück. Damit hat sich der Abstand des Stimmenanteils der beiden stärksten Parteien, der 1964 weniger als ein Prozentpunkt (0,8) betrug, auf 1,8 Prozentpunkte vergrößert. Auch die FDP erfuhr Stimmenverluste. Ihr Stimmenanteil ging von 10,2% auf 9,0% zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Kreistagswahlen 1964 die FDP sich in einem Landkreis nicht an der Kreistagswahl beteiligt hatte. Die NPD ist bei den Kommunalwahlen 1969 zum erstenmal aufgetreten. Sie kandidierte nur in den kreisfreien Städten und Landkreisen, in denen sie bei der letzten Landtagswahl gewisse Erfolge erzielt hatte. Das aus vier kreisfreien Städten und

Stimmenverteilung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1964 und 1969
(Für 1964 auf den Gebietsstand vom 7.6.1969 umgerechnete Ergebnisse)

Verwaltungsbezirk	Jahr	CDU	SPD	FDP	Sonst. Par- teien 1)	Wäh- ler- grup- pen
%						
Stadratswahlen der kreisfreien Städte						
Koblenz	1969	44,2	43,9	7,4	-	4,5
	1964	46,0	45,3	8,7	-	-
Trier	1969	42,6	37,0	5,2	-	15,3
	1964	47,4	42,1	8,8	-	1,8
Frankenthal (Pfalz)	1969	26,9	46,7	2,8	-	23,7
	1964	24,1	48,8	3,3	0,4	23,4
Kaiserslautern	1969	30,0	50,8	8,2	11,0	-
	1964	29,1	52,0	9,8	4,3	4,7
Landau i. d. Pfalz	1969	41,6	36,0	7,9	-	14,6
	1964	37,9	39,5	8,9	-	13,7
Ludwigshafen a. Rhein	1969	33,2	58,4	5,0	3,4 ²⁾	-
	1964	34,6	58,4	7,0	-	-
Mainz	1969	38,0	49,2	8,3	4,6 ²⁾	-
	1964	38,8	51,1	9,8	-	0,3
Neustadt a.d.Weinstr.	1969	42,7	34,0	4,8	6,0	12,6
	1964	37,7	44,1	10,7	-	-
Pirmasens	1969	28,1	45,2	5,1	9,7	11,9
	1964	31,9	50,7	9,0	-	8,4
Speyer	1969	34,5	43,1	5,6	-	16,9
	1964	37,5	48,5	6,4	-	7,6
Worms	1969	29,9	45,9	5,6	-	18,7
	1964	31,8	51,5	8,0	0,7	8,0
Zweibrücken	1969	27,2	41,9	7,3	9,6	14,1
	1964	29,3	45,9	12,2	-	12,6
Kreisfreie Städte insgesamt	1969	35,5	46,7	6,3	3,7 ²⁾	7,7
	1964	36,3	50,2	8,4	0,5 ²⁾	4,7
Kreistagswahlen der Landkreise						
Regierungsbezirk Koblenz						
Ahrweiler	1969	65,8	26,3	7,9	-	-
	1964	67,0	26,0	7,0	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1969	50,4	37,7	11,9	-	-
	1964	51,5	38,8	9,6	-	-
Bad Kreuznach	1969	33,0	44,9	12,4	-	9,6
	1964	31,6	50,3	15,9	2,2	0,0
Birkenfeld	1969	24,7	45,9	10,7	7,9	10,8
	1964	24,1	49,8	11,5	4,2	10,4
Cochem-Zell	1969	67,9	23,7	8,4	-	-
	1964	68,7	22,3	4,9	-	4,1
Koblenz	1969	51,7	41,3	7,0	-	-
	1964	52,4	40,8	6,9	-	-
Mayen	1969	56,7	37,9	5,4	-	-
	1964	56,7	38,0	5,3	-	-
Neuwied	1969	46,2	43,6	10,2	-	-
	1964	45,6	43,0	11,4	-	-
Oberwesterwaldkreis	1969	48,4	41,2	10,4	-	-
	1964	47,3	43,9	8,8	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	1969	48,3	32,2	19,6	-	-
	1964	48,9	33,2	15,8	-	2,1
noch: Kreistagswahlen der Landkreise						
Rhein-Lahn-Kreis	1969	36,7	45,9	10,1	-	7,3
	1964	35,0	49,5	11,8	-	3,8
Unterwesterwaldkreis	1969	55,3	35,8	8,8	-	-
	1964	58,3	34,4	7,2	-	-
Landkreise zusammen	1969	47,6	39,1	10,2	0,5	2,6
	1964	47,7	40,2	10,0	0,5	1,4
Regierungsbezirk Trier						
Bernkastel-Wittlich	1969	52,6	23,9	9,7	-	13,8
	1964	61,4	24,6	10,0	-	4,1
Bitburg	1969	59,2	27,3	13,5	-	-
	1964	65,2	26,8	7,9	-	0,0
Daun	1969	69,7	22,7	7,5	-	-
	1964	71,2	19,5	4,9	-	4,4
Prüm	1969	63,7	20,1	7,7	-	8,5
	1964	72,1	16,1	4,8	-	7,0
Trier-Saarburg	1969	55,9	25,9	6,8	-	11,4
	1964	57,2	26,4	6,0	-	10,4
Landkreise zusammen	1969	57,9	24,6	8,9	-	8,7
	1964	62,9	24,0	7,2	-	5,9
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz						
Alzey-Worms	1969	26,0	45,6	13,1	15,3	-
	1964	26,9	50,7	20,1	2,3	-
Bad Dürkheim	1969	34,0	45,3	7,6	8,4	4,8
	1964	35,3	49,1	13,3	2,3	-
Donnersbergkreis	1969	21,8	47,5	8,9	12,5 ³⁾	9,4
	1964	25,9	53,6	15,2	5,3 ³⁾	-
Germersheim	1969	48,8	36,1	11,7	-	3,4
	1964	48,7	39,1	12,2	-	-
Kaiserslautern	1969	39,1	41,8	7,2	11,9	-
	1964	40,6	47,0	12,3	-	-
Kusel	1969	23,5	51,2	7,1	14,0	4,1
	1964	23,1	58,2	9,9	7,0	1,6
Landau- Bad Bergzabern	1969	44,6	34,4	11,3	-	9,7
	1964	46,2	37,0	14,1	2,6	-
Ludwigshafen	1969	42,5	49,1	8,4	-	-
	1964	42,0	48,8	8,4	0,8	-
Mainz-Bingen	1969	37,8	44,9	13,0	-	4,3
	1964	37,5	46,7	12,9	-	2,9
Pirmasens	1969	55,7	35,1	9,2	-	-
	1964	56,6	35,9	7,5	-	0,0
Zweibrücken	1969	36,0	42,2	12,5	-	9,3
	1964	34,9	46,4	18,7	-	-
Landkreise zusammen	1969	37,6	43,3	10,0	5,4	3,7
	1964	38,3	46,5	12,8	1,8	0,5
Landkreise insgesamt	1969	45,0	38,8	10,0	2,4	3,9
	1964	46,2	40,5	10,7	1,0	1,7
Stadratswahlen und Kreistagswahlen zusammen						
Rheinland-Pfalz	1969	42,6	40,8	9,1	2,7	4,9
	1964	43,7	42,9	10,2	0,8	2,4

1) 1969 NPD ausgenommen Fußnote 2); 1964 DRP ausgenommen Fußnote 3). - 2) DKP. - 3) DRP 3,2 %, BHE 2,1 %.

Sitzverteilung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1964 und 1969
(a = umgerechnete, b = tatsächliche Sitzverteilung)

Verwaltungsbezirk	Jahr	Sitze ins- ge- samt	CDU	SPD	FDP	NPD DRP	Wäh- ler- grup- pen
Stadtratswahlen der kreisfreien Städte							
Koblenz	1969	53	25	24	4	-	-
	1964 a	53	25	24	4	-	-
	b	51	24	23	4	-	-
Trier	1969	53	24	20	2	-	7
	1964 a	53	26	23	4	-	-
	b	47	23	20	4	-	-
Frankenthal (Pfalz)	1969	37	10	18	-	-	9
	1964 a	37	9	19	-	-	9
	b	31	7	16	-	-	8
Kaiserslautern	1969	53	16	27	4	6	-
	1964 a	53	16	28	5	2	2
	b	47	15	24	4	2	2
Landau i. d. Pfalz	1969	31	13	12	2	-	4
	1964 b	31	12	13	2	-	4
Ludwigshafen a. Rhein	1969	57	19	35	3	-	-
	1964 a	57	20	34	3	-	-
	b	51	18	30	3	-	-
Mainz	1969	57	23	29	5	-	-
	1964 a	57	22	30	5	-	-
	b	51	19	27	5	-	-
Neustadt a. d. Weinstr.	1969	37	17	13	-	2	5
	1964 a	37	13	16	4	-	4
	b	31	10	14	3	-	4
Pirmasens	1969	37	11	17	2	3	4
	1964 a	37	12	19	3	-	3
	b	37	12	19	3	-	3
Speyer	1969	37	13	16	2	-	6
	1964 b	37	14	19	2	-	2
Worms	1969	43	13	20	2	-	8
	1964 a	43	14	22	3	-	4
	b	43	14	22	3	-	4
Zweibrücken	1969	31	9	14	2	3	3
	1964 b	31	9	14	4	-	4
Kreisfreie Städte insgesamt	1969	526	193	245	28	14	46
	1964 a	526	192	261	39	2	32
	b	488	177	241	37	2	31
Landkreise							
Regierungsbezirk Koblenz							
Ahrweiler	1969	35	24	9	2	-	-
	1964 b	35	24	9	2	-	-
Altenkirchen (Ww.)	1969	39	20	15	4	-	-
	1964 b	39	21	15	3	-	-
Bad Kreuznach	1969	43	14	20	5	-	4
	1964 a	43	14	22	7	-	-
	b	39	13	20	6	-	-
Birkenfeld	1969	35	9	17	3	2	4
	1964 a	35	9	19	4	-	3
	b	35	8	19	4	-	4
Cochem-Zell	1969	29	20	7	2	-	-
	1964 a	29	21	6	1	-	1
Koblenz	1969	35	18	15	2	-	-
	1964 a	35	19	14	2	-	-
	b	35	18	15	2	-	-
Mayen	1969	43	25	16	2	-	-
	1964 a	43	25	16	2	-	-
	b	39	22	15	2	-	-
Neuwied	1969	43	20	19	4	-	-
	1964 a	43	20	18	5	-	-
	b	39	18	17	4	-	-
Oberwesterwaldkreis	1969	35	17	15	3	-	-
	1964 a	35	17	15	3	-	-
	b	29	14	13	2	-	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	1969	35	17	11	7	-	-
	1964 a	35	17	12	6	-	-
Landkreise							
Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz							
Alzey-Worms	1969	35	9	17	4	5	-
	1964 a	35	9	18	7	1	-
	b	35	8	22	3	2	-
Bad Dürkheim	1969	39	14	19	3	3	-
	1964 a	39	14	19	5	1	-
	b	35	8	22	3	2	-
Donnersbergkreis	1969	29	6	15	2	3	3
	1964 a	29	8	16	4	1	-
	b	29	8	16	4	1	-
Germersheim	1969	35	18	13	4	-	-
	1964 b	35	17	14	4	-	-
Kaiserslautern	1969	35	14	15	2	4	-
	1964 a	35	14	17	4	-	-
	b	39	16	19	4	-	-
Kusel	1969	35	9	19	2	5	-
	1964 a	35	8	22	3	2	-
	b	35	8	22	3	2	-
Landau- Bad Bergzabern	1969	39	18	14	4	-	3
	1964 a	39	19	15	5	-	-
Ludwigshafen	1969	39	17	19	3	-	-
	1964 a	39	17	19	3	-	-
Mainz-Bingen	1969	47	19	22	6	-	-
	1964 a	47	17	22	6	-	2
Pirmasens	1969	35	20	12	3	-	-
	1964 a	35	20	13	2	-	-
	b	35	20	13	2	-	-
Zweibrücken	1969	25	9	11	3	-	2
	1964 a	25	9	12	4	-	-
	b	25	9	12	4	-	-
Landkreise zusammen	1969	393	153	176	36	20	8
	1964 a	393	152	187	47	5	2
	b	509	198	248	57	5	1
Landkreise insgesamt	1969	996	467	388	90	22	29
	1964 a	996	478	401	96	5	16
	b	1 193	568	491	110	5	19
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen zusammen							
Rheinland-Pfalz	1969	1 522	660	633	118	36	75
	1964 a	1 522	670	662	135	7	48
	b	1 681	745	732	147	7	50

sechs Landkreisen zusammengefaßte Ergebnis erbrachte ihr, gemessen an der Zahl der im Lande abgegebenen gültigen Stimmen, einen Anteil von 2,4%. Die zum allererstenmal auftretende DKP, die sich lediglich in zwei kreisfreien Städten und in einer kreisangehörigen Stadt zur Wahl gestellt hatte, brachte es, auf Landesebene umgerechnet, auf 0,3%. Ihre stärkere Teilnahme bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Kreistagswahlen der Landkreise brachte den Wählergruppen einen Anteil von 4,9% der Stimmen im Lande ein; damit konnten die Wählergruppen ihren Anteil gegenüber 1964 fast verdoppeln.

Auf Grund der geringen Wahlbeteiligung 1969 haben CDU, SPD und FDP gegenüber 1964 Stimmen verloren: die CDU rund 59 000 Stimmen (oder 7,3%), die SPD 76 000 (oder 9,6%) und die FDP 29 000 (oder 15,3%). Die Wählergruppen konnten ihre 1964 erreichte Stimmenzahl nahezu verdoppeln.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen, in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten betrachtet, gibt folgendes Bild: In den Landkreisen der Regierungsbezirke Koblenz und Trier hat die CDU bei den Kreistagswahlen die Stimmenmehrheit, außer in den Landkreisen Bad Kreuznach, Birkenfeld und Rhein-Lahn-Kreis, wo die SPD ebenso wie in acht von elf Landkreisen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz mehr Stimmen als die CDU erhalten hat. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz sind es die drei südlichen Landkreise Gernersheim, Landau-Bad Bergzabern und Pirmasens, in denen die CDU vor der SPD rangiert. In acht von den zwölf kreisfreien Städten des Landes hat die SPD die Stimmenmehrheit, die CDU in vier Städten. Während bei den Kreistagswahlen die Stimmenmehrheitsverhältnisse nicht gewechselt haben, wechselte bei den Stadtratswahlen der Städte Neustadt a. d. Weinstr. und Landau (Pfalz) die von der SPD innegehabte Stimmenmehrheit zugunsten der CDU.

Die CDU besitzt in zwölf Landkreisen, die SPD in einem Landkreis und zwei kreisfreien Städten die absolute Stimmenmehrheit. Stimmenanteile zwischen 40 und 50% erhielt die CDU in zehn, die SPD in 20 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten. Die CDU wie auch die SPD weisen in je zehn Kreisen Stimmenanteile zwischen 30 und 40% aus. In acht Landkreisen bzw. kreisfreien Städten liegt der Stimmenanteil der CDU unter 30%, bei der SPD sind es sieben Landkreise, in denen sich die Anteilsziffern zwischen 20 und 30% bewegen. Die CDU besitzt in den Landkreisen Daun (69,7%), Cochem-Zell (67,9%), Ahrweiler (65,8%) und Prüm (63,7%) Kreise mit 60% übersteigenden Stimmenanteilen, die SPD erzielte in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen (58,4%) ihren höchsten Stimmenanteil, in Kaiserslautern und im Landkreis Kusel überschreitet ihr Stimmenanteil ebenfalls die 50%-Marke. Die Landkreise mit der geringsten Resonanz für die CDU sind der Donnersbergkreis (21,8%), Kusel (23,5%) und Birkenfeld (24,7%). Die Landkreise mit den für die SPD geringsten Stimmenanteilen sind Prüm (20,1%), Daun (22,7%), Cochem-Zell (23,7%) und Bernkastel-Wittlich

(23,9%). Die FDP hat ihre meisten Anhänger im Rhein-Hunsrück-Kreis, wo sie 19,6% der Stimmen erhielt. Bei den Stadtratswahlen in Neustadt a. d. Weinstr. und in Frankenthal (Pfalz) fiel die FDP der 5%-Klausel zum Opfer. Den niedrigsten FDP-Stimmenanteil lieferte die Stadt Frankenthal mit 2,8%. Die NPD hatte im Landkreis Alzey-Worms mit 15,3% ihren besten Erfolg, den niedrigsten Anteil brachte der Landkreis Bad Dürkheim (8,4%). In den Stadtratswahlen der vier kreisfreien Städte, zu denen die NPD kandidiert hatte, bewegte sich ihr Stimmenanteil zwischen 11,0% (Kaiserslautern) und 6,0% (Neustadt a. d. Weinstr.). Den meisten Erfolg und die stärkste Resonanz fanden die Wählergruppen in der Stadt Frankenthal (Pfalz), wo sie einen beachtlichen Stimmenanteil von 23,7% erringen konnten, während sie im Landkreis Gernersheim nur auf einen Stimmenanteil von 3,4% kamen.

Der Vergleich mit den einzelnen Ergebnissen der Stadtrats- und Kreistagswahlen läßt erkennen, daß es kreisfreie Städte und Landkreise gibt, in denen die CDU, SPD und FDP ihre Stimmenanteile vergrößern konnten. In der Stadt Neustadt erhöhte die CDU ihren Stimmenanteil am stärksten, und zwar um 9,0 Prozentpunkte, die SPD im Landkreis Prüm um 4,0 Punkte, die FDP im Landkreis Bitburg um 5,5 Punkte. Der deutlichste Rückgang des Stimmenanteils zeigte sich für die CDU im Landkreis Bernkastel-Wittlich (— 8,8 Prozentpunkte), für die SPD in der Stadt Neustadt (— 10,0), für die FDP im Landkreis Alzey-Worms (— 7,0).

Die Kommunalwahlergebnisse sind grundsätzlich für einen Vergleich mit Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen wenig geeignet, dennoch soll der Information halber das Wahlergebnis des größten Wahlbezirks, der Bezirkstagswahl des Bezirksverbands Pfalz, in dem 670 000 Wählern die Wahlvorschläge von vier Parteien und einer Wählergruppe präsentiert wurden, dem vorangegangenen Bezirkstagswahlergebnis wie auch dem Landtagswahlergebnis 1967 gegenübergestellt werden. Das Landtagswahlergebnis läßt einen Vergleich mit den Ergebnissen der NPD für ein größeres Gebiet zu. CDU, SPD und FDP haben, verglichen mit der Bezirkstagswahl 1964, an Stimmen verloren, die einen Rückgang des Stimmenanteils der CDU (um 0,6 Prozentpunkte) auf 37,1%, der SPD (um 2,9) auf 45,4% und der FDP (um 2,9) auf 7,3% zur Folge hatten. 1964 hatte die DRP lediglich 3,7% der Stimmen für sich buchen können, die NPD brachte es mit fast 55 000 Stimmen auf einen Anteil von 8,5%. Anlässlich der Landtagswahl 1967 konnte in dem gleichen Gebiet die NPD mit über 60 000 Stimmen einen Anteil von 9,2% erreichen. Für die CDU offenbart der Vergleich mit der Landtagswahl 1967 einen Rückgang ihres Prozentanteils um 3,0 Prozentpunkte, für die SPD einen Gewinn von 4,3 und für die FDP eine leichte Einbuße von 0,5 Punkten.

6. Sitzverteilung in den Gemeindevertretungen

Bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen der 2 592 Gemeinden und Städte wurden 26 261 Mandate vergeben. In einer einzigen Gemeinde hat sich

Sitzverteilung in den Gemeindevertretungen nach Gemeindegrößenklassen 1969

Gemeindegrößenklasse	Zahl der Ge- meinde- räte	Gemeinden			Sitze ins- gesamt	davon entfielen auf					
		ins- gesamt	mit Ver- hältnis- wahl	mit Mehr- heits- wahl		CDU	SPD	FDP	Son- stige Par- teien	Wäh- ler- gruppen	Mehr- heits- wahl
Anzahl											
unter 150 Einw.	5	315	14	301	1 575	7	-	-	-	63	1 505
150 bis 500 "	7	1 030	252	777	7 203	66	51	-	-	1 647	5 439
500 " " 1 000 "	11	608	369	239	6 688	340	394	4	-	3 321	2 629
1 000 " " 3 000 "	15	462	413	49	6 930	1 434	1 295	74	2	3 390	735
3 000 " " 10 000 "	19	141	141	-	2 679	967	1 010	127	-	575	-
10 000 " " 20 000 "	25	16	16	-	400	164	160	30	-	46	-
20 000 und mehr "	31 u.mehr	20	20	-	786	298	355	48	16	69	-
Insgesamt		2 592	1 225	1 366	26 261	3 276	3 265	283	18	9 111	10 308
%											
unter 150 Einw.	.	100,0	4,4	95,6	100,0	0,4	-	-	-	4,0	95,6
150 bis 500 "	.	100,0	24,5	75,4	100,0	0,9	0,7	-	-	22,9	75,5
500 " " 1 000 "	.	100,0	60,7	39,3	100,0	5,1	5,9	0,1	-	49,7	39,3
1 000 " " 3 000 "	.	100,0	89,4	10,6	100,0	20,7	18,7	1,1	0,0	48,9	10,6
3 000 " " 10 000 "	.	100,0	100,0	-	100,0	36,1	37,7	4,7	-	21,5	-
10 000 " " 20 000 "	.	100,0	100,0	-	100,0	41,0	40,0	7,5	-	11,5	-
20 000 und mehr "	.	100,0	100,0	-	100,0	37,9	45,2	6,1	2,0	8,8	-
Insgesamt	.	100,0	47,3	52,7	100,0	12,5	12,4	1,1	0,1	34,7	39,3

die Bevölkerung nicht an den Kommunalwahlen beteiligt. Die Zahl der Mandate verringerte sich gegenüber 1964 um 2 593. Dieser auf Grund der territorialen Verwaltungsreform verursachte Verlust an Mandaten wäre noch etwas größer gewesen, hätte nicht die Zunahme der Einwohnerzahlen in einigen Gemeinden und Städten zu einer Zunahme der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder geführt. 10 308 Sitze, das sind etwas weniger als zwei Fünftel (39,3%) aller Mandate, wurden in 1 366 Gemeinden im Wege der Mehrheitswahl zugeteilt, für 1964 hatte sich die gleiche Relation ergeben. Mehr als ein Drittel aller Sitze, insgesamt 9 111 (34,7%), sind an Wählergruppen gefallen. Die übrigen 26,1% der Sitze verteilen sich auf die CDU mit 3 276 Sitzen (12,5%; 1964: 12,8%), SPD mit 3 265 Sitzen (12,4%; 1964: 12,1%), FDP mit 283 Sitzen (1,1%; 1964: 1,0%) und auf die sonstigen Parteien mit insgesamt 18 Sitzen.

Vergleicht man die prozentuale Stimmen- und Sitzverteilung, so ist kein erkennbares Verhältnis zueinander festzustellen. Einem CDU-Stimmenanteil von 26,0% steht ein Anteil an Mandaten von nur 12,5% gegenüber. Bei der SPD verhalten sich die Ziffern des Anteils der Stimmen und der Sitze wie 29,4 zu 12,4. Andererseits besetzen bei einem Stimmenanteil von 25,9% die Wählergruppen 34,7%, die mit einem Stimmenanteil von 13,6% auf Grund von Mehrheitswahlen gewählten Ratsmitglieder sogar 39,3% aller Sitze. Dieses Mißverhältnis hat seine Ursache darin, daß die Zahlen der in den einzelnen Gemeindegrößenklassen zu wählenden Gemeinderäte zueinander in einer anderen Proportion stehen als die Einwohnerzahlen. So treffen beispielsweise in einer Gemeinde, die sieben Ratsmitglieder zu wählen hat, im Durchschnitt auf ein Ratsmitglied 50 Einwohner, in der Stadt Ludwigshafen, deren Stadtrat 57 Mitglieder umfaßt, dagegen auf ein Ratsmitglied mehr als 3 000 Einwohner.

Da einerseits Mehrheitswahl hauptsächlich in kleineren Gemeinden durchgeführt wird und die

örtlichen Wählergruppen ihr Betätigungsfeld überwiegend in den kleineren und mittleren Gemeindegrößen haben, andererseits die Wähler größerer Städte ihren Stadtrat vielfach nach parteipolitischen Gesichtspunkten wählen, ist es bei der Analyse der Wahlen zu den Gemeindevertretungen angebracht, ihre Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen, mit anderen Worten nach der Zahl der jeweils zu wählenden Gemeindevertreter zusammenzufassen. In den 1 345 Gemeinden bis 500 Einwohner sind die Gemeinderäte fast ausschließlich direkt oder über Wahlvorschläge von Wählergruppen gewählt worden, in den 608 Gemeinden mit 500 bis 1 000 Einwohnern wurden nur 11,1% der Sitze von Bewerbern aus Parteiwahlvorschlägen besetzt. In der Größenklasse zwischen 1 000 und 3 000 Einwohnern (462 Gemeinden) haben die direkt oder über freie Listen gewählten Gemeinderäte noch die Mehrheit mit fast drei Fünfteln der 6 930 Gemeinderatssitze inne. Erst in den Ge-

Wahlen zu den Gemeindevertretungen

Berichtsmerkmal	8. Juni 1969		25. Oktober 1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	2 368 928	.	2 350 019	.
Wähler	1 833 709	77,4	1 917 309	81,6
Ungültige Stimmen	65 357	3,6	65 078	3,4
Gültige Stimmen	1 768 352	96,4	1 852 231	96,6
CDU	460 566	26,0	473 474	25,6
SPD	519 385	29,4	546 636	29,5
FDP	70 937	4,0	76 401	4,1
NPD	11 806	0,7	-	-
DKP	6 680	0,4	-	-
Wählergruppen	457 828	25,9	478 287	25,8
Sonstige Parteien	-	-	2 858	0,1
Mehrheitswahl	241 150	13,6	274 575	14,8
Sitzverteilung				
CDU	3 276	12,5	3 705	12,8
SPD	3 265	12,4	3 479	12,1
FDP	283	1,1	292	1,0
NPD	18	0,1	-	-
DKP	-	-	-	-
Wählergruppen	9 111	34,7	10 189	35,3
Sonstige Parteien	-	-	10	0,0
Mehrheitswahl	10 308	39,3	11 179	38,8
Sitze insgesamt	26 261	100,0	28 854	100,0

meinden und Städten mit 3 000 und mehr Einwohnern nimmt der Anteil der nicht über Parteivorschläge gewählten Gemeinde- und Stadträte stark ab, und zwar von 21,5% in den Gemeinden von 3 000 bis 10 000 Einwohnern auf 11,5% in den Gemeinden mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern, um schließlich auf 8,8% in den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern zu sinken. An diesen Relationen hat sich gegenüber 1964 kaum etwas geändert.

Die Stadtratswahlen in den zwölf kreisfreien Städten haben der SPD die absolute Mehrheit in drei Städten, die relative Mehrheit in fünf Städten gebracht, in den übrigen vier kreisfreien Städten besitzt die CDU die relative Mehrheit im Stadtrat. Im Vergleich zu 1964 hat die SPD in vier Städten ihre absolute Mehrheit im Stadtrat eingebüßt, in einer Stadt wechselte die relative Mehrheit zugunsten der CDU über.

7. Sitzverteilung in den Verbandsgemeindevertretungen

In den Vertretungskörperschaften der 128 Verbandsgemeinden, die aus den früheren 132 Ämtern der Regierungsbezirke Koblenz und Trier hervorgegangen sind, waren insgesamt 2 604 Sitze zu vergeben. Auf Grund der Erhöhung in der Zahl der Mitglieder der Verbandsgemeindevertretungen hat sich die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze gegenüber der Zahl der in die Amtsvertretungen zu wählenden Mitglieder um 530 erhöht. 96 Verbandsgemeinden hatten 19 Mitglieder, 21 Verbandsgemeinden 23 Mitglieder und elf Verbandsgemeinden 27 Mitglieder in ihre Vertretungskörperschaft zu wählen. In allen Verbandsgemeinden, mit Ausnahme einer einzigen, wurden die Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt.

Faßt man die Ergebnisse der Wahlen zu den Verbandsgemeindevertretungen zusammen, so verteilen sich die Stimmen zu 49,7% auf die CDU, zu 30,3% auf die SPD, zu 6,9% auf die FDP und 13,1% auf Wählergruppen. Vergleicht man dieses Ergebnis mit den Wahlen zu den Amtsvertretungen 1964, so zeigt sich ein geringfügiger Rückgang des Stimmenanteils der CDU um 1,2 Prozentpunkte, ein leichter Stimmengewinn der SPD und FDP um 0,4 bzw. 0,8 Prozentpunkte. Der Stimmenanteil der

Wählergruppen hat sich gegenüber 1964 nicht verändert.

Von den 2 604 Sitzen konnte die CDU 1 321 oder 50,7% erringen. Auf die SPD entfielen 705 Sitze, das entspricht einem Anteil von 27,1%. Mit 149 Sitzen brachte es die FDP auf einen Sitzanteil von 5,7%, während die auf freie Wählergruppen bzw. im Wege der Mehrheitswahl vergebenen 429 Sitze einen Anteil von 16,5% ausmachen.

Von besonderem Interesse dürfte es sein zu wissen, inwieweit Parteien oder Wählergruppen die Mehrheit in den einzelnen Vertretungskörperschaften innehaben. In 75 Verbandsgemeindevertretungen der insgesamt 128 Verbandsgemeinden verfügt die CDU, in sieben die SPD und in neun Wählergruppen über die absolute Mehrheit der Sitze. In den restlichen 37 Verbandsgemeinden hat die CDU bei 20, die SPD bei neun und Wählergruppen bei fünf Verbandsgemeinden die einfache Mehrheit in der Vertretungskörperschaft. In drei Verbandsgemeindevertretungen gibt es keine Mehrheiten.

8. Sitzverteilung in den Kreistagen

Anläßlich der Kommunalwahlen 1964 hatten die Kreistage der 39 Landkreise insgesamt 1 193 Mandate zu vergeben, von denen 568 auf die CDU, 491 auf die SPD, 110 auf die FDP, 5 auf die DRP und 19 auf Wählergruppen entfallen waren. Im Rahmen der Kreistagswahlen 1969 standen jedoch nur noch 996 Kreistagsmandate für die 28 Landkreise zur Verfügung. Auf Grund des Wahlausganges erhielt die CDU 467 Mandate, die SPD 388, die FDP 90, die NPD 22 und die Wählergruppen 29 Sitze. Auf die CDU kamen damit 46,9% aller vergebenen Sitze (1964: 47,6%), auf die SPD 39,0% (1964: 41,2%), auf die FDP 9,0% (1964: 9,2%), auf die NPD 2,2% (DRP 1964: 0,4%) und auf die Wählergruppen 2,9% der Sitze (1964: 1,6%). Die prozentuale Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen zeigt, daß der Anteil der CDU um 0,7 Prozentpunkte, der SPD um 2,2 Punkte, der FDP um 0,2 Punkte zurückgegangen ist, während der Anteil der Wählergruppen um 1,3 Punkte gestiegen ist.

Auf Grund der Verwaltungsreform, welche die Auflösung von 22 Landkreisen, die Bildung von elf neuen und Gebietsänderungen für weitere Landkreise brachte, ist eine echte Vergleichbarkeit der Sitzverteilung 1969 mit derjenigen von 1964 nicht mehr gegeben. Da für neugebildete Landkreise, die erstmals ihren Kreistag wählten, zu Vergleichszwecken Sitzverteilungszahlen errechnet werden mußten, wurden auch für die Landkreise, die Gebietsänderungen erfahren haben, Umrechnungen vorgenommen; ebenso bot es sich an, auch für jene Landkreise Umrechnungen vorzunehmen, deren Mandatszahl sich auf Grund veränderter Einwohnerzahlen erhöht hat, ohne daß Gebietsänderungen eingetreten sind. In der Textübersicht über die Sitzverteilung in den Kreistagen der 28 Landkreise wird in der Zeile 1964 a das auf den neuen Gebietsstand bzw. aus einem der vorgenannten Gründe umgerechnete Ergebnis ausgewiesen, während in der Zeile 1964 b für die Landkreise, die

Wahlen zu den Verbandsgemeindevertretungen

Berichtsmerkmal	8. Juni 1969		25. Oktober 1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	653 974	.	703 318	.
Wähler	525 325	80,3	590 350	83,9
Ungültige Stimmen	27 589	5,3	26 161	4,4
Gültige Stimmen	497 736	94,7	564 189	95,6
CDU	247 573	49,7	287 349	50,9
SPD	150 867	30,3	168 663	29,9
FDP	34 115	6,9	34 536	6,1
Wählergruppen	64 208	12,9	72 051	12,8
Mehrheitswahl	973	0,2	1 590	0,3
Sitzverteilung				
CDU	1 321	50,7	1 063	51,3
SPD	705	27,1	560	27,0
FDP	149	5,7	110	5,3
Wählergruppen	410	15,7	330	15,9
Mehrheitswahl	19	0,7	11	0,5
Sitze insgesamt	2 604	100,0	2 074	100,0

Wahlen zu den Kreistagen

Berichtsmerkmal	8. Juni 1969		25. Oktober 1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	1 726 518	.	1 768 184	.
Wähler	1 385 375	80,2	1 482 957	83,9
Ungültige Stimmen	58 291	4,2	54 015	3,6
Gültige Stimmen	1 327 084	95,8	1 428 942	96,4
CDU	596 763	45,0	656 681	46,0
SPD	514 898	38,8	581 379	40,7
FDP	132 375	10,0	152 698	10,7
NPD	32 163	2,4	-	-
Wählergruppen	50 885	3,9	24 533	1,7
Sonstige Parteien	-	-	13 651	1,0
Sitzverteilung				
CDU	467	46,9	568	47,6
SPD	388	39,0	491	41,2
FDP	90	9,0	110	9,2
NPD	22	2,2	-	-
Wählergruppen	29	2,9	19	1,6
Sonstige Parteien	-	-	5	0,4
Sitze insgesamt	996	100,0	1 193	100,0

nicht aufgelöst worden sind, die tatsächlichen Mandatszahlen wiedergegeben sind. Die auf diese Weise je Landkreis erfolgte Umrechnung brachte folgendes fiktives Landesergebnis: Von den für 1964 angenommenen 996 Kreistagsmandaten wären auf die CDU 478, auf die SPD 401, auf die FDP 96, auf die DRP 5 und auf Wählergruppen 16 entfallen. Damit hätte nach dem jetzigen Kreistagswahlergebnis die CDU 11 Sitze, die SPD 13 Sitze, die FDP 6 Sitze eingebüßt, während die Wählergruppen zusätzlich zu 13 Sitzen gekommen wären.

Wie in den Kreistagen der bisherigen 39 Landkreise, so sind die CDU und SPD auch in den Kreistagen der 28 jetzigen Landkreise vertreten. Der FDP, die 1964 in vier Kreistagen nicht vertreten war, ist es jetzt gelungen, in allen Kreistagen vertreten zu sein. Die NPD kam in den Kreisen, in denen sie Wahlvorschläge eingereicht hatte, zum Zuge. Während in vier Landkreisen die beteiligten Wählergruppen an der 5%-Klausel scheiterten, sind in den Kreistagen von neun Landkreisen auch Wählergruppen vertreten. Die CDU besitzt in 13 Kreistagen die absolute, in vier Kreistagen die relative Mehrheit. Die SPD verfügt in zwei Kreistagen über die absolute, in neun Kreistagen über die relative Sitzmehrheit. In allen Landkreisen des Regierungsbezirks Trier und in den Landkreisen des Regierungsbezirks Koblenz, mit Ausnahme der Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld und Rhein-Lahn-Kreis, wo die SPD über die Mehrheit der Mandate verfügt, besitzt die CDU die Mehrheit der Mandate. Von den elf Kreistagen des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz ist die SPD in acht Landkreisen mit Mehrheit vertreten; die CDU hat

die Kreistagsmehrheit in den drei südpfälzischen Landkreisen Germersheim, Landau-Bad Bergzabern und Pirmasens.

Während die CDU ihre Mehrheitsverhältnisse in den Kreistagen gegenüber der Situation von 1964 — in den Kreistagen der neugebildeten Landkreise gegenüber der angenommenen Situation von 1964 — halten, im Landkreis Germersheim die relative in eine absolute umwandeln konnte, hat die SPD in den neugebildeten Landkreisen Alzey-Worms und Rhein-Lahn-Kreis die absolute Mehrheit nicht erreicht, die ihr nach den Ergebnissen von 1964 zugestanden hätte. In den übrigen Landkreisen mit SPD-Mehrheit hat sich gegenüber 1964 nichts verändert.

9. Sitzverteilung im Bezirkstag der Pfalz

Bei der Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes der Pfalz, bei der es um die Verteilung der 29 Bezirkstagsmandate ging, hat die SPD zwar mit 14 Sitzen die meisten erhalten, auf Grund des Rückgangs ihres Stimmenanteils um 2,9 Prozentpunkte jedoch einen Sitz und damit die absolute Mehrheit im Bezirkstag eingebüßt. Die CDU konnte ihre bisherigen 11 Sitze halten, während die FDP einen Sitz verloren hat und nunmehr mit zwei Sitzen vertreten ist. Die NPD, die erstmals kandidierte, hat zwei Sitze errungen. Die zum Bezirkstag kan-

Wahl zum Bezirkstag

Berichtsmerkmal	8. Juni 1969		25. Oktober 1964	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Stimmenverteilung				
Wahlberechtigte	859 150	.	859 725	.
Wähler	669 932	78,0	694 597	80,8
Ungültige Stimmen	24 293	3,6	24 206	3,5
Gültige Stimmen	645 639	96,4	670 391	96,5
CDU	239 449	37,1	253 019	37,7
SPD	292 971	45,4	324 027	48,3
FDP	47 403	7,3	68 225	10,2
NPD	54 674	8,5	-	-
Wählergruppen	11 142	1,7	-	-
Sonstige Parteien	-	-	25 120	3,7
Sitzverteilung				
CDU	11	37,9	11	37,9
SPD	14	48,3	15	51,7
FDP	2	6,9	3	10,3
NPD	2	6,9	-	-
Wählergruppen	-	-	-	-
Sonstige Parteien	-	-	-	-
Sitze insgesamt	29	100,0	29	100,0

didierende Wählergruppe blieb mit 1,7% der Stimmen weit unter der 5%-Klausel und damit bei der Berechnung der Mandatsverteilung unberücksichtigt.

Dr. P. Schuck

Die Neugliederung der Verwaltungsgebiete

Die Bemühungen um eine Rationalisierung der staatlichen Verwaltung sind im Grunde so alt wie die Geschichte des Staatswesens selbst, kann doch die Verwirklichung der Staatsziele nur durch stetige Anpassung des Staatsapparates an die fortlaufenden Veränderungen im öffentlichen Leben erreicht werden. Diese Organisationsänderungen gehen in der Regel kontinuierlich vonstatten. Tiefgehende

Änderungen in der soziologischen Struktur des Staates freilich können auch grundlegende Reformen erfordern. So war es die stürmische wirtschaftliche und technische Entwicklung unseres Jahrhunderts und ihre sozialen Folgeerscheinungen, die zu einem enormen Anwachsen der Staatsaufgaben führten und ein Überdenken von Methode und Technik der Verwaltungsführung erforderten.

Die Notwendigkeit einer Vereinfachung, Verbesserung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung wurde seit Jahren allenthalben erkannt. In Rheinland-Pfalz zeigt diese Einsicht bereits erhebliche Auswirkungen. Aus dem Gesamtkomplex der Vereinfachungsmaßnahmen, als deren wesentlichste Elemente die Landesregierung die Bereinigung und Modernisierung des gesamten Landesrechts, die sinnvolle Abgrenzung der Verwaltungsbezirke, die zweckmäßige Zuordnung der Verwaltungskompetenzen sowie die Rationalisierung des Verwaltungsablaufs nach den heute für die Wirtschaft geltenden Gesichtspunkten — insbesondere die Prüfung der Verwaltungsaufgaben auf ihre Automationseignung — nannte, soll im folgenden über die territoriale Neuordnung der Verwaltungsgebiete durch die Landesgesetze über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz berichtet werden.

1. Regierungsbezirke

Hatte sich der 5. rheinland-pfälzische Landtag angesichts der im Mai 1967 zu Ende gehenden Legislaturperiode im Ersten Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 28. Juli 1966 (GVBl. S. 203) auf die Neugliederung von Gerichtsbezirken der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit beschränkt, so setzte der neugewählte Landtag, begünstigt durch den neu in die Landesverfassung aufgenommenen Artikel 143 a, wonach die Regierungsvorlage eines Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung in der neuen Wahlperiode ohne erneute Einbringung weiterberaten werden konnte, das Reformwerk mit Beschluß des Zweiten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz unverzüglich fort¹⁾. Durch dieses Gesetz wurden die fünf Regierungsbezirke mit Wirkung vom 1. Oktober 1968 auf drei reduziert.

¹⁾ Zweites Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 16. Juli 1968 (GVBl. S. 131).

Diese Maßnahme war vor allem wegen der erheblichen Unterschiede in den Bevölkerungszahlen der einzelnen Regierungsbezirke nötig, wenngleich wie das Beispiel Trier zeigen wird, bei einer Änderung der Verwaltungsstruktur auch siedlungsgeographische Gegebenheiten ins Gewicht fallen. Vor Inkrafttreten der Neugliederung bestand zwischen dem größten Regierungsbezirk, Pfalz, mit 1 309 000 Einwohnern und dem kleinsten, Montabaur, mit 279 000 ein Unterschied von mehr als einer Million Einwohnern. Dazwischen lagen die Regierungsbezirke Koblenz mit 1 089 000, Rheinhessen mit 487 000 und Trier mit 478 000 Einwohnern. Da aber die Verwaltungskosten einer Bezirksregierung pro Einwohner, wie Erhebungen in verschiedenen Bundesländern ergeben hatten, mit zunehmender Einwohnerzahl sinken, lag eine Auflösung der kleinen Regierungsbezirke nahe.

Eine zu kleine Verwaltungseinheit auf der Stufe der staatlichen Mittelinstanz war zweifellos der Regierungsbezirk Montabaur, übrigens der kleinste in der Bundesrepublik. Er wurde gemäß § 1 des Landesgesetzes mit dem Regierungsbezirk Koblenz zu einem neuen Regierungsbezirk Koblenz mit 1 368 000 Einwohnern zusammengeschlossen. Sitz der Bezirksregierung ist Koblenz.

Ein weiterer neuer Regierungsbezirk, nämlich Rheinhessen-Pfalz, entstand durch Zusammenschluß der Regierungsbezirke Rheinhessen und Pfalz nach § 2 des Landesgesetzes. Sitz der Bezirksregierung ist Neustadt an der Weinstraße. Die Einwohnerzahl des neuen Regierungsbezirks beträgt 1 797 000.

In seiner bisherigen Gestalt wurde lediglich der Regierungsbezirk Trier belassen, der zwar von der Bevölkerungszahl her gesehen — noch etwas kleiner als Rheinhessen — ebenfalls eine sehr kleine Verwaltungseinheit darstellt, mit 4 893 qkm aber flächenmäßig eine erhebliche Ausdehnung besitzt. Während die Bevölkerungsdichte Rheinhessen 365 Personen je qkm beträgt, liegt sie in Trier bei 98. Neben der dünnen Besiedlung sprachen für die Er-

Fläche und Wohnbevölkerung in den Regierungsbezirken der Bundesländer am 1. 1. 1968¹⁾

Land	Land				Regierungsbezirke					
	Fläche	Wohnbevölkerung	Bevölkerungsdichte	Regierungsbezirke	Fläche			Wohnbevölkerung		
					kleinster	größter	Ø	kleinster	größter	Ø
	qkm	1 000	Einw. je qkm	Anzahl	qkm			1 000		
Schleswig-Holstein	15 658, 1	2 499, 7	160	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	747, 2	1 832, 6	2 452	-	-	-	-	-	-	-
Niedersachsen	47 404, 0	6 993, 2	148	8	3 121, 0	10 982, 8	5 925, 5	395, 6	1 518, 3	874, 2
Bremen	403, 8	751, 8	1 862	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	34 038, 8	16 842, 6	495	6	3 122, 1	7 669, 3	5 673, 1	1 015, 5	5 605, 2	2 807, 1
Hessen ²⁾	21 110, 1	5 262, 7	249	2	6 301, 6	14 808, 5	15 555, 1	1 767, 7	3 495, 0	2 631, 4
Rheinland-Pfalz										
vor dem 1. 10. 1968	19 837, 0	3 644, 5	184	5	1 783, 2	6 376, 7	3 967, 4	279, 5	1 309, 3	728, 9
nach dem 1. 10. 1968	19 837, 0	3 644, 5	184	3	4 757, 6	8 256, 5	6 612, 3	474, 2	1 803, 1	1 214, 8
Baden-Württemberg	35 749, 7	8 565, 5	240	4	5 120, 7	10 581, 1	8 937, 4	1 566, 3	3 333, 7	2 141, 4
Bayern	70 549, 7	10 280, 4	146	7	7 497, 2	16 338, 9	10 078, 5	939, 7	3 143, 0	1 468, 6
Saarland	2 567, 7	1 131, 3	441	-	-	-	-	-	-	-
Berlin (West)	479, 9	2 163, 3	4 507	-	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Rheinland-Pfalz 31.12.1968. - ²⁾ Gebietsstand nach der Zusammenlegung der Regierungsbezirke Darmstadt und Wiesbaden am 29.4.1968.

haltung des Regierungsbezirks Trier auch seine starke landschaftliche Gliederung und die damit verbundenen schwierigen Verkehrsverhältnisse.

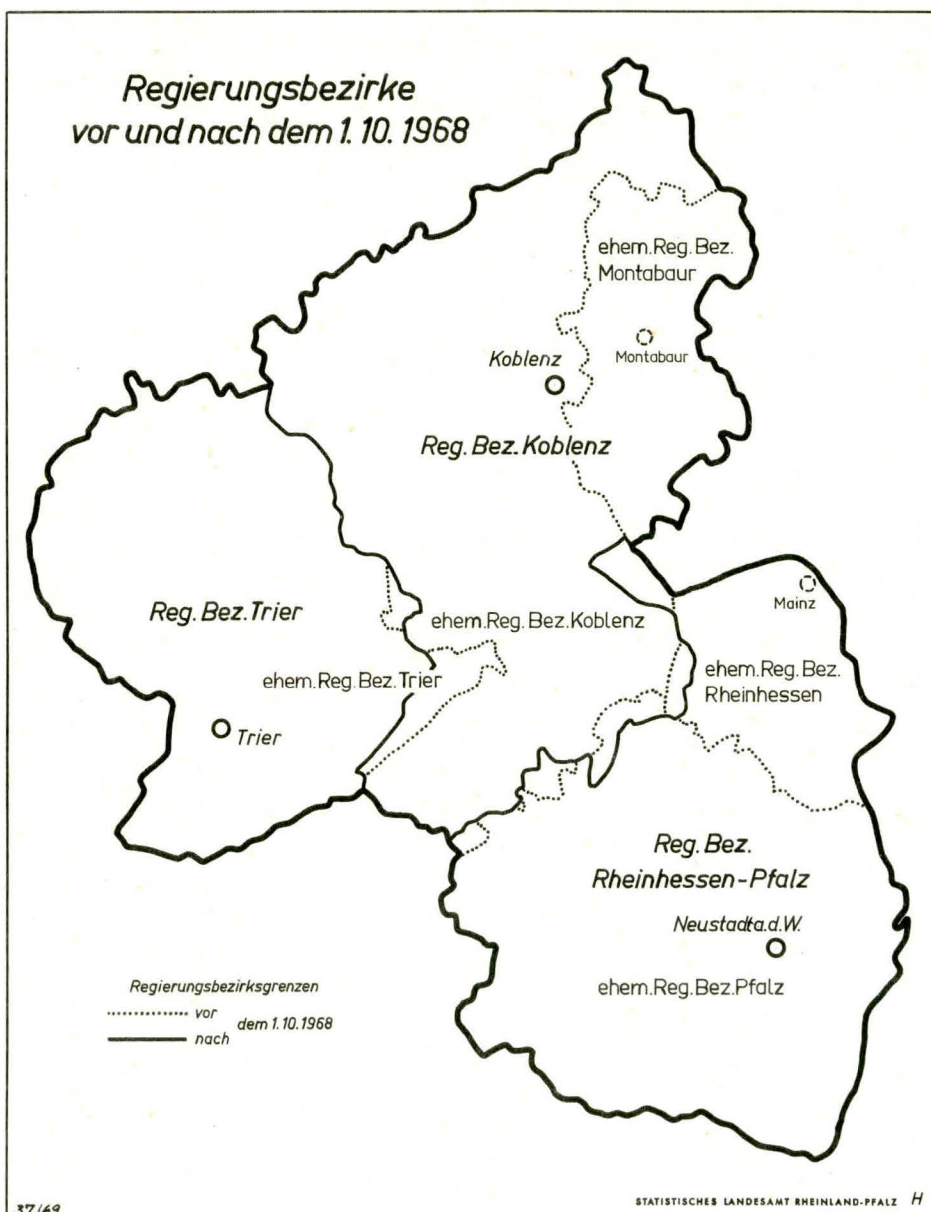
Mit dem Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz am 1. Oktober 1968 ergaben sich demnach folgende Größen der Regierungsbezirke: Koblenz 8 160 qkm, 1 368 000 Einwohner; Rheinhessen-Pfalz 6 784 qkm, 1 797 000 Einwohner; Trier 4 893 qkm, 478 000 Einwohner.

Erhebliche und verwaltungsmäßig sicherlich auch bedeutende Unterschiede zwischen den drei Regierungsbezirken bestehen hinsichtlich der Zahl ihrer Kreise und Gemeinden. Während sich Rheinhessen-Pfalz nach dem Gebietsstand vom 7. Juni 1969 aus zehn kreisfreien Städten, elf Landkreisen und 672 kreisangehörigen Gemeinden, von denen eine zur großen kreisangehörigen Stadt erklärt wird, zusammensetzt, ist der Regierungsbezirk Koblenz in nur eine kreisfreie Stadt, aber zwölf Landkreise mit insgesamt 1 258 Gemeinden, darunter künftig sechs großen kreisangehörigen Städten, untergliedert. Der kleinste der drei Regierungsbezirke, Trier, besteht aus einer kreisfreien Stadt, fünf Landkreisen und 651 kreisangehörigen Gemeinden.

Die Durchschnittsgröße der Regierungsbezirke liegt nunmehr bei einer Fläche von 6 612 qkm und einer Einwohnerzahl von 1 215 000, gegenüber einer Fläche von 3 967 qkm und einer Einwohnerzahl von 729 000 vor dem Inkrafttreten des Zweiten Landesgesetzes am 1. Oktober 1968.

Von den übrigen Bundesländern haben, von den Stadtstaaten abgesehen, Schleswig-Holstein mit 2,5 und das Saarland mit 1,1 Mill. Einwohnern keine den Bezirksregierungen entsprechende staatliche Mittelinstanz. Niedersachsen ist in sechs Regierungsbezirke und zwei den Regierungsbezirken entsprechende Verwaltungsbezirke, Bayern in sieben, Nordrhein-Westfalen in sechs, Baden-Württemberg in vier und Hessen in zwei Regierungsbezirke untergliedert. Nach der Bevölkerungszahl hat Nordrhein-Westfalen mit durchschnittlich 2,8 Mill. Ein-

wohnern die größten Regierungsbezirke, wobei der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 5,6 Mill. Einwohnern der größte in der Bundesrepublik ist. Die kleinsten Regierungsbezirke mit durchschnittlich 874 000 Einwohnern hat Niedersachsen. Hier findet sich auch der kleinste Regierungsbezirk überhaupt, Aurich, mit 396 000 Einwohnern. Flächenmäßig am größten sind die hessischen und die bayerischen Regierungsbezirke mit durchschnittlich über 10 000 qkm; der größte ist Oberbayern mit 16 339 qkm. Die durchschnittlich kleinsten Regierungsbezirke hat infolge seiner äußerst dichten Besiedlung Nordrhein-Westfalen mit 5 673 qkm, knapp gefolgt von Niedersachsen mit 5 926 qkm. Der niedersächsische Verwaltungsbezirk Braunschweig ist mit 3 121 qkm flächenmäßig das kleinste Verwaltungsgebiet auf Regierungsbereichsebene; nur wenig größer ist mit 3 138 qkm der Regierungsbezirk Aurich. Nach der Zahl der Gemeinden steht der rheinland-pfälzische Regierungsbezirk Koblenz mit 1 259 an der Spitze, der niedersächsische Verwaltungsbezirk Oldenburg mit 86 Gemeinden an letzter Stelle.



Gemeinden, Fläche und Wohnbevölkerung (Stand 1.1.1969)
der kreisfreien Städte und Landkreise nach dem 7.6.1969

Verwaltungsbezirk	Ge- meinden	Fläche	Wohnbe- völkerung am 1.1.1969
	Anzahl	qkm	Anzahl
Kreisfreie Stadt Koblenz	1	62,61	105 434
Landkreise			
Ahrweiler	86	706,28	94 755
Altenkirchen (Ww.)	119	637,58	119 358
Bad Kreuznach	116	843,35	145 816
Birkenfeld	97	799,20	95 937
Cochem-Zell	94	728,05	68 157
Koblenz	41	334,81	96 626
Mayen	115	773,45	124 751
Neuwied	78	621,01	149 140
Oberwesterwaldkreis	119	579,76	76 586
Rhein-Hunsrück-Kreis	166	966,94	87 784
Rhein-Lahn-Kreis	141	772,53	118 903
Unterwesterwaldkreis	86	430,93	83 995
Reg. Bez. Koblenz	1 259	8 256,50	1 367 242
Kreisfreie Stadt Trier	1	113,64	104 470
Landkreise			
Bernkastel-Wittlich	136	1 185,58	108 543
Bitburg	138	788,11	57 235
Daun	85	611,31	43 130
Prüm	138	916,88	39 366
Trier-Saarburg	153	1 142,09	121 469
Reg. Bez. Trier	651	4 757,61	474 213
Kreisfreie Städte			
Frankenthal (Pfalz)	1	43,83	39 188
Kaiserslautern	1	139,43	100 000
Landau i. d. Pfalz	1	39,06	31 983
Ludwigshafen a. Rhein	1	68,05	172 981
Mainz	1	85,87	171 882
Neustadt a. d. Weinstr.	1	113,08	50 721
Pirmasens	1	47,35	56 619
Speyer	1	42,57	41 670
Worms	1	107,45	77 754
Zweibrücken	1	35,80	33 031
Landkreise			
Alzey-Worms	75	600,11	98 171
Bad Dürkheim	50	591,49	115 645
Donnersbergkreis	85	640,50	67 080
Germersheim	36	469,96	90 163
Kaiserslautern	49	594,38	90 830
Kusel	105	580,58	82 383
Landau-Bad Bergzabern	85	671,89	104 634
Ludwigshafen	26	314,06	115 933
Mainz-Bingen	68	601,94	149 899
Pirmasens	58	787,63	80 226
Zweibrücken	35	247,81	32 263
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	682	6 822,84	1 803 056
Rheinland-Pfalz	2 592	19 836,99	3 644 511

2. Landkreise

Auf Kreisebene brachte das Dritte Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz¹⁾ mit einer weitreichenden Neugliederung von Landkreisen die einschneidendsten Änderungen. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes am 7. Juni 1969 wurden 22 Landkreise, die insgesamt 1244 Gemeinden zu betreuen hatten, aufgelöst und elf neugebildet, so daß in Rheinland-Pfalz künftig nur noch 28 Landkreise gegenüber bisher 39 bestehen. Weitere acht Landkreise erfuhren Gebietsänderungen. Berücksichtigt man daneben die die Kreisgrenzen berührenden Regelungen des Vierten, Fünften und Sechsten Landesgesetzes, so wechselten im Rahmen der Neugliederung der Kreise insgesamt 197 Gemeinden ihre Kreiszugehörigkeit.

¹⁾ Drittes Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 12. November 1968 (GVBl. S. 231).

Aufgelöst wurden im	qkm	Einw.
Regierungsbezirk Koblenz		
die Landkreise Cochem	502	48 200
St. Goar	466	53 600
Simmern	571	43 200
Zell	373	34 800
Loreleykreis	379	56 900
Unterlahnkreis	393	62 000

Regierungsbezirk Trier		
die Landkreise Bernkastel	668	56 100
Saarburg	394	46 900
Trier	822	96 600
Wittlich	642	55 000

Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz		
die Landkreise Alzey	418	63 700
Bad Bergzabern	414	49 300
Bingen	266	80 000
Frankenthal	233	63 300
Kirchheimbolanden	299	36 600
Landau i. d. Pfalz	357	61 600
Ludwigshafen/Rh.	130	49 400
Mainz	293	81 900
Neustadt a. d. W.	519	102 200
Rockenhausen	438	42 300
Speyer	112	38 000
Worms	258	51 700

Neugebildet wurden im		
Regierungsbezirk Koblenz		
der Landkreis Cochem-Zell	728	68 200
der Rhein-Lahn-Kreis	773	118 900
der Rhein-Hunsrück-Kreis	967	87 800

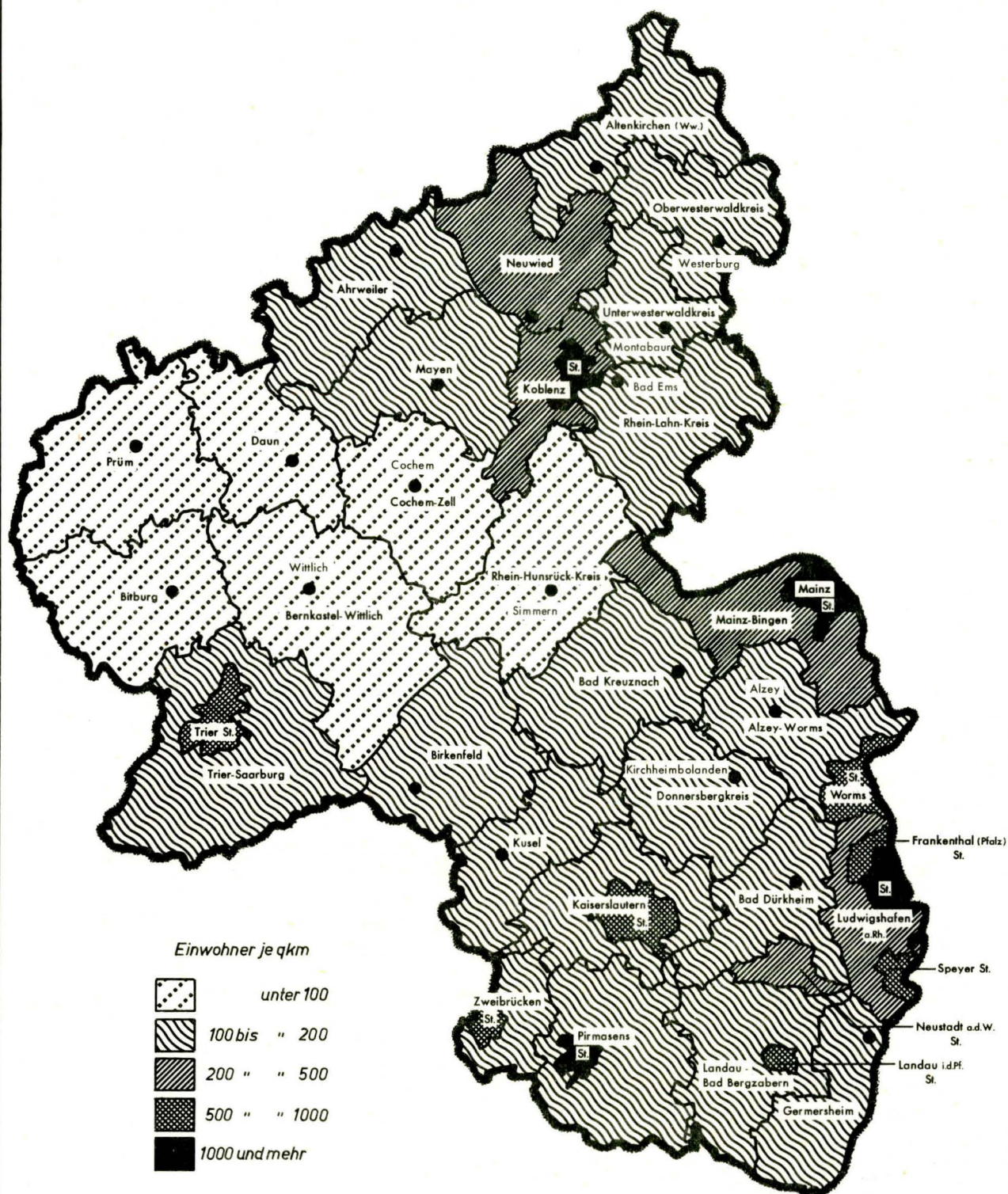
Regierungsbezirk Trier		
die Landkreise Bernkastel-		
Wittlich	1 186	108 500
Trier-Saarburg	1 142	121 500

Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz		
die Landkreise Alzey-Worms	600	98 200
Landau-		
Bad Bergzabern	672	104 600
Mainz-Bingen	602	149 900
Bad Dürkheim	591	115 600
Donnersbergkreis	641	67 100
Ludwigshafen	314	115 900

Durch diese Maßnahmen stieg die durchschnittliche Einwohnerzahl der rheinland-pfälzischen Landkreise von 70 900 auf 94 800 Einwohner, die durchschnittliche flächenmäßige Ausdehnung von 494 auf 676 qkm.

Vergleicht man die Größenverhältnisse der Landkreise in den einzelnen Bundesländern, so hat Nordrhein-Westfalen mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 155 000 die größten Landkreise. Dem größten, Düsseldorf-Mettmann, mit 368 000 Einwohnern folgen nach der Bevölkerungszahl vier weitere nordrhein-westfälische Landkreise. Demgegenüber finden sich in Bayern mit durchschnittlich 47 000 Einwohnern die mit Abstand kleinsten Landkreise, wobei — von dem durch die Zonengrenze geteilten Restgebiet des niedersächsischen Landkreises Blankenburg mit 14 700 Einwohnern abgesehen — mit Bevölkerungszahlen zwischen 16 000 und 18 000 die fünf kleinsten der Bundesrepublik überhaupt in Bayern liegen. Während in Nordrhein-Westfalen nahezu drei Viertel der Landkreise von mehr als 100 000 Menschen bewohnt

Bevölkerungsdichte der kreisfreien Städte und Landkreise



Sofern der Name der Kreisstadt vom Namen des Landkreises abweicht, wurde er zusätzlich angegeben.
Sitz des Landratsamtes Trier-Saarburg ist die kreisfreie Stadt Trier, des Landratsamtes Mainz-Bingen die kreisfreie Stadt Mainz und des Landratsamtes Landau - Bad Bergzabern die kreisfreie Stadt Landau i.d.Pf.

sind, hat weit über die Hälfte der bayerischen Landkreise weniger als 40 000 Einwohner.

Für einen Vergleich mit den Verhältnissen in Rheinland-Pfalz sind diese beiden Extreme allerdings nur wenig geeignet, da in Bayern nahezu alle erstinstanzlichen Entscheidungen der unteren Verwaltungsbehörde zugewiesen sind, Nordrhein-Westfalen gegenüber aber starke Unterschiede in der Bevölkerungsdichte bestehen. Sowohl nach dem Verwaltungsaufbau als auch nach der Besiedlungsweise bietet sich in erster Linie ein Vergleich mit Hessen und Niedersachsen an. Hierbei zeigt sich, daß die durchschnittliche Größe der rheinland-pfälzischen Landkreise vor der Reform unter der in den beiden vergleichbaren Ländern lag. Durch die Neugliederung übersteigt die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Landkreise in Rheinland-Pfalz aber nunmehr diejenige in Hessen und Niedersachsen.

Über den Bundesdurchschnitt von 89 000 Einwohnern pro Landkreis kommen Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen, knapp darunter bleibt Niedersachsen, während man in Bayern, wie schon erwähnt, die mit Abstand kleinsten Landkreise findet.

Von den 28 rheinland-pfälzischen Landkreisen liegen hinsichtlich der Bevölkerungszahl 16 über dem Bundesdurchschnitt, zwei weitere nur geringfügig darunter. Die Spanne der Bevölkerungszahlen reicht von 32 300 (Zweibrücken) bis 149 900 (Mainz-Bingen).

Flächenmäßig streuen die rheinland-pfälzischen Landkreise zwischen 248 qkm (Zweibrücken) und 1 186 qkm (Bernkastel-Wittlich), 23 der 28 Landkreise übertreffen den Bundesdurchschnitt von 577 qkm.

Die durchschnittlich größten Landkreise hat Schleswig-Holstein mit 899 qkm vor Niedersachsen mit 773 qkm. In Niedersachsen befinden sich die beiden nach der Fläche größten Landkreise Gifhorn (1 605 qkm) und Celle (1 550 qkm). Die kleinsten Landkreise liegen mit durchschnittlich 359 qkm im Saarland; auch in Bayern macht bei einer bemerkenswerten Spanne die durchschnittliche Landkreisgröße nur 482 qkm aus. Der Obertaunuskreis

in Hessen ist mit 153 qkm der kleinste Landkreis im Bundesgebiet vor dem bayerischen Landkreis Lauf (187 qkm).

Die Zahl der den einzelnen Landratsämtern zugehörigen Gemeinden beträgt in Rheinland-Pfalz nunmehr durchschnittlich 92 gegenüber 74 am 31. Dezember 1968; sie schwankt im einzelnen zwischen 26 (Ludwigshafen) und 166 (Rhein-Hunsrück-Kreis) Gemeinden. Während aber die Gemeinden des Landkreises Ludwigshafen durchschnittlich etwa 4 500 Einwohner zählen, haben die des Rhein-Hunsrück-Kreises im Mittel nur knapp über 500. Elf Landratsämter betreuen über 100, sieben zwischen 80 und 100 Gemeinden.

Im Bundesdurchschnitt entfallen 57 Gemeinden auf einen Landkreis. Der gemeindereichste Landkreis im Bundesgebiet ist mit 230 Gemeinden bei einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 223 Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen. Nur jeweils sechs Gemeinden haben die Landkreise Dinslaken in Nordrhein-Westfalen und Ammerland in Niedersachsen. Die durchschnittliche Einwohnerzahl beträgt hier allerdings 23 000 (Dinslaken) bzw. 13 100 (Ammerland).

Konnte der Vergleich mit den Größenverhältnissen der Landkreise in anderen vergleichbaren Bundesländern auch erste Anhaltspunkte für eine Überprüfung der Landkreisgrenzen geben — nach den Erfahrungssätzen sollte sich die Einwohnerzahl zwischen 50 000 und 150 000 bewegen —, so mußten doch bei einer so umfangreichen Neugliederung noch zahlreiche andere, zum Teil interdependente Momente berücksichtigt werden. Der Aufgabenbereich des Landratsamtes als untere staatliche Verwaltungsbehörde erfordert beispielsweise ebenso ein gewisses Maß an Ortsnähe wie die Aufgaben des Landkreises als überörtliche Gebietskörperschaft. Der Gebietsumfang mußte unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gliederung und der Verkehrsverhältnisse einen mühelosen Kontakt zwischen Gemeinde und Kreisverwaltung ermöglichen. Die Zahl der zu betreuenden Gemeinden sollte das Landratsamt auslasten, ohne daß Übersicht und ständige Fühlungnahme verloren gehen; unter Beachtung der Gemeindegröße ergab sich für Rheinland-Pfalz ein Richtsatz von 50 bis 150 Gemeinden pro Land-

Fläche und Wohnbevölkerung in den Landkreisen der Bundesländer am 1. 1. 1968¹⁾

Land	Land			Landkreise					
	Landkreise	Gemeinden	Gemeinden je Landkreis	Fläche			Wohnbevölkerung		
				kleinster	größter	Ø	kleinster	größter	Ø
				qkm			1 000		
Schleswig-Holstein	17	1 374	80,8	339,5	1 505,9	899,3	19,8	259,4	106,9
Niedersachsen	60	4 216	70,3	131,0	1 604,6	772,5	14,7	222,8	86,8
Nordrhein-Westfalen	57	2 240	39,3	226,0	840,4	547,4	31,9	368,1	155,1
Hessen	39	2 684	68,8	153,5	1 088,5	522,2	31,8	236,9	93,7
Rheinland-Pfalz									
vor dem 7. 6. 1969	39	2 893	74,2	111,6	916,9	493,7	31,0	149,1	70,9
nach dem 7. 6. 1969	28	2 580	92,1	247,8	1 185,6	676,4	32,3	149,9	94,8
Baden-Württemberg	63	3 379	53,6	253,1	1 079,0	553,1	33,0	287,3	107,6
Bayern	143	7 077	49,5	186,7	1 167,1	482,2	16,2	148,7	47,0
Saarland	7	347	49,6	206,9	551,0	359,2	80,1	269,8	142,6

1) Rheinland-Pfalz 31. 12. 1968.

Land	Ins- ge- samt	Mit ... bis unter ... Einwohnern															
		unter 40 000		40 000 - 50 000		50 000 - 60 000		60 000 - 70 000		70 000 - 80 000		80 000 - 90 000		90 000 - 100 000		über 100 000	
		Anzahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
Schleswig-Holstein	17	1	5,9	-	-	-	-	2	11,8	4	23,5	1	5,9	1	5,9	8	47,1
Niedersachsen	60	3	5,0	5	8,3	3	5,0	5	8,3	12	20,0	10	16,7	3	5,0	19	31,7
Nordrhein-Westfalen	57	1	1,8	2	3,5	-	-	4	7,0	1	1,8	3	5,3	4	7,0	42	73,7
Hessen	39	2	5,1	4	10,3	6	15,4	5	12,8	2	5,1	4	10,3	3	7,7	13	33,3
Rheinland-Pfalz																	
vor dem 7. 6. 1969	39	5	12,8	7	17,9	6	15,4	4	10,3	3	7,7	4	10,3	4	10,3	6	15,4
nach dem 7. 6. 1969	28	2	7,1	1	3,6	1	3,6	2	7,1	1	3,6	4	14,3	6	21,4	11	39,3
Baden-Württemberg	63	1	1,6	6	9,5	5	7,9	5	7,9	8	12,7	7	11,1	3	4,8	28	44,4
Bayern	143	62	43,4	27	18,9	27	18,9	8	5,6	8	5,6	5	3,5	2	1,4	4	2,8
Saarland	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	28,6	2	28,6	3	42,9

1) Rheinland-Pfalz 31. 12. 1968.

kreis. Daneben mußte die finanzielle Leistungsfähigkeit den Aufgaben der Landkreise gerecht werden, und es dürften diesbezüglich keine zu großen Unterschiede zwischen den Landkreisen bestehen. Die Berücksichtigung der Wirtschaftslage und in diesem Zusammenhang das Pendlerproblem machte die weitgehende Übereinstimmung von Verwaltungsbezirk und Wirtschaftsraum wünschenswert. Landsmannschaftliche Gliederungen sollten bei den Neuabgrenzungen nicht außer acht gelassen werden. Für die Erreichung eines Verwaltungsoptimums war letztlich auch die Organisation der Verwaltung selbst von Bedeutung, wobei die unumgängliche Spezialisierung der Tätigkeiten und die fortschreitende Automation die unteren Grenzen für die Größe der Landkreise setzten.

3. Kreisfreie Städte

Weniger augenfällig als die territoriale Neuordnung auf Landkreisebene sind zweifellos die durch das Vierte, Fünfte und Sechste Gesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz¹⁾ beschlossenen Gebietsänderungen kreisfreier Städte. Von den am 7. Juni 1969 in Kraft getretenen Eingemeindungen sind neun der insgesamt zwölf kreisfreien Städte im Lande betroffen. Die größte flächenmäßige Zunahme verzeichnet mit 95 qkm Neustadt an der Weinstraße vor Trier (56 qkm) und Worms (54 qkm); auch Kaiserslautern (43 qkm) und Mainz (38 qkm) erweiterten ihr Stadtgebiet beträchtlich. Die Bevölkerungszunahme ist mit 24 700 Personen in Mainz am höchsten; es folgen Trier (20 000), Neustadt (21 200), Kaiserslautern (15 100) und Worms (14 800). Trier (104 500) und Kaiserslautern (100 000) rücken in die Reihe der Großstädte auf.

Eingemeindet wurden insgesamt 139 Gemeinden, davon 119 durch Gesetze, 20 auf Grund freiwilliger Beschlüsse.

Durch die Eingemeindungen soll einerseits eine ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung eines wirtschaftlich und strukturell zusammengehörigen Raumes gewährleistet, andererseits eine großzügige industrielle, gewerbliche und siedlungsmäßige Planung ermöglicht werden. Die

betroffenen Gemeinden standen ohnehin in enger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verflechtung mit der zentralen Stadt, oft sogar baulich verbunden. Ihre Verwaltungs- und Leistungskraft wird durch die spezialisierte Verwaltung der Stadt und ihren sonstigen Einrichtungen und Anlagen erheblich gestärkt.

Von den zwölf kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz haben nunmehr drei unter 40 000 Einwohner, drei weitere liegen in der Größenklasse zwischen 40 und 60 000, eine zwischen 60 und 70 000 und fünf in derjenigen über 100 000 Einwohner.

4. Kreisangehörige Gemeinden

Mit Inkrafttreten des Vierten, Fünften und Sechsten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz wurden 280 Gemeinden aufgelöst. 119 von ihnen sind, wie bereits ausgeführt, eingemeindet, die übrigen zu 123 neuen Gemeinden zusammengelegt worden. Berücksichtigt man daneben 20 freiwillige Eingemeindungen und 10 Zusammenlegungen von insgesamt 27 weiteren Gemeinden, so verringerte sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden in Rheinland-Pfalz von 2 893 am 31. Dezember 1968 auf 2 580 am 7. Juni 1969.

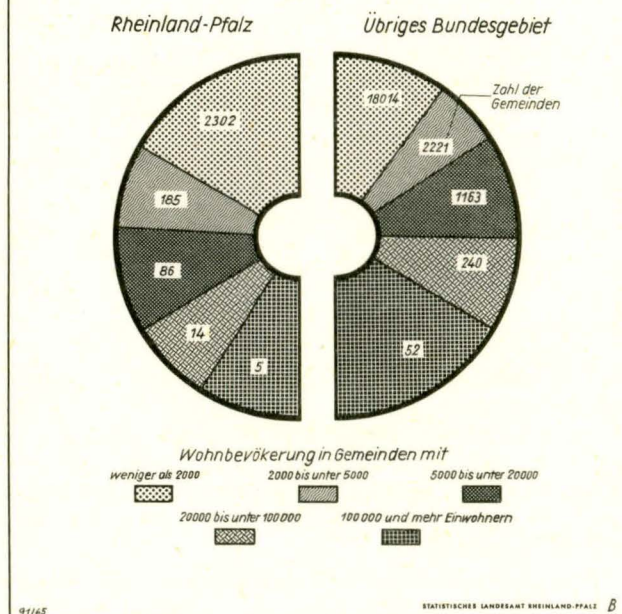
Der Prozeß der Neugliederung auf Gemeindeebene ist allerdings insofern noch nicht abgeschlossen, als die Landesregierung durch § 53 des Fünften Gesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz ermächtigt wird, Gemeinden, deren Einwohnerzahl während eines Zeitraums von drei Jahren ohne Unterbrechung weniger als 300 betragen hat, gegen ihren Willen durch Rechtsverordnung im Benehmen mit dem Innenausschuß des Landtags aufzulösen und aus ihnen neue Gemeinden zu bilden oder sie in bereits bestehende Nachbargemeinden einzugliedern, wenn dies aus Gründen des öffentlichen Wohles geboten ist. Die Zahl der hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl hierfür in Betracht kommenden Gemeinden beträgt gegenwärtig 852.

5. Gemeindegrößenklassen

Nach Abschluß der territorialen Neugliederung von kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden zeigt sich, daß von den insgesamt 2 592 rheinland-pfälzischen Gemeinden 53% weniger als 500, 23% zwischen 500 und 1 000 und weitere 13%

¹⁾ Viertes Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 10. Januar 1969 (GVBl. S. 5)
Fünftes Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 14. Februar 1969 (GVBl. S. 62)
Sechstes Landesgesetz über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz vom 10. April 1969 (GVBl. S. 91).

Wohnbevölkerung und Zahl der Gemeinden nach Größenklassen in Rheinland-Pfalz und im übrigen Bundesgebiet



zwischen 1 000 und 2 000 Einwohner haben. Setzt man die Grenze zwischen Landgemeinden und städtischen Gemeinden bei einer Einwohnerzahl von 2 000 an, so lebt demnach gut ein Drittel der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz in Gemeinden ländlicher Struktur. Diese in der Statistik übliche Abgrenzung kann freilich nur einen groben Überblick geben. Findet man nämlich einerseits, insbesondere in der Nähe von Industrieorten, häufig Gemeinden städtischen Charakters mit geringerer Einwohnerzahl, so gibt es andererseits auch Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern, die rein ländliche Struktur haben. Von den städtischen Gemeinden liegen 7% in der Größenklasse von 2 000 bis unter 5 000, 3% in der von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern. 0,5% haben über 20 000 aber weniger als 100 000 Einwohner. In Städten zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern leben 15% der Bevölkerung. Die restlichen 18% Rheinland-Pfälzer verteilen sich auf die fünf Großstädte.

Unter den Bundesländern hat Schleswig-Holstein mit 55% den größten Anteil kleiner Gemeinden bis zu 500 Einwohnern; in Bayern ist er etwa gleich groß wie in Rheinland-Pfalz.

6. Verbandsgemeinden

Die Darstellung der territorialen Neugliederung der Verwaltungsgebiete wäre unvollständig ohne abschließend auf die neue Verbandsgemeindeordnung einzugehen, die am 1. Oktober 1968 an die Stelle der Amtsordnung getreten ist¹⁾. War schon bisher eine Vielzahl kleiner Gemeinden bei der Durchführung ihrer Aufgaben, „alle Angelegen-

heiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“, überfordert, so macht die im Rahmen der Reformbestrebungen zu erwägende Verlagerung von Zuständigkeiten auf die Gemeindestufe sowie der für die nahe Zukunft geplante rationelle Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in der Verwaltung optimale Verwaltungseinheiten nötig.

Von den Möglichkeiten der bisherigen Gemeindegesetzgebung in Rheinland-Pfalz sich zu Gemeindeverbänden, teils mit den Rechten von Gebietskörperschaften (Ämter), teils in Form reiner Verwaltungsgemeinschaften (Gemeinschaftliche Bürgermeistereien) zusammenzuschließen²⁾, hatten die Gemeinden außerhalb der ehemaligen Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Pfalz, wo diese Einrichtungen historisch gewachsen waren, nur in einem einzigen Falle Gebrauch gemacht, so daß schon aus diesem Grunde gesetzgeberische Maßnahmen in Form der neuen Verbandsgemeindeordnung getroffen werden mußten. Neu an der neuen Verwaltungseinheit „Verbandsgemeinde“ gegenüber dem bisherigen Amt ist, daß sie neben den Kassen- und Auftragsangelegenheiten sowie den Bürogeschäften auch für die Selbstverwaltungsangelegenheiten der weiteren örtlichen Gemeinschaft zuständig ist.

Nach den Erfahrungen von Wissenschaft und Praxis sollen die Verbandsgemeinden mindestens 7 500, möglichst aber eine höhere Zahl Einwohner umfassen. Ihre Bildung, die übrigens nur nach den Zielplänen der Landesregierung möglich ist, dürfte nach den gesetzlichen Bestimmungen frühestens im Jahre 1972 zum Abschluß kommen.

Gemeinden und Wohnbevölkerung (Stand 31. 12. 1968) nach Gemeindegrößenklassen vor und nach dem 7. 6. 1969

Gemeindegrößenklasse	Zahl der Gemeinden		Bevölkerung	
	vor dem 7. 6. 1969	nach dem 7. 6. 1969	vor dem 7. 6. 1969	nach dem 7. 6. 1969
	Anzahl		%	
Rheinland-Pfalz				
unter 300 Einw.	969	862	4,7	4,1
300 bis 1 000 "	1 253	1 104	19,2	16,8
1 000 " 2 000 "	384	336	14,7	12,7
2 000 " 5 000 "	202	185	16,4	15,0
5 000 " 20 000 "	80	86	17,3	18,6
20 000 " 100 000 "	14	14	16,2	14,8
100 000 und mehr	3	5	11,7	18,0
Regierungsbezirk Koblenz				
unter 300 Einw.	492	442	6,6	5,9
300 bis 1 000 "	624	565	24,4	22,3
1 000 " 2 000 "	149	133	14,7	13,1
2 000 " 5 000 "	83	76	17,5	16,4
5 000 " 20 000 "	36	36	20,9	21,2
20 000 " 100 000 "	4	6	8,5	13,4
100 000 und mehr	1	1	7,5	7,7
Regierungsbezirk Trier				
unter 300 Einw.	369	333	11,8	10,7
300 bis 1 000 "	268	227	30,9	25,7
1 000 " 2 000 "	66	67	19,0	19,2
2 000 " 5 000 "	14	12	9,3	6,2
5 000 " 20 000 "	7	11	11,5	16,3
20 000 " 100 000 "	1	-	17,4	-
100 000 und mehr	-	1	-	22,0
Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz				
unter 300 Einw.	108	87	1,3	1,0
300 bis 1 000 "	361	312	12,1	10,4
1 000 " 2 000 "	169	136	13,5	10,7
2 000 " 5 000 "	105	97	17,5	16,3
5 000 " 20 000 "	37	39	16,0	17,3
20 000 " 100 000 "	9	8	21,7	19,7
100 000 und mehr	2	3	17,9	24,7

¹⁾ Landesgesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften und zur Vorbereitung der Neugliederung von Gemeinden vom 16. Juli 1968 (GVBl. S. 133).

²⁾ Vgl. M. Unglaub: Siedlungsweise der Bevölkerung und Verwaltungsstruktur der kreisangehörigen Gemeinden. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 18, Heft 5, Mai 1965.

Von den bislang in den früheren Regierungsbezirken Koblenz und Trier existierenden 131 Ämtern, bestehen vorerst 128 als Verbandsgemeinden fort. Nur 55 von ihnen erfüllen nach dem gegenwärtigen Stand die Voraussetzung der Mindesteinzwohnerzahl einer künftigen Verbandsgemeinde. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der in Verbandsgemeinden umgewandelten Ämter liegt bei etwa 8 600 Einwohnern.

Den Ämtern entsprechende Verwaltungsgemeinschaften auf Gemeindeebene gibt es im übrigen auch im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein; ähnliche Einrichtungen sind die Samtgemeinden in Teilen Niedersachsens. Die größten Ämter hinsichtlich der durchschnittlichen Einwohnerzahl haben Nordrhein-Westfalen (12 800) und das Saarland (11 400). Klein nehmen sich dagegen mit 3 800 Einwohnern die schleswig-holstei-

nischen Ämter und mit 3 400 Einwohnern die niedersächsischen Samtgemeinden aus.

7. Schlußbemerkung

Die Neugliederung der Verwaltungsgebiete durch die Landesgesetze über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz, die Verabschiedung der neuen Verbandsgemeindeordnung und die Ermächtigung der Landesregierung, eine Neugliederung der Kleinstgemeinden durch Rechtsverordnung vorzunehmen, bedeuten ohne Zweifel bereits einen großen Schritt auf das Ziel des gesamten Reformwerkes hin, die Verwaltung zu vereinfachen, zu verbessern, zu verbilligen. Zu gegebener Zeit soll auch über die weiteren territorialen Maßnahmen, die Bildung der neuen Verbandsgemeinden und die Neugliederung der Kleinstgemeinden berichtet werden.

Dr. M. Unglaub

Das Wirtschaftsgefüge der neuen kreisfreien Städte und Landkreise

Die im voranstehenden Beitrag behandelte Neugliederung der Verwaltungsgebiete — und sie ist erst der Ausgangspunkt einer sich noch über Jahre hinziehenden Entwicklung — hat für die Regionalstatistik insoweit einschneidende Konsequenzen, als aus dem reichen und vielfältigen Fundus vorhandener Kreisergebnisse für die neuen Verwaltungseinheiten nur mehr ein Teil verfügbar sein wird. Abgesehen von dem Sonderproblem der Umgliederung von Gemeindeteilen reduziert das durch die territoriale Verwaltungsreform geschaffene Faktum kreiswechselnder Gemeinden das sachlich breiter aufgefächerte Feld der für kreisfreie Städte und Landkreise vorliegenden Daten auf den weit geringeren Umfang der für kreisangehörige Gemeinden greifbaren Ergebnisse; denn präzise Umrechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise in ihren neuen Grenzen sind nur möglich, soweit Gemeindedaten oder gar solche für noch kleinere regionale Aufbereitungseinheiten existieren. Aber auch von diesen werden, wegen des damit verbundenen beträchtlichen Aufwandes, im Laufe der Zeit nur die dringendst benötigten von der amtlichen Statistik bereitgestellt werden können. Im übrigen wird man sich vielfach mit geschätzten Zahlen zufrieden geben müssen. Das gilt beispielsweise für die in diesem Beitrag verwendeten Sozialproduktswerte, die, wie auch die anderen herangezogenen Ergebnisse, einer ersten Sammlung von 90 Struktur- und Entwicklungsdaten für die neuen kreisfreien Städte und Landkreise entnommen sind¹⁾.

Mit den nachstehenden Ausführungen soll versucht werden, anhand der wichtigsten zur Zeit vorhandenen erwerbs- und wirtschaftsstatistischen Daten eine Vorstellung von der Wirtschaftskraft der einzelnen neugebildeten kreisfreien Städte und Landkreise zu gewinnen. Daß hierzu auch auf Ergebnisse aus der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung von 1961 zurückgegriffen werden muß, ist aus den angedeuteten Gründen leider unvermeidbar, will man nicht mangels jüngerer Angaben

gänzlich auf so wesentliche Kriterien wie Erwerbs- und Pendlerquoten verzichten.

Für das gesamte verwendete statistische Material gilt der Gebietsstand der kreisfreien Städte und Landkreise auf Grund des Dritten, Vierten, Fünften und Sechsten Landesgesetzes über die Verwaltungsvereinfachung im Lande Rheinland-Pfalz, das heißt nach dem Stand des Reform-Stichtags 7. Juni 1969, wobei bis zum 3. Mai 1969 erfolgte Beschlüsse des Ministeriums des Innern über Auflösungen und Eingemeindungen von Gemeinden in das Gebiet kreisfreier Städte mit eingearbeitet sind. Die Ein- und Ausgliederungen von Gemeindeteilen, welche die Kreisgrenzen ändern, konnten hingegen nur hinsichtlich der Angaben über die Wohnbevölkerung berücksichtigt werden. Von dieser Einschränkung abgesehen, beruhen alle Daten auf exakten Umrechnungen; lediglich die Werte des Bruttoinlandsprodukts basieren teilweise auf Schätzungen. Da auf Gemeindeebene keine Sozialproduktsberechnungen angestellt werden, war nur von den bisherigen Kreiszahlen auszugehen und mittels bereichsweise wechselnder Umrechnungsschlüssel zu den neuen — vorläufigen — Werten zu gelangen. Die Umrechnungsschlüssel konnten, insbesondere wegen fehlender Umsatzangaben auf Gemeindeebene, auch nicht in der für die normale Kreisberechnung üblichen tiefen wirtschaftssystematischen Gliederung gewählt werden; aus diesem Grunde erfolgt die Veröffentlichung der Zahlen in Mill. DM gerundet. Weiterhin ist anzumerken, daß sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner einheitlich auf den Bevölkerungsstand vom 30. Juni 1966 bezieht, so daß in den nicht von der Verwaltungsreform betroffenen Kreisen von früheren Veröffentlichungen (durchschnittliche Wohnbevölkerung) geringfügig abweichende Ergebnisse auftreten können.

1. Spezielle Abgrenzung des Themas

Von der territorialen Verwaltungsneugliederung auf den verschiedenen administrativen Ebenen sind die Landkreise am stärksten betroffen worden, weniger auffällig die kreisfreien Städte. Im voranstehenden Beitrag „Die Neugliederung der Verwal-

¹⁾ „Das statistische Bild der neuen kreisfreien Städte und Landkreise“; Statistischer Bericht A-P O/VV 1969-2 des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz vom 3. Mai 1969.

tungsgebiete“ werden die eingetretenen Veränderungen in einem großen Überblick dargestellt und dabei auch die Verbesserungen aufgezeigt, die sich im Durchschnitt und im Vergleich zur Größenordnung der jeweils entsprechenden Verwaltungseinheiten in den übrigen Flächenländern des Bundesgebiets ergeben haben. Die Durchschnittswerte lassen indessen nicht erkennen, daß sich innerhalb des Landes beispielsweise die Spanne zwischen den Extremwerten einer Reihe von Kreisdaten erweitert hat; eine keineswegs überraschende Folge der Territorialreform, wenn man sich vor Augen hält, daß schon zuvor zu den kleinsten und leistungsschwächsten Verwaltungsgebieten zählende kreisfreie Städte und insbesondere Landkreise, wie Landau und Zweibrücken oder die Landkreise Prüm und Zweibrücken, nicht oder nur unwesentlich von der Neugliederung berührt worden sind. Im allgemeinen freilich liegt selbst in diesen Fällen der untere Extremwert jetzt höher als früher, und der Abstand ist zwar absolut größer, dabei aber relativ kleiner geworden. Am simplen Beispiel der Gebietsfläche mag dies verdeutlicht werden.

Vor der Reform war Speyer der kleinste (112 qkm), Prüm der größte Landkreis (917 qkm); die Differenz betrug also 805 qkm. Seit dem 7. Juni 1969 rangiert Zweibrücken mit 248 qkm am Ende, Bernkastel-Wittlich mit 1 186 qkm an der Spitze, so daß sich nunmehr eine Spanne von 938 qkm ergibt. Zugleich aber zeigt sich, daß seinerzeit der Landkreis Prüm mehr als achtmal so groß war wie der Speyerer Kreis, heute dagegen Bernkastel-Wittlich nur noch die knapp fünffache Fläche von Zweibrücken umfaßt. Bei den kreisfreien Städten hat sich die Skala verhältnismäßig noch stärker gedehnt: betrug die Flächendifferenz zwischen kleinstem (Neustadt mit 18 qkm) und größtem Stadtgebiet (Kaiserslautern mit 96 qkm) zuvor 78 qkm, so macht sie jetzt zwischen Zweibrücken (36 qkm) und Kaiserslautern (139 qkm) rund 103 qkm aus. Aber auch hier ist festzustellen: Kaiserslautern war früher gut fünfmal größer als Neustadt, das — erweiterte — heutige Kaiserslauterner Gelände dagegen hat nicht einmal mehr die vierfache Ausdehnung des Zweibrücker Stadtgebiets.

Es wäre zweifellos reizvoll, die Auswirkungen der territorialen Verwaltungsreform in dieser Weise auch an anderen Kreisdaten zu untersuchen, doch zwingt der verfügbare Platz zur Begrenzung des Themas auf die jetzt gegebene Situation, wie sie sich nach Inkrafttreten der Verwaltungsvereinfachungsgesetze darstellt. Das Beispiel sollte lediglich evident machen, daß sich hinter den absoluten Zahlen Veränderungen verbergen können, die bei relativer Betrachtung zu gänzlich anderen Erkenntnissen führen, als man auf den ersten Blick aus den absoluten Werten herauszulesen geneigt ist.

Wenngleich die Territorialreform namentlich einer Rationalisierung der Verwaltung galt, hat sie doch zwangsläufig auch das gewohnte regionale Bild der Wirtschaftsstruktur des Landes gewandelt. Um die Wirtschaftskraft der kreisfreien Städte und insbesondere der Landkreise nach dem 7. Juni 1969 darzustellen, werden im folgenden als wichtigste Kriterien herangezogen

Bevölkerungszunahme
Erwerbsquoten
Berufspendler
Industrialisierungsgrad
Bruttoinlandsprodukt und
Realsteueraufbringungskraft.

Querschnittsvergleiche und eine zusammenfassende Auswertung der aufgeführten Indikatoren werden eine erste Vorstellung vom wirtschaftlichen Gefälle zwischen den einzelnen neuen Verwaltungseinheiten vermitteln. Landkreise und kreisfreie Städte werden hierbei aus verständlichen Gründen in der Regel gesondert betrachtet, und zwar vorweg jeweils die stärker veränderten Landkreise. Einem späteren Beitrag muß es gegebenenfalls vorbehalten bleiben, anhand heute noch nicht greifbarer Entwicklungsdaten wie der Steigerung des Sozialprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung, des Wanderungssaldos, der Steigerung der Realsteueraufbringungskraft oder der Zunahme der Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungsbereich das hier gewonnene Bild zu bestätigen oder auch zu korrigieren.

2. Bevölkerungszunahme

Die Bevölkerungszunahme über einen größeren Zeitraum hinweg kann mit einigen Vorbehalten als erstes Indiz für die wirtschaftliche Attraktivität eines Gebietes gelten. Gesicherte Schlüsse lassen freilich die Wanderungssalden zu, die jedoch für die neuen Verwaltungseinheiten noch nicht errechnet sind. Unberücksichtigt bleibt hier also das unterschiedliche Aufeinandereinfließen von Geburtenüberschuß und Wanderungsbewegung.

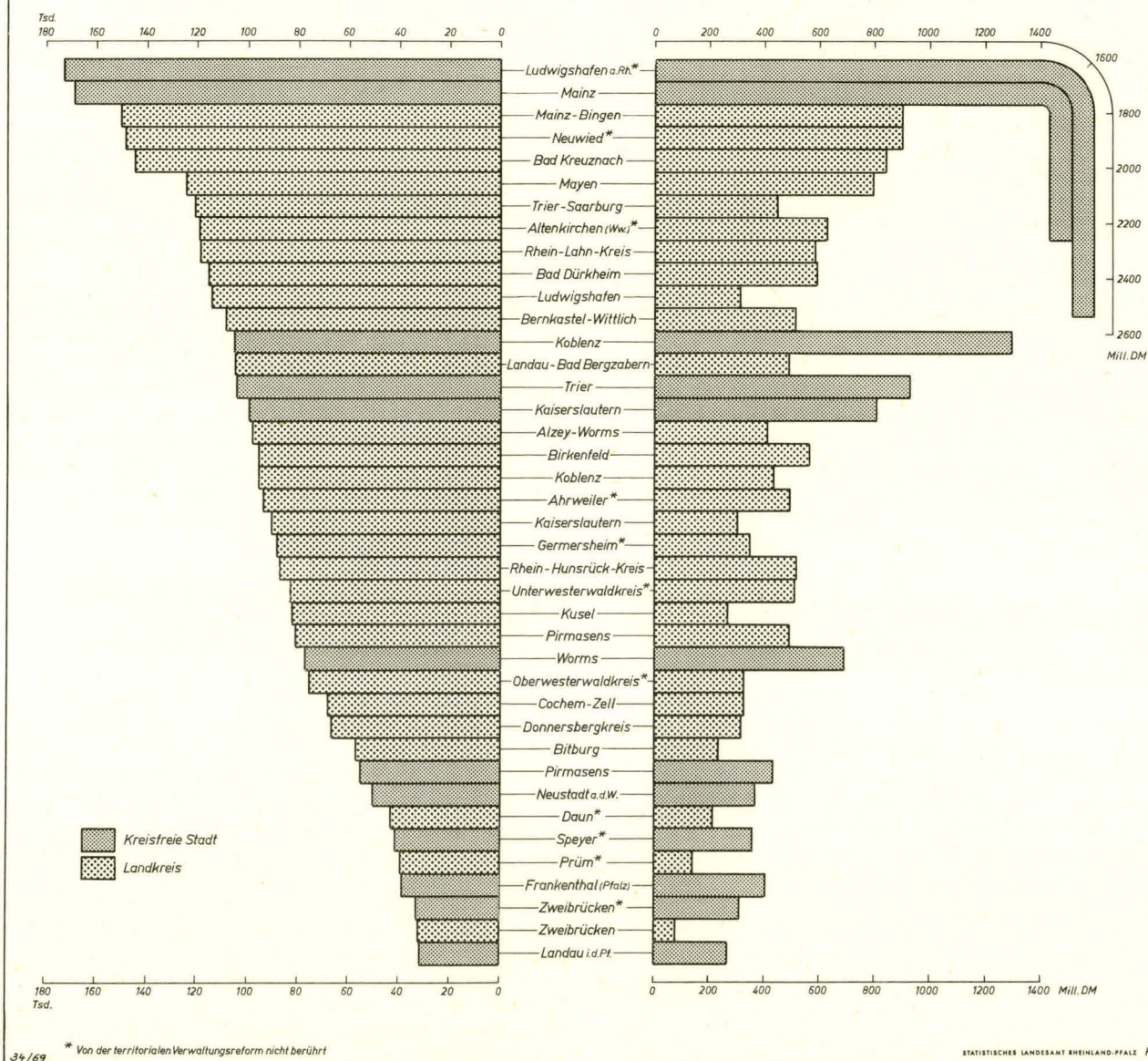
Von den Landkreisen hatten in den 18 Jahren von 1950 bis 1968 Ludwigshafen und Garmersheim die mit Abstand stärkste Bevölkerungszunahme, nämlich um ein bzw. fast ein Drittel. Um etwas mehr als ein Viertel stieg die Einwohnerzahl noch in den Landkreisen Ahrweiler, Kaiserslautern und Pirmasens, um mehr als ein Fünftel — das bedeutet etwas stärker noch als im Landesdurchschnitt — in Koblenz, Birkenfeld, Neuwied sowie dem Unter- und Oberwesterwaldkreis. Es sind dies alles Landkreise, deren Wirtschaft mehr oder weniger vom produzierenden Gewerbe geprägt ist, oder die wie Ludwigshafen in unmittelbarer Nähe von Industriezentren liegen. Am Ende der Skala finden sich umgekehrt mit einer Bevölkerungszunahme von 2 bis 11% zehn Kreise, in denen die Landwirtschaft noch eine nicht zu übersehende Rolle spielt und deren siedlungsgeographische Lage zum Teil auch infrastrukturelle Probleme aufgibt: Alzey-Worms, Prüm, Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Kusel, Landau-Bad Bergzabern, Donnersbergkreis, Rhein-Hunsrück- und Rhein-Lahn-Kreis sowie Bitburg. Auch ohne die noch nicht greifbaren Umrechnungen der Wanderungsstatistik wird aus der Gegenüberstellung erkennbar, daß die unterschiedliche Bevölkerungszunahme primär aus Wanderungsgewinnen und -verlusten über den Zeitraum von 18 Jahren resultieren muß, nicht aus Geburtenüberschüssen, die in ländlichen Gebieten regelmäßig höher sind.

Der Sog, den Städte infolge besserer Verdienstmöglichkeiten auf verkehrs- und industrieferne

Bevölkerung und wirtschaftliche Leistung der kreisfreien Städte und Landkreise

Wohnbevölkerung am 30. Juni 1968

Bruttoinlandsprodukt 1966



Regionen ausüben, läßt sich am Bevölkerungszuwachs der kreisfreien Städte im gleichen Zeitabschnitt noch deutlicher ablesen. Mit Ausnahme von Pirmasens, das von dem selbst hochindustrialisierten gleichnamigen Landkreis eingeschlossen ist, von Trier mit seiner ungünstigen Grenzlage, von Neustadt an der Weinstraße, dessen Wirtschaft vornehmlich vom Dienstleistungsbereich geprägt ist, sowie von Worms, das gerade noch an den Landesdurchschnitt heranreicht, weisen alle kreisfreien Städte eine über diesem liegende Bevölkerungszunahme auf. An der Spitze rangieren jedoch nicht, wie vielleicht zu erwarten, Ludwigshafen und Frankenthal mit ihrer alteingesessenen Industrie, sondern die beiden „Verwaltungsstädte“

Mainz (+ 65%) und Koblenz (+ 54%). Außer der Anziehungskraft der erst im letzten Jahrzehnt hier verstärkt angesiedelten Industrien schlägt sich in diesen Wachstumsraten freilich auch der durch beträchtliche Kriegszerstörungen bewirkte niedrige Ausgangswert nieder. Erst dann folgen Frankenthal (+ 44%) und Ludwigshafen (+ 40%) sowie mit Zunahmesätzen von 37 bis 29% Landau, Kaiserslautern, Speyer und Zweibrücken.

3. Erwerbsquoten

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung ist, da mithelfende Familienangehörige dazu rechnen, in aller Regel in landwirtschaftlich oder kleingewerblich orientierten Gebieten

merklich größer als in hochindustrialisierten. Die zuletzt 1961 auf Kreisebene ermittelten Erwerbsquoten liegen demzufolge in den meisten Landkreisen über, in fast allen kreisfreien Städten unter dem Landesmittel von 47%. Die relativ meisten Erwerbstätigen überhaupt hat der Landkreis mit der geringsten Bevölkerungszunahme, nämlich Alzey-Worms mit 62%. Es folgen die Landkreise Pirmasens, Bernkastel-Wittlich, Prüm, Bitburg, Trier-Saarburg, Landau-Bad Bergzabern, Mainz-Bingen, Germersheim, Cochem-Zell, der Rhein-Hunsrück- und der Oberwesterwaldkreis, in denen mindestens jeder zweite Einwohner erwerbstätig ist. Außerdem erreichen den Landesdurchschnitt noch die Landkreise Daun, Bad Dürkheim, Ludwigshafen, Ahrweiler und Bad Kreuznach. Bei den kreisfreien Städten gilt dies nur für Pirmasens (51%) mit einer noch vielfach in Heimarbeit vergebenen Schuhherstellung, sowie für Ludwigshafen und Frankenthal, wo allerdings rund zwei Drittel aller Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe beschäftigt sind. Die niedrigsten Quoten haben Trier, Koblenz und Landau mit 41 bis 43 Erwerbstätigen auf 100 Einwohner.

Aufschlußreicher als die allgemeinen Erwerbsquoten ist die Verteilung der Erwerbspersonen auf die Wirtschaftsbereiche. Insbesondere sagt hier das Verhältnis von Landwirtschaft zu produzierendem Gewerbe etwas über die Wirtschaftskraft eines Verwaltungsgebietes aus, ist diese doch normalerweise um so geringer, je höher der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Berufstätigen ist, und um so größer, je mehr Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe beschäftigt sind. Soweit es sich um den Anteil der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft handelt, ergibt sich naturgemäß eine klare Zäsur zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten; der Landkreis mit der niedrigsten Quote, das ist Neuwied mit knapp 15%, liegt immer noch um reichlich einen Prozentpunkt über der kreisfreien Stadt mit dem höchsten Anteil an landwirtschaftlichen Erwerbspersonen (Neustadt). An der Spitze platziert sind die Landkreise des Regierungsbezirks Trier sowie Cochem-Zell und der Rhein-Hunsrück-Kreis mit Werten von rund 60 bis 40%.

Die Grenze zwischen den beiden administrativen Gruppen verwischt sich hingegen, betrachtet man die Anteile der im produzierenden Gewerbe tätigen Erwerbspersonen. Auf die Stadt Frankenthal (66%) folgt hier unmittelbar der Landkreis Pirmasens (64%), auf die Stadt Ludwigshafen (63%) der sie umschließende Landkreis (59%). Pirmasens-Stadt, der Landkreis Zweibrücken, der Unterwesterwaldkreis, Worms-Stadt, die Landkreise Altenkirchen und Neuwied sowie die Städte Speyer und Zweibrücken nehmen mit über 50% die nächsten Plätze ein. Außerdem übertreffen den Landesdurchschnitt von gut 42% noch die Landkreise Germersheim, Bad Dürkheim, Mayen, Birkenfeld, Kusel, Kaiserslautern und der Oberwesterwaldkreis, aber keine weitere kreisfreie Stadt. Zum Teil erklärt sich dies durch die in einigen Städten wie Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Landau und Mainz besonders hohe Quote von Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen, teils

durch die Zuordnung der Erwerbspersonen zu ihrem Wohnort. Im produzierenden Gewerbe einer Stadt beschäftigte Einwohner von Landkreisgemeinden, die täglich zu ihrem Arbeitsort pendeln, zählen zu den Erwerbspersonen des heimatlichen Landkreises.

4. Berufspendler

Ein hoher Auspendler-Überschuß ist stets ein Symptom für eine im Vergleich zum Zielgebiet der Pendler geringere Wirtschaftskraft des Herkunftsgebiets. Liegen auch Neuberechnete Pendler-Salden noch nicht vor, so gibt doch die Auspendler-Quote an den Erwerbspersonen im Rahmen dieser Untersuchung hinreichend Auskunft über die Pendelwanderung der Berufstätigen. Allerdings stammen die jüngsten Angaben hierzu ebenfalls aus dem letzten Volkszählungsjahr 1961. Augenfällig und typisch ist beispielsweise die Wechselbeziehung zwischen kreisfreien Städten wie Ludwigshafen, Zweibrücken oder Koblenz und den mit ihnen eng verzahnten gleichnamigen Landkreisen. Diese haben mit 62, 55 und 46 Pendelwanderern unter jeweils 100 Erwerbstätigen die höchste oder doch eine weit überdurchschnittliche Auspendler-Quote, jene dagegen umgekehrt eine sehr niedrige und zugleich einen außerordentlich großen Anteil an Einpendlern unter den in der Stadt arbeitenden Personen.

Neben den genannten drei weisen auch die meisten übrigen Landkreise einen das Landesmittel von 31% übersteigenden Anteilssatz von Auspendlern unter ihren Erwerbspersonen auf. Darunter bleiben lediglich die stärker industrialisierten Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld sowie die verkehrsunünstig gelegenen Landkreise Rhein-Hunsrück, Bitburg, Daun, Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich und — mit dem weitaus geringsten Prozentsatz von 16 — Prüm. Die geographische Lage dieser Kreise ausschließlich im Norden des Landes macht im übrigen offenkundig, in welchem Maße Wegeentfernungen und Verkehrsmöglichkeiten trotz stetig fortschreitender Motorisierung den Grad der Pendelwanderung beeinflussen. Von den kreisfreien Städten zeigen lediglich Neustadt eine knapp überdurchschnittliche (32%), ferner Frankenthal, Mainz und Worms eine noch über dem Wert für den Landkreis Prüm liegende Auspendler-Quote. Vornehmlich bei letzteren macht sich hier die Anziehungskraft benachbarter Industriezentren bemerkbar, mit denen ein gewisser Pendler-Austausch stattfindet. Tatsächlich ist auch in ausnahmslos allen kreisfreien Städten der Anteil der Einpendler an den dort arbeitenden Erwerbspersonen höher als derjenige der Auspendler an den dort wohnenden.

5. Industrialisierungsgrad

Der Industrialisierungsgrad, worunter die Zahl der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner verstanden wird, ist einer der bedeutendsten Indikatoren für die Wirtschaftskraft eines Gebietes, schlägt sich in ihm doch durch die Verknüpfung von Arbeitsort- (Beschäftigte) und Wohnortprinzip (Einwohner) auch der jeweilige Pendler-Saldo nieder, der wiederum maßgeblich vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein industrieller Fertigungsstätten bestimmt wird. Angaben für die neuen Kreise über die in Industriebetrieben mit zehn und

mehr Beschäftigten arbeitenden Berufstätigen liegen aus der September-Erhebung 1968 vor, bei der insgesamt knapp über 3 000 Industriebetriebe mit 375 000 Beschäftigten gezählt wurden. Im Landesdurchschnitt kommen damit 103 Industriebeschäftigte auf 1 000 Einwohner. Dieser noch erheblich unter dem Bundesmittel liegende Industrialisierungsgrad wird von vier kreisfreien Städten und 22 Landkreisen nicht erreicht. Den höchsten Wert überhaupt hat die Stadt Ludwigshafen (362), den niedrigsten der Landkreis Ludwigshafen (25), also jene beiden Verwaltungsbezirke auf Kreisebene, welche infolge ihrer engen Verflechtung die stärkste Einpendler- bzw. Auspendler-Quote aufweisen.

Unter den Landkreisen nimmt Pirmasens mit 206 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner eine Spitzenstellung ein. Er rangiert damit hinter den Städten Ludwigshafen, Frankenthal und Pirmasens, aber noch vor allen übrigen kreisfreien Städten. Allerdings täuscht dieser hohe Industrialisierungsgrad insofern, als er aus einer praktisch monoindustriellen Struktur (Schuhherstellung) mit einem überdurchschnittlichen Anteil weiblicher Arbeitskräfte resultiert. Aber auch der Unterwesterwaldkreis (134) und der Landkreis Germersheim (132) sind in noch stärkerem bzw. gleichem Maß industrialisiert wie die kreisfreie Stadt Kaiserslautern. Das Landesmittel übertreffen außerdem nur noch die Landkreise Altenkirchen und Neuwied; Bad Kreuznach erreicht es gerade. Von den Einwohnern aller übrigen Landkreise ist nicht einmal jeder zehnte in der Industrie beschäftigt. Die niedrigsten Werte finden sich, abgesehen vom Kreis Ludwigshafen, in dreien der fünf Landkreise des Regierungsbezirks Trier (Bernkastel-Wittlich, Prüm und Bitburg) sowie im Landkreis Alzey-Worms.

Alle kreisfreien Städte mit einem überdurchschnittlichen Industrialisierungsgrad liegen in Rheinhessen-Pfalz, angefangen bei Ludwigshafen (362), Frankenthal (292) und Pirmasens (217) bis zu Kaiserslautern (132). Ausnahmen bilden hier lediglich Neustadt und Landau, die jedoch mit 80 bzw. 78 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner Koblenz (60) und Trier (58) noch hinter sich lassen.

6. Bruttoinlandsprodukt

Den umfassendsten Maßstab für die Wirtschaftskraft eines Gebietes liefert das Sozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt), das alle im Laufe eines Jahres produzierten Güter und geleisteten Dienste einschließt. Zum regionalen Vergleich eignen sich dabei vornehmlich Pro-Kopf-Werte. Für die neugebildeten kreisfreien Städte und Landkreise ist deshalb das Bruttoinlandsprodukt 1966 je Einwohner errechnet worden. Dieser Pro-Kopf-Wert läßt allerdings die Pendelwanderung außer Betracht. Es ist daher zu bedenken, daß das effektiv in einem bestimmten Gebiet pro Einwohner erwirtschaftete Sozialprodukt bei einem Auspendler-Überschuß zu niedrig, bei einem Einpendler-Überschuß zu hoch ausgewiesen wird. Ungeachtet dieser Einschränkung lassen die Sozialproduktszahlen jedoch die eindeutige, auf der Wertschöpfung der Städte basierende Vorrangstellung von Rheinhessen-Pfalz (7 250 DM je Einwohner) vor den Regierungsbezirken Koblenz (6 130 DM) und Trier (5 280 DM) erkennen.

Betrachtet man die Landkreise für sich, dann verschiebt sich dieses Bild zugunsten der Koblenzer Kreise: von den zehn Landkreisen mit dem höchsten Sozialprodukt je Einwohner (6 460 bis 5 330 DM) gehören acht — an ihrer Spitze Mayen, Unterwesterwald und Neuwied — zum Regierungsbezirk Koblenz und nur zwei zu Rheinhessen-Pfalz (Mainz-Bingen und Pirmasens an vierter und fünfter Position). Umgekehrt finden sich hier mit Zweibrücken, Ludwigshafen, Kusel und Kaiserslautern die unter diesem Aspekt wirtschaftsschwächsten Kreise überhaupt (2 530 bis 3 350 DM).

Die in einer hochentwickelten Volkswirtschaft wachsende Bedeutung von Handel, Verkehr und übrigen Dienstleistungen bewirkt eine völlig andere Rangfolge der kreisfreien Städte nach dem Sozialprodukt je Einwohner, als sie sich nach dem Industrialisierungsgrad ergibt. Zwar nimmt Ludwigshafen mit seinem beträchtlichen Überschuß an Industrie-Einpendlern auch hier die Spitze ein (14 290 DM), unmittelbar gefolgt jedoch von Mainz (13 640 DM) und Koblenz (12 320 DM), zu deren Sozialprodukt der Dienstleistungsbereich einen annähernd gleichen bzw. über doppelt so großen Beitrag zusteuert wie das Waren produzierende Gewerbe. Erst an vierter Position erscheint Frankenthal (10 200 DM), das nach Ludwigshafen den höchsten Industrialisierungsgrad aufweist und dessen Sozialprodukt wie das Ludwigshafens zu drei Viertel vom produzierenden Gewerbe erbracht wird. Am Ende der Skala liegen mit Neustadt (7 190 DM je Einwohner) und Pirmasens (7 660 DM) zwei Städte, deren Industrie nicht sehr hervortritt (Neustadt) bzw. infolge ihrer lohnintensiven kleingewerblichen Struktur eine relativ geringe Produktivität besitzt (Pirmasens).

7. Realsteueraufbringungskraft

Als letztes Indiz zur Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftskraft der neuen Verwaltungsgebiete sei noch die für 1967 vorliegende Realsteueraufbringungskraft herangezogen (Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, berechnet nach gewogenen Landesdurchschnittsbesätzen; im folgenden kurz Realsteuerekraft genannt und in DM je Einwohner ausgedrückt). Die auch hier gegenüber den Landkreisen herausragende Gruppe der kreisfreien Städte, welche dem südlichen Landesteil wiederum eine Vorrangstellung vor den nördlichen Bezirken einräumen, ist jedoch — anders als bei der Einordnung nach dem Sozialprodukt je Einwohner — in ihrer Geschlossenheit aufgelockert durch vier Landkreise, die durch eine fortgeschrittene, von kräftigen industriellen Impulsen induzierte Urbanisierung gekennzeichnet sind: Mainz-Bingen, Birkenfeld, Bad Kreuznach und Neuwied, die bei einem Gesamtvergleich der Realsteuerekraft auf den Plätzen 8, 10, 14 und 15 stehen, das heißt vor der als letzte auf Rang 16 platzierten kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße.

Von den Landkreisen verfügen außer den vier genannten, für die Werte von 223 bis 172 DM je Einwohner errechnet wurden, noch Mayen, der Rhein-Hunsrück-Kreis und Bad Dürkheim über eine Realsteuerekraft von mehr als 150 DM. Auf nur

Kreisfreie Stadt Landkreis	Indikatoren						
	Bevöl- kerungs- zunahme 1950-1968	Erwerbspersonen 1961		Auspendler auf 100 Erwerbs- personen 1961	Industrie- alisierungs- grad 1968 1)	Brutto- inlands- produkt 1966	Realsteuer- aufbringungs- kraft 1967
		in der Land- wirtschaft	im produ- zierenden Gewerbe				
	%	% aller Erwerbspersonen		Anzahl	Beschäftigte auf 1 000 Einw.	DM je Einwohner	
							Kreisfreie
Koblenz	53,6	2,1	24,9	7	60	12 320	246,87
Trier	15,4	4,4	32,2	15	58	8 810	180,15
Frankenthal (Pfalz)	43,6	4,3	65,6	24	292	10 200	237,45
Kaiserslautern	36,3	1,8	38,6	14	132	7 990	193,55
Landau i. d. Pfalz	36,6	4,3	39,6	13	78	8 670	253,10
Ludwigshafen a. Rhein	39,7	1,0	63,0	12	362	14 290	538,79
Mainz	64,7	4,3	42,0	20	142	13 640	268,58
Neustadt a. d. Weinstr.	13,0	13,5	39,9	32	80	7 190	164,45
Pirmasens	18,2	1,7	58,9	11	217	7 660	240,02
Speyer	30,6	2,6	51,3	14	179	8 640	209,94
Worms	20,3	6,4	51,9	19	157	8 840	263,58
Zweibrücken	28,5	3,4	50,9	11	192	9 170	189,42
							Land-
Ahrweiler	27,1	21,9	37,9	34	69	5 400	147,95
Altenkirchen (Ww.)	18,3	18,4	51,9	46	123	5 330	125,18
Bad Kreuznach	15,1	25,7	38,7	29	103	5 870	176,32
Birkenfeld	22,9	19,0	45,3	28	75	5 910	195,20
Cochem-Zell	7,2	45,3	24,0	22	39	4 850	137,31
Koblenz	23,9	16,3	41,7	46	66	4 630	121,82
Mayen	18,7	22,8	45,6	31	98	6 460	154,12
Neuwied	22,8	14,8	51,6	39	118	6 210	171,66
Oberwesterwaldkreis	21,4	34,0	43,1	39	76	4 500	114,32
Rhein-Hunsrück-Kreis	8,4	39,5	27,7	26	57	6 010	151,05
Rhein-Lahn-Kreis	8,9	23,9	35,9	36	65	4 930	130,40
Unterwesterwaldkreis	22,2	16,6	52,5	41	134	6 300	147,60
Bernkastel-Wittlich	3,2	47,0	23,8	21	29	4 780	132,06
Bitburg	11,0	46,0	23,4	25	36	4 120	107,79
Daun	14,8	44,4	30,4	24	66	5 070	124,69
Prüm	2,7	58,3	19,1	16	32	3 690	78,05
Trier-Saarburg	15,7	42,9	32,3	36	68	3 740	83,06
Alzey-Worms	2,0	38,4	34,9	35	29	4 210	133,76
Bad Dürkheim	17,2	23,2	47,7	40	82	5 190	150,80
Donnersbergkreis	8,2	32,3	39,9	36	83	4 790	127,96
Germersheim	31,6	26,5	48,3	41	132	4 050	141,44
Kaiserslautern	26,4	16,4	43,2	53	37	3 350	90,78
Kusel	7,7	26,6	44,3	47	55	3 250	88,00
Landau-Bad Bergzabern	7,8	35,7	37,9	36	64	4 660	124,36
Ludwigshafen	33,3	16,3	59,2	62	25	2 790	106,23
Mainz-Bingen	15,5	31,0	37,6	35	84	6 150	222,81
Pirmasens	25,8	15,8	64,3	36	206	6 140	149,09
Zweibrücken	17,0	27,5	53,5	55	39	2 530	64,59

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

weniger als 100 DM je Einwohner kommen dagegen, in absteigender Folge, Kaiserslautern, Kusel, Trier-Saarburg, Prüm und Zweibrücken. Auch anhand der Realsteuerkraft ergeben sich damit ausgesprochen wirtschaftsschwache Gebiete in der westlichen Pfalz und im Trierer Raum.

Nicht sehr hiervon abweichend stellt sich das Bild bei den kreisfreien Städten dar. Mit Werten zwischen 164 und 194 DM je Einwohner haben die nicht an der Rheifront gelegenen pfälzischen Städte Neustadt, Zweibrücken und Kaiserslautern sowie Trier die geringste Realsteuerkraft. Eine Sonderstellung nimmt Ludwigshafen (539 DM) vor einer dicht beieinanderliegenden Gruppe von Städten ein (269 bis 247 DM), welche Mainz, Worms, Landau und Koblenz umfaßt.

8. Zusammenfassung

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß zwar bestimmte kreisfreie Städte und Landkreise immer wieder in der Spitzen-, Mittel- oder Schlußgruppe

der verschiedenen Rangtabellen auftauchen, andere hingegen ihren Platz sprunghaft wechseln. Das beruht — abgesehen von der Zeitungleichheit der zugrunde liegenden statistischen Daten — einmal darauf, daß einige der herangezogenen Indikatoren doch sehr spezifischen Charakter haben und die wirtschaftlichen Kräfte eines Gebiets unter einem relativ engen Blickwinkel sehen lassen, zum anderen auf regionalen, nicht zuletzt siedlungsgeographischen Besonderheiten, welche die im allgemeinen gültige Aussagefähigkeit eines Kriteriums für den speziellen Fall einschränken. Als extremes Beispiel sei der Landkreis Prüm angeführt, der hinsichtlich Bevölkerungswachstum, Beschäftigtenanteil des produzierenden Gewerbes, Industrialisierungsgrad, Sozialprodukt je Einwohner und Realsteueraufbringungskraft als einer der wirtschaftsschwächsten Kreise erscheint und daher eine entsprechend hohe Auspendler-Quote erwarten läßt, tatsächlich aber den geringsten Auspendleranteil unter seinen Erwerbstätigen von allen Landkreisen

Rangziffern							Kreisfreie Stadt Landkreis
Bevöl- kerungs- zunahme 1950-1968	Erwerbspersonen 1961		Auspendler auf 100 Erwerbs- personen 1961	Industrie- alisierungs- grad 1968 1)	Brutto- inlands- produkt 1966	Realsteuer- aufbringungs- kraft 1967	
	in der Land- wirtschaft	im produ- zierenden Gewerbe					
DM je Einwohner							
Rangziffer nach höchstem (h) bzw. niedrigstem (n) Wert							
h	n	h	n	h			
Städte							
2	4	12	1	11	3	5	Koblenz
11	10	11	8	12	7	11	Trier
3	7a	1	11	2	4	7	Frankenthal (Pfalz)
6	3	10	6a	8	10	9	Kaiserslautern
5	7b	9	5	10	8	4	Landau i. d. Pfalz
4	1	2	4	1	1	1	Ludwigshafen a. Rhein
1	7c	7	10	7	2	2	Mainz
12	12	8	12	9	12	12	Neustadt a. d. Weinstr.
10	2	3	2a	3	11	6	Pirmasens
7	5	5	6b	5	9	8	Speyer
9	11	4	9	6	6	3	Worms
8	6	6	2b	4	5	10	Zweibrücken
kreise							
3	9	17a	10	13	9	9	Ahrweiler
12	7	5	23a	4	10	17	Altenkirchen (Ww.)
17	13	16	8	6	8	3	Bad Kreuznach
7	8	10	7	12	7	2	Birkenfeld
25	25	25	3	21a	14	12	Cochem-Zell
6	3	14	23b	15a	18	20	Koblenz
11	10	9	9	7	1	5	Mayen
8	1	6	18a	5	3	4	Neuwied
10	19	13	18b	11	19	21	Oberwesterwaldkreis
21	22	24	6	19	6	6	Rhein-Hunsrück-Kreis
20	12	20	13a	17	13	15	Rhein-Lahn-Kreis
9	6	4	21a	2	2	10	Unterwesterwaldkreis
26	27	26	2	26a	16	14	Bernkastel-Wittlich
19	26	27	5	24	21	22	Bitburg
18	24	23	4	15b	12	18	Daun
27	28	28	1	25	24	27	Prüm
15	23	22	13b	14	23	26	Trier-Saarburg
28	21	21	11a	26b	20	13	Alzey-Worms
13	11	8	20	10	11	7	Bad Dürkheim
22	18	15	13c	9	15	16	Donnersbergkreis
2	14	7	21b	3	22	11	Germersheim
4	5	12	26	23	25	24	Kaiserslautern
24	15	11	25	20	26	25	Kusel
23	20	17b	13d	18	17	19	Landau-Bad Bergzabern
1	4	2	28	28	27	23	Ludwigshafen
16	17	19	11b	8	4	1	Mainz-Bingen
5	2	1	13e	1	5	8	Pirmasens
14	16	3	27	21b	28	28	Zweibrücken

aufweist, weil gewerbliche Arbeitsplätze in leicht erreichbarer Nähe einfach nicht vorhanden sind.

Regional oder sachlich-methodisch begründete Unregelmäßigkeiten der angedeuteten Art können indessen behelfsweise ausgeglichen werden, wenn die Rangziffern für ein Gebiet im Querschnitt betrachtet werden. Voraussetzung für einen solchen Vergleich ist die Umkehrung der Rangfolge bei den „negativen“ Merkmalen Landwirtschaftliche Erwerbspersonen und Auspendler-Quote. Eine denkbare zusätzliche Differenzierung und Quantifizierung der in ihrem Gewicht zweifellos unterschiedlich zu bewertenden Indikatoren wäre zwar wünschenswert, läßt sich jedoch kaum bewerkstelligen. Im übrigen ist im Gegensatz zu dem eingangs gegebenen Hinweis über das sich oft hinter den absoluten Zahlen verbergende gänzlich andere Bild einer relativen Betrachtung an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die Rangziffern auf Bezugswerten basieren (je Einwohner usw.), die Rangfolge nach der Wirtschaftskraft also nicht unbedingt derjenigen nach der absoluten wirtschaftlichen Leistung

entsprechen und schon gar nichts über den Lebensstandard der Bevölkerung eines Gebiets aussagen muß, wie das Beispiel des Landkreises Ludwigshafen mit seiner zum Großteil in der Stadt Ludwigshafen beschäftigten Bevölkerung beweist.

Mit Abstand steht an der Spitze der Landkreise Pirmasens. Diese Position verdankt der Kreis freilich seinem überragenden Industrialisierungsgrad, dem außergewöhnlich großen Anteil von Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe — beides hat, wie an anderer Stelle ausgeführt, seine besonderen Gründe — sowie einer entsprechend niedrigen Quote landwirtschaftlicher Erwerbstätiger. Es schließen sich, ziemlich dicht beieinander liegend, die Landkreise Neuwied, Mayen, Birkenfeld und der Unterwesterwaldkreis an, die alle in der Einzelwertung ein- oder zweimal unter den ersten drei anzutreffen sind. Auch die beiden nächstfolgenden Kreise gehören noch zum Regierungsbezirk Koblenz: Ahrweiler und Bad Kreuznach. Erst danach rangiert der zweite rheinhesisch-pfälzische Kreis, Mainz-Bingen, jedoch un-

mittelbar dahinter mit Altenkirchen ein weiterer Landkreis aus dem Norden. Eine Mittelgruppe führen zwar auch zwei pfälzische Kreise an (Bad Dürkheim und Germersheim), zu denen sich an späterer Position noch der Donnersbergkreis, Ludwigshafen und Kaiserslautern gesellen, doch dazwischen schieben sich vier weitere Landkreise des Regierungsbezirks Koblenz (Koblenz, Rhein-Hunsrück, Rhein-Lahn und Oberwesterwald) sowie als einziger Trierer Kreis Daun. Die Schlußgruppe bilden, mit dem letzten Koblenzer Kreis, Cochem-Zell, vorweg, die restlichen rheinhessisch-pfälzischen und Trierer Landkreise. Es zeigt sich damit im wesentlichen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle in der Wirtschaftskraft der Landkreise, wie es sich bei den globaleren Indikatoren Sozialprodukt und Realsteuerkraft schon andeutete.

Im Prinzip gälte diese Feststellung auch für die kreisfreien Städte, wirkte sich bei ihnen nicht die standortbegünstigte Lage der rheinhessisch-pfälzischen Rheinstädte aus. Daß Ludwigshafen, das allein viermal den ersten und einmal den zweiten Platz bei Anlegung der einzelnen Maßstäbe einnimmt, im Querschnittsvergleich seine dominierende Stellung unterstreichen würde, war zu erwarten. Es distanziert sich klar von den übrigen Städten. Nahezu gleichrangig in ihrer Wirtschaftskraft folgen an zweiter, dritter und fünfter

Stelle mit Frankenthal, Mainz und Koblenz drei weitere Rheinstädte, zwischen denen Pirmasens mit seiner industriellen Sonderstruktur plazierte ist. Die restliche Reihenfolge: Zweibrücken, Speyer, Worms, Landau, Kaiserslautern, Trier und Neustadt; am Ende der Skala also auch hier pfälzische Städte und Trier.

In der vorliegenden Auswertung und namentlich beim Querschnittsvergleich kam es primär darauf an, die kreisfreien Städte und Landkreise jeweils gegenüberzustellen, um die Abstufungen nach Indikatoren ihrer Wirtschaftskraft zu erkennen; nicht beabsichtigt war, wenngleich sich gelegentliche Anmerkungen hierzu als notwendig erwiesen, eine Beschreibung der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Gebiete. Abschließend sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die hier verwendeten Wirtschaftskraft-Indikatoren und ermittelten Ranglistenziffern für ein einzelnes Gebiet im isolierten Querschnittsvergleich eine ganze Reihe zusätzlicher Informationen auch über dessen Wirtschaftsstruktur vermitteln können. Als Beispiel dafür sei lediglich die aufschlußreiche Diskrepanz zwischen den Ranglistenplätzen „Industrialisierungsgrad“ und „Realsteuerkraft“ etwa der Landkreise Birkenfeld (12 bzw. 2) und Pirmasens (1 bzw. 8) erwähnt.

Dipl.-Volkswirt F. Kuch

Verbesserte Sozialproduktszahlen für 1968

1. Vorbemerkungen zum Berechnungs-Programm

Dem zunehmenden Interesse und den steigenden Anforderungen, die seitens Politik und Wirtschaft an die Sozialproduktsberechnungen gestellt werden, versucht der Arbeitskreis Sozialproduktsberechnungen der Länder, der sich aus Vertretern der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes zusammensetzt, dadurch gerecht zu werden, daß seit diesem Jahr die bisherigen drei

1) J. Gebauer: Das Sozialprodukt im Jahre 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 2, Februar 1969.

Bruttoinlandsprodukt 1960 - 1968

Jahr	Insgesamt			Je Einwohner		
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960 = 100
In jeweiligen Preisen						
1960	13 888	10, 8	100	4 108	10, 0	100
1961	15 300	10, 2	110	4 478	9, 0	109
1962	16 505	7, 9	119	4 774	6, 6	116
1963	18 174	10, 1	131	5 202	9, 0	127
1964	19 842	9, 2	143	5 622	8, 1	137
1965	21 751	9, 6	157	6 097	8, 5	148
1966	23 681	8, 9	171	6 575	7, 8	160
1967 ^p	24 624	4, 0	177	6 802	3, 5	166
1968 ^s	27 060	9, 9	195	7 445	9, 5	181
In Preisen von 1954						
1960	12 173	8, 9	100	3 600	8, 2	100
1961	12 777	5, 0	105	3 739	3, 9	104
1962	13 055	2, 2	107	3 776	1, 0	105
1963	13 888	6, 4	114	3 975	5, 3	110
1964	14 990	7, 9	123	4 247	6, 8	118
1965	15 838	5, 7	130	4 440	4, 5	123
1966	16 554	4, 5	136	4 596	3, 5	128
1967 ^p	17 130	3, 5	141	4 732	3, 0	131
1968 ^s	18 600	8, 4	153	5 111	8, 0	142

Berechnungsstufen des Bruttoinlandsprodukts (Vorausschätzung, vorläufige und endgültige Ergebnisse) um die sogenannte Schnellberechnung ergänzt werden. Deren Ergebnisse konnten für 1968 nominal und real insgesamt sowie nominal nach vier Wirtschaftsbereichen bereits im Februar dieses Jahres vorgelegt werden¹⁾. Hierbei handelt es sich um Größen, die ermittelt wurden, als die notwendigen statistischen Unterlagen für die letzten zwei Monate des Jahres 1968 noch nicht zur Verfügung standen und daher geschätzt werden mußten.

Der Schnellberechnung folgt die Vorausschätzung, die für die wichtigsten Wirtschaftszweige bereits auf kompletten Jahresergebnissen von monatlichen und vierteljährlichen Statistiken beruht; in der Veröffentlichungstiefe entspricht sie der Schnellberechnung, das heißt sie bringt das Bruttoinlandsprodukt nominal und real insgesamt und außerdem nominal gegliedert in die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen. Für 1968 wurde im Rahmen der Vorausschätzung der letztgenannte Bereich erstmals in Dienstleistungen von Unternehmen (Kreditinstitute, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsgewerbe) und übrige Dienstleistungen (Staat, private Haushalte) aufgeteilt, so daß jetzt bereits Werte für den Unternehmenssektor (Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr sowie von Unternehmen erbrachte Dienstleistungen) ausgewiesen werden können. Die Ergebnisse der Vorausschätzung werden in diesem Beitrag veröffentlicht; sie liegen gewöhnlich im

Bruttoinlandsprodukt nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen 1960 - 1968

Jahr	Unternehmen					Staat, Private Haus- halte	Unternehmen					Staat, Private Haus- halte
	ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zie- rendes Ge- werbe	Handel und Verkehr	Dienst- lei- stungen von Unter- nehmen		ins- gesamt	Land- und Forst- wirt- schaft	Produ- zie- rendes Ge- werbe	Handel und Verkehr	Dienst- lei- stungen von Unter- nehmen	
Mill. DM						Veränderung zum Vorjahr in %						
In jeweiligen Preisen												
1960	12 424	1 355	6 951	2 610	1 508	1 465	11,1	- 1,0	13,6	9,7	13,9	8,5
1961	13 598	1 306	7 746	2 822	1 724	1 701	9,4	- 3,6	11,4	8,1	14,3	16,1
1962	14 642	1 250	8 444	3 081	1 867	1 863	7,7	- 4,3	9,0	9,2	8,3	9,5
1963	16 049	1 400	9 271	3 253	2 125	2 124	9,6	12,0	9,8	5,6	13,8	14,0
1964	17 518	1 352	10 249	3 518	2 399	2 325	9,2	- 3,4	10,5	8,1	12,9	9,5
1965	19 121	1 370	11 186	3 833	2 731	2 630	9,2	1,4	9,1	9,0	13,8	13,1
1966	20 751	1 470	12 151	4 022	3 108	2 929	8,5	7,3	8,6	4,9	13,8	11,4
1967 ^P	21 583	1 468	12 739	4 016	3 360	3 041	4,0	- 0,2	4,8	- 0,1	8,1	3,8
1968 ^S	23 966	1 468	14 545	4 289	3 664	3 222	11,0	- 0,0	14,2	6,8	9,1	5,9
In Preisen von 1954												
1960	11 081	1 342	6 347	2 229	1 163	1 094	9,8	7,8	11,3	8,4	6,9	1,5
1961	11 608	1 322	6 719	2 319	1 248	1 170	4,8	- 1,5	5,9	4,0	7,3	6,9
1962	11 819	1 071	7 025	2 418	1 305	1 236	1,8	- 18,9	4,6	4,3	4,6	5,6
1963	12 561	1 236	7 443	2 483	1 399	1 328	6,3	15,3	6,0	2,7	7,2	7,4
1964	13 615	1 369	8 203	2 582	1 461	1 375	8,4	10,8	10,2	4,0	4,4	3,5
1965	14 403	1 261	8 844	2 735	1 563	1 435	5,8	- 7,9	7,8	5,9	7,0	4,4
1966	15 059	1 196	9 466	2 746	1 651	1 495	4,6	- 5,2	7,0	0,4	5,6	4,2
1967 ^P	15 618	1 263	9 940	2 735	1 680	1 512	3,7	5,6	5,0	- 0,4	1,8	1,1

1968 sind die Beiträge der Wirtschaftsbereiche um die Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer gemäß § 30 UStG überhöht.

Mai/Juni und sollen auch künftig im Juniheft der Statistischen Monatshefte veröffentlicht werden.

Etwa gleichzeitig mit der Vorausschätzung kann die Berechnung der vorläufigen Ergebnisse des Vorjahres abgeschlossen werden. Diese basieren außer auf dem Material von Monats- und Vierteljahres-Statistiken auf den Resultaten der in wesentlich tieferer wirtschaftssystematischer Gliederung aufbereiteten Jahres- und Zwei-Jahres-Statistiken und werden sowohl real als auch nominal insgesamt und nach elf Wirtschaftsbereichen errechnet.

Die vierte Berechnungsstufe schließlich stellen die endgültigen Ergebnisse dar, die al-

lerdings im Vergleich zu den vorläufigen Werten nur in den seltensten Fällen eine Änderung erfahren. Geringfügige Abweichungen sind möglich, wenn sich der Bundesansatz, auf den die Länderwerte wie auch bei den drei ersten Berechnungen koordiniert werden, ändert, oder wenn eine nachträgliche Berichtigung im statistischen Ausgangsmaterial berücksichtigt werden muß.

2. Ergebnisse der Vorausschätzung

Gegenüber den im Februarheft der Statistischen Monatshefte veröffentlichten Werten aus der Schnellberechnung hat die jetzt vorliegende Vorausschätzung nur geringfügige Abweichungen erge-

Bruttoinlandsprodukt in den Ländern des Bundesgebiets 1968^S

Land	In jeweiligen Preisen					In Preisen von 1954				
	insgesamt			je Einwohner		insgesamt			je Einwohner	
	Mrd. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Mrd. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	DM	Veränderung zum Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	18,7	7,4	189	7 431	6,2	12,1	5,7	144	4 805	4,6
Hamburg	28,4	6,8	167	15 543	7,6	19,1	4,7	130	10 463	5,5
Niedersachsen	53,8	9,9	177	7 674	9,4	36,5	8,5	137	5 203	8,0
Bremen	8,4	7,3	165	11 109	6,8	5,5	5,2	126	7 304	4,8
Nordrhein-Westfalen	153,6	8,8	167	9 098	8,5	105,8	6,7	135	6 263	6,4
Hessen	49,5	8,8	195	9 338	7,9	33,7	6,5	153	6 358	5,6
Rheinland-Pfalz	27,1	9,9	195	7 445	9,5	18,6	8,4	153	5 111	8,0
Baden-Württemberg	77,4	8,6	186	8 963	7,5	51,5	6,1	144	5 969	5,0
Bayern	83,4	9,6	189	8 068	8,7	56,0	7,9	147	5 412	7,1
Saarland	8,0	7,7	154	7 090	7,8	5,4	5,3	125	4 745	5,4
Berlin (West)	20,7	8,0	171	9 638	9,1	14,0	6,0	134	6 488	7,1
Bundesgebiet	529,0	8,8	178	8 790	8,3	358,0	6,8	140	5 949	6,3

Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1960 - 1967

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Energiewirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau-gewerbe)	Bau-gewerbe	Handel	Verkehr	Kredit-institute	Wohnungs-ver-mietung	Dienst-leistungs-gewerbe	Staat	Private Haus-halte
In jeweiligen Preisen Mill. DM											
1960	1 355	252	5 632	1 067	1 670	940	261	424	823	1 177	288
1961	1 306	288	6 096	1 362	1 823	999	283	527	914	1 393	308
1962	1 250	329	6 474	1 641	2 031	1 050	319	562	986	1 532	331
1963	1 400	373	7 017	1 881	2 134	1 119	358	647	1 120	1 762	362
1964	1 352	325	7 874	2 050	2 324	1 194	393	759	1 247	1 934	391
1965	1 370	316	8 777	2 093	2 594	1 239	450	857	1 424	2 202	428
1966	1 470	362	9 576	2 213	2 736	1 286	526	974	1 608	2 470	459
1967 ^P	1 468	364	10 350	2 025	2 754	1 262	561	1 121	1 678	2 562	479
Veränderung zum Vorjahr in %											
1960	- 1,0	6,4	13,1	18,3	10,2	8,9	21,6	16,9	10,2	8,7	8,0
1961	- 3,6	14,2	8,2	27,6	9,2	6,3	8,4	24,5	11,1	18,4	7,0
1962	- 4,3	14,3	6,2	20,5	11,4	5,1	12,7	6,5	7,9	9,9	7,5
1963	12,0	13,4	8,4	14,6	5,1	6,5	12,3	15,2	13,5	15,0	9,2
1964	- 3,4	- 12,9	12,2	9,0	8,9	6,7	9,7	17,4	11,4	9,7	8,1
1965	1,4	- 2,7	11,5	2,1	11,6	3,8	14,7	12,9	14,2	13,9	9,4
1966	7,3	14,6	9,1	5,7	5,5	3,8	16,8	13,7	13,0	12,1	7,4
1967 ^P	- 0,2	0,3	8,1	- 8,5	0,7	- 1,9	6,6	15,1	4,3	3,7	4,3
In Preisen von 1954 Mill. DM											
1960	1 342	228	5 373	746	1 443	786	183	365	615	895	199
1961	1 322	220	5 610	889	1 523	796	199	396	653	976	194
1962	1 071	249	5 799	977	1 593	825	214	426	665	1 037	199
1963	1 236	280	6 103	1 060	1 633	850	229	461	709	1 125	203
1964	1 369	267	6 823	1 113	1 722	860	232	475	754	1 170	205
1965	1 261	257	7 470	1 116	1 842	893	265	490	808	1 229	206
1966	1 196	302	8 007	1 158	1 864	881	291	503	857	1 286	209
1967 ^P	1 263	310	8 531	1 100	1 871	864	302	514	864	1 300	212
Veränderung zum Vorjahr in %											
1960	7,8	4,4	11,9	9,1	9,5	6,3	14,6	7,3	4,5	2,1	- 1,8
1961	- 1,5	- 3,6	4,4	19,3	5,5	1,3	8,6	8,7	6,2	9,0	- 2,3
1962	- 18,9	13,3	3,4	9,9	4,6	3,7	7,5	7,6	1,8	6,3	2,6
1963	15,3	12,5	5,2	8,5	2,5	3,0	7,0	8,2	6,7	8,5	1,7
1964	10,8	- 4,5	11,8	5,0	5,5	1,1	1,5	3,0	6,3	4,0	1,3
1965	- 7,9	- 3,7	9,5	0,3	6,9	3,9	14,1	3,2	7,2	5,1	0,2
1966	- 5,2	17,2	7,2	3,7	1,2	- 1,3	9,9	2,6	6,0	4,6	1,8
1967 ^P	5,6	2,7	6,5	- 5,0	0,3	- 2,0	3,6	2,3	0,9	1,1	1,4

ben. Rheinland-Pfalz liegt mit einer nominalen Zuwachsrates des Sozialprodukts im Jahre 1968 von + 9,9% weiterhin an der Spitze der Bundesländer, jetzt allerdings gemeinsam mit Niedersachsen, das ebenfalls ein wirtschaftliches Wachstum in dieser Höhe verbuchen konnte. Dieser Wert liegt für Rheinland-Pfalz nur um 0,3 Punkte, für Niedersachsen sogar nur um 0,1 Punkte unter dem im Rahmen der Schnellberechnung ausgewiesenen Ergebnis. In den übrigen Ländern des Bundesgebiets sind die Differenzen etwas größer, bleiben aber auch hier stets unter 1 Punkt. Das gleiche gilt für die bereichswisen Zuwachsrates, die das unterschiedliche Branchenwachstum widerspiegeln und die sich für Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Schnellberechnung ebenfalls nur wenig geändert haben: Das produzierende Gewerbe, das unter den fünf zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen den höchsten Zuwachs verzeichnete (+ 14,2%) hat damit 0,5 Punkte „verloren“, während das Wachstum von Handel und Verkehr mit + 6,8% um 0,6 Punkte höher liegt, als anhand der unvollständigen Unterlagen zur Schnellberechnung geschätzt worden war. Die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im Bereich Dienstleistungen blieb mit + 7,6% unverändert, wobei eine geringfügige Verbesserung im Wachstum der von Unternehmen erbrachten Dienst-

leistungen (von + 9,0 auf + 9,1%) durch eine entsprechende Korrektur in der Zuwachsrates der übrigen Dienstleistungen (von + 6,2 auf nunmehr + 5,9%) kompensiert wurde. Die einzige etwas größere Abweichung ist für die Land- und Forstwirtschaft festzustellen. Für diesen Wirtschaftsbereich ergibt sich aus den überarbeiteten Ergebnissen nunmehr eine Stagnation, während in der Schnellberechnung noch ein Zuwachs von 2,0% ausgewiesen worden war.

Das reale Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im Jahre 1968 war im Rahmen der Schnellberechnung mit + 8,4% errechnet worden. Diese Zuwachsrates wurde durch die Vorausschätzung bestätigt. Gleichwohl haben bei den Zuwachsrates der anderen Länder hier stärkere Verschiebungen stattgefunden - die Wachstumsrates von Niedersachsen und Hessen vergrößerten sich um jeweils 1,1 Punkte, während Baden-Württemberg 1,3 Punkte einbüßte - so daß jetzt Niedersachsen mit einem realen Wachstum von 8,5% knapp vor Rheinland-Pfalz plazierte ist.

Bedingt durch die geringen Abweichungen zwischen den Ergebnissen aus Schnellberechnung und Vorausschätzung hat sich der rheinland-pfälzische Preisindex des Sozialprodukts auf Basis 1954 - er er-

gibt sich, wenn man das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen durch das in konstanten Preisen dividiert - für das Jahr 1968 ebenfalls nur unwesentlich geändert. Er hat gegenüber 1967 um 1,2%

zugunommen, das bedeutet, daß das Preisniveau in Rheinland-Pfalz 1968 um diesen Prozentsatz angestiegen ist.

Dipl.-Volkswirt J. Gebauer

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im Jahre 1968

Die 1961 eingeführte monatliche Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau wurde auch im Berichtsjahr 1968 auf unveränderter Grundlage fortgesetzt, so daß weiterhin nur die von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Tiefbauobjekte ab 25 000 DM in Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern erfaßt werden. Diese Begrenzung und die Nichterfassung der privaten Tiefbauaufträge bedeutet, daß für die Auswertung nicht so sehr die absoluten Zahlen, obwohl auch sie wegen der unveränderten methodischen Grundlagen einen wesentlichen Aussagewert besitzen, sondern die Darstellung der Entwicklung unter konjunkturpolitischen Aspekten und die damit verbundene Bedeutung der Vergabestatistik als kurzfristiges Konjunkturbarometer vorrangig sind.

1. Entwicklungstendenzen und Auftragsvolumen

Die Entwicklung der Auftragsvergaben im Tiefbau stand auch im Jahre 1968 noch ganz unter dem Einfluß der 1967 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Aktivität der Bundesregierung, die ihren Hauptniederschlag in den beiden Konjunkturprogrammen fand.

Mit dem rezessionsbedingten starken Rückgang der öffentlichen Auftragsvergaben im Jahre 1966 war in Rheinland-Pfalz nach Freigabe der Mittel aus dem ersten Investitionshaushalt zunächst ein Anstieg auf Normalniveau bis einschließlich September 1967 verbunden. Das letzte Quartal 1967 stand dann schon deutlich im Zeichen der Wirkungen des zweiten Konjunkturprogramms, das auf der gesetzlichen Grundlage des Stabilitätsgesetzes vom Bundestag am 8. September 1967 verabschiedet worden war. Gegenüber den vergleichbaren Vorjahreswerten war dabei in den Monaten Oktober bis Dezember 1967 eine Steigerung der Auftragssummen um fast 107% zu verzeichnen.

Im Laufe des Berichtsjahres 1968 setzte sich diese positive Tendenz weiter fort, wobei in Rheinland-Pfalz von den einzelnen Berichtsstellen Tiefbauaufträge in Höhe von bisher noch nie erreichten 722,5 Mill. DM gemeldet wurden. Der vergleichbare Vorjahreswert wurde damit um 27% übertroffen. Gemessen an den Pro-Kopf-Werten der Auftragssum-

men lag Rheinland-Pfalz mit einem Wert von 203 DM je Einwohner (Bundesdurchschnitt 179 DM) hinter Hamburg und Schleswig-Holstein an dritter Stelle der Bundesländer. Zum Teil ist diese Position freilich auf das Vorhandensein einiger strukturschwacher Regionen in Rheinland-Pfalz zurückzuführen, für welche die Verteilung der Bundesmittel auf der Grundlage einer doppelten Gewichtung erfolgte.

2. Baumaßnahmen

Mit Ausnahme der Tiefbauten an Bundeswasserstraßen war bei allen erfaßten Baumaßnahmen ein Anstieg in der Vergabesumme festzustellen. Dabei lag das Schwergewicht ganz eindeutig beim Straßenbau und hier wieder speziell bei der Erstellung von Straßenbrückenbauten. Die Auftragssummen stiegen gegenüber dem Vorjahr bei Straßenbauten um 80,2 Mill. DM (+ 22%), bei Straßenbrückenbauten um 61 Mill. DM (+ 96%), bei wasserwirtschaftlichen Tiefbauten um 18,4 Mill. DM (+ 25%) und bei sonstigen Tiefbauten (z. B. Bahndämme, Schwimmbäder, Flugplätze, Luftschutzbunker) um 7,8 Mill. DM (+ 18%). Was den prozentualen Anteil der einzelnen Tiefbauarten an der Gesamtsumme betrifft, so dominiert, wie schon in den vergangenen Jahren, der Straßenbau mit rund 62%. Erstaunlich ist die Steigerung der Ausgaben für Straßenbrückenbauten, die ihren Anteil auf Kosten aller anderen Tiefbauarten von 11% (1967) auf nunmehr 17% ausdehnen konnten und damit erstmals seit 1962 die Aufwendungen für wasserwirtschaftliche Tiefbauten übertrafen. Zählt man zum Straßenbau die mit ihm eng zusammenhängenden Ausgaben für den Straßenbrückenbau hinzu, so errechnet sich für Straßenverkehrsbauten insgesamt ein Anteil von fast 79% am Gesamtvolumen des öffentlichen Tiefbaues.

Insgesamt wurden 1968 Aufträge für Straßen- und Straßenbrückenbau in Höhe von 570 Mill. DM (1967: 429 Mill. DM) vergeben. Mit dieser Entwicklung wird der noch immer wachsenden Verkehrsdichte und der steigenden Bedeutung von Rheinland-Pfalz als Ferien- und Durchreiseland Rechnung getragen.

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Baumaßnahmen 1964 - 1968

Baumaßnahme	1964		1965		1966		1967		1968	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Straßenbauten	291 151	62,1	387 288	64,1	299 096	61,0	365 694	64,1	445 922	61,7
Straßenbrückenbauten	59 354	12,7	50 208	8,3	41 590	8,5	63 436	11,1	124 451	17,2
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	19 969	4,2	21 219	3,5	15 097	3,1	25 954	4,5	10 244	1,4
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	65 193	13,9	88 042	14,6	107 538	21,9	72 446	12,7	90 845	12,6
Sonstige Tiefbauten	33 291	7,1	57 796	9,5	27 089	5,5	43 211	7,6	50 995	7,1
Insgesamt	468 958	100,0	604 553	100,0	490 410	100,0	570 741	100,0	722 457	100,0

Öffentliche Auftragsvergaben im Tiefbau nach Bauherren
und Baumaßnahmen 1964 - 1968

Bauherr	1964	1965	1966	1967	1968
1 000 DM					
Insgesamt					
Bund	245 452	281 010	196 384	294 030	424 184
Land	39 121	75 880	66 150	32 758	62 028
Gemeinden	126 774	162 156	143 567	167 437	171 358
Gemeindeverbände	34 461	45 740	39 032	43 982	47 847
Sonstige Bauherren	23 151	39 767	45 277	32 534	17 040
Insgesamt	468 959	604 553	490 410	570 741	722 457
Straßenbauten					
Bund	149 703	188 467	126 243	195 617	264 027
Land	35 288	67 685	60 393	24 641	56 161
Gemeinden	67 204	79 803	62 164	102 175	85 701
Gemeindeverbände	29 959	36 633	30 658	28 938	32 279
Sonstige Bauherren	8 998	14 700	19 638	14 323	7 754
Zusammen	291 152	387 288	299 096	365 694	445 922
Straßenbrückenbauten					
Bund	51 164	40 362	37 067	53 513	108 079
Land	2 533	7 139	2 759	5 560	3 618
Gemeinden	5 583	2 474	1 120	3 547	10 554
Gemeindeverbände	74	233	449	462	2 079
Sonstige Bauherren	-	-	195	354	121
Zusammen	59 354	50 208	41 590	63 436	124 451
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen					
Bund	16 730	12 004	13 242	23 101	8 959
Land	592	-	33	264	77
Gemeinden	2 384	7 229	1 822	2 589	1 208
Gemeindeverbände	263	1 420	-	-	-
Sonstige Bauherren	-	566	-	-	-
Zusammen	19 969	21 219	15 097	25 954	10 244
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten					
Bund	2 110	983	2 887	729	1 226
Land	-	657	2 601	1 417	387
Gemeinden	46 307	61 245	74 916	51 242	68 596
Gemeindeverbände	3 736	7 273	7 250	11 722	13 111
Sonstige Bauherren	13 040	17 884	19 884	7 336	7 525
Zusammen	65 193	88 042	107 538	72 446	90 845
Sonstige Tiefbauten					
Bund	25 745	39 194	16 945	21 070	41 893
Land	708	399	364	876	1 785
Gemeinden	5 296	11 405	3 545	7 884	5 299
Gemeindeverbände	429	181	675	2 860	378
Sonstige Bauherren	1 113	6 617	5 560	10 521	1 640
Zusammen	33 291	57 796	27 089	43 211	50 995

3. Bauherren

Der Bund erwies sich auch 1968 als der bedeutendste Bauherr von Tiefbauten in Rheinland-Pfalz. Mit rund 424,2 Mill. DM und einem Anteil von 58,7% an der Gesamtsumme aller Auftragsvergaben liegt er deutlich an der Spitze, gefolgt von den Gemeinden mit 171,4 Mill. DM (23,7%). Auf das Land entfielen 62 Mill. DM (8,6%), auf die Gemeindeverbände 47,8 Mill. DM (6,6%) und auf sonstige Bauherren 17 Mill. DM (2,4%). Aus fiskalpolitischer Sicht, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer antizyklischen Finanzpolitik, deren Notwendigkeit aus der gesamtwirtschaftlichen Rezessionsphase 1966/67 begründet war, kommt den Veränderungsraten gegenüber 1967 eine besondere Bedeutung zu. Erwartungsgemäß war der Anstieg der Tiefbauausgaben beim Bund (+ 44,3%) und beim Land (+ 89,4%) am größten. Die Auftragssteigerungen bei den Gemeinden (+ 2,3%) und Gemeindeverbänden (+ 8,8%), die wegen ihrer geringen finanziellen Mittel für Zwecke einer antizyklischen Finanzpolitik zu wenig flexibel sind, waren dagegen

bescheidener. Da die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau bei der Erfassung der Bauherren den Auftraggeber, nicht aber notwendigerweise den Geldgeber erfaßt, muß in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, daß die Zuschüsse des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände für kommunale Bauvorhaben nicht erfaßt sind, so daß eine konzeptionell bedingte Tendenz zur Untererfassung der Landesmittel besteht.

Eine Aufteilung der vergebenen Mittel nach Bauherren und begünstigten Bauobjekten ergibt das folgende Bild: Die Bundesmittel flossen zu 62% in den Straßen- und zu 26% in den Straßenbrückenbau, während für andere Baumaßnahmen vergleichsweise geringere Beträge zur Verfügung gestellt wurden. Beim Einsatz der Landesmittel dominiert eindeutig der Straßenbau (91%), während die Gemeindemittel zur Hälfte dem Straßenbau und zu 40% dem wasserwirtschaftlichen Tiefbau zugute kamen. Bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten (Kanalisation) war der Anteil der Gemeinden am gesamten Auftragswert dieser Baumaßnahmen mit fast 76% sogar am größten, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Tiefbauart als ureigenste Aufgabe der Gemeinden anzusehen ist. Die Auftragsvergaben der Gemeindeverbände entfielen zu zwei Dritteln auf den Straßenbau und zu gut einem Viertel auf den wasserwirtschaftlichen Tiefbau. Zur Abrundung des Gesamtbildes sei noch erwähnt, daß die rheinland-pfälzischen Wasserwirtschaftsämter auch Auftragsvergaben im wasserwirtschaftlichen Tiefbau ab 25 000 DM, die in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern anfallen, melden. Insgesamt wurden dabei im Jahre 1968 Aufträge in Höhe von 78,6 Mill. DM erfaßt, was eine Steigerung um fast 24% gegenüber dem Vorjahre bedeutet.

4. Vorgesehene Ausführungszeiten

Die Ausführungszeiten der Tiefbaumaßnahmen, die von Größe und Schwierigkeitsgrad der Bauvorhaben abhängen, werden nach der vorgesehenen Abwicklungsdauer der Projekte unterschieden und liefern dadurch wertvolle Anhaltspunkte für die Beurteilung der Auftragssituation im Tiefbaugewerbe. Man gliedert dabei üblicherweise nach Ausführungszeiten bis zu 3 Monaten (Typ A), von 3 bis 6 Monaten (B), von 6 bis 12 Monaten (C) und von mehr als einem Jahr (D). Im Berichtsjahr 1968 lag das Schwergewicht bei den Auftragsvergaben des Typs B (29%), gefolgt von C und D (jeweils 25%) sowie A mit 21%.

Bei Differenzierung dieser für alle Bauherren geltenden Globalzahlen nach dem Auftraggeber ergibt sich, daß beim Bund das Schwergewicht bei Typ D (38%) liegt, da hier in der Regel größere Projekte (Brückenbau, Autobahnen) mit längeren Ausführungszeiten bevorzugt werden. Beim Einsatz der Landesmittel ist eine Verschiebung auf Typ C (35%) und Typ B (33%) festzustellen, während bei den Gemeinden, ebenso wie bei den Gemeindeverbänden, Typ B, d. h. Tiefbauaufträge mit Ausführungszeiten zwischen 3 und 6 Monaten, mit 40 bzw. 41% an der Spitze liegen. Aus diesen Zahlen ist die Grundtendenz klar erkennbar, daß

Baumaßnahme	Ins- gesamt	Mit einer vorgesehenen Ausführungszeit				Vom Bauherren gestelltes Material
		bis 3 Monate	über 3 bis 6 Monate	über 6 bis 12 Monate	über 12 Monate	
	1 000 DM					
Insgesamt						
Straßenbauten	445 922	99 021	128 906	105 399	112 596	2 452
Straßenbrückenbauten	124 451	10 187	18 675	37 597	57 992	11
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	10 244	2 604	2 052	5 588	-	176
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	90 845	20 839	36 527	28 333	5 146	7 267
Sonstige Tiefbauten	50 995	17 521	26 186	6 091	1 197	3 563
Insgesamt	722 457	150 172	212 346	183 008	176 931	13 469
Bund						
Straßenbauten	264 027	38 536	57 006	62 607	105 878	-
Straßenbrückenbauten	108 079	7 318	14 131	33 221	53 409	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	8 959	2 319	2 052	4 588	-	176
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	1 226	492	392	342	-	-
Sonstige Tiefbauten	41 893	12 437	24 565	3 694	1 197	2 667
Zusammen	424 184	61 102	98 146	104 452	160 484	2 843
Land						
Straßenbauten	56 161	15 147	17 678	19 322	4 014	23
Straßenbrückenbauten	3 618	301	2 306	1 011	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	77	77	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	387	64	323	-	-	-
Sonstige Tiefbauten	1 785	501	206	1 078	-	-
Zusammen	62 028	16 090	20 513	21 411	4 014	23
Gemeinden						
Straßenbauten	85 701	30 999	38 827	14 602	1 273	2 304
Straßenbrückenbauten	10 554	2 148	1 587	2 236	4 583	11
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	1 208	208	-	1 000	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	68 596	17 632	27 199	19 119	4 646	6 088
Sonstige Tiefbauten	5 299	3 075	905	1 319	-	891
Zusammen	171 358	54 062	68 518	38 276	10 502	9 294
Gemeindeverbände						
Straßenbauten	32 279	9 440	12 715	8 693	1 431	-
Straßenbrückenbauten	2 079	299	651	1 129	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	13 111	1 670	6 058	5 383	-	805
Sonstige Tiefbauten	378	378	-	-	-	-
Zusammen	47 847	11 787	19 424	15 205	1 431	805
Sonstige Bauherren						
Straßenbauten	7 754	4 899	2 680	175	-	125
Straßenbrückenbauten	121	121	-	-	-	-
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	-	-	-	-	-	-
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	7 525	981	2 555	3 489	500	374
Sonstige Tiefbauten	1 640	1 130	510	-	-	5
Zusammen	17 040	7 131	5 745	3 664	500	504

Objekte mit kurzfristigen Ausführungszeiten von den Gemeinden, Tiefbauvorhaben, die innerhalb eines Jahres realisiert werden, vom Land sowie

Aufträge mit noch längeren Ausführungszeiten vorwiegend vom Bund vergeben werden.

Dipl.-Volkswirt K.-H. Zimmermann

Kriegsopferfürsorge im Jahre 1968

Während es in erster Linie Aufgabe der Kriegsopferversorgung ist, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen durch fortlaufende Rentenzahlungen eine Sicherung ihrer materiellen Existenz zu gewährleisten, stellt die Kriegsopferfürsorge mehr auf gezielte Hilfen in besonders gelagerten Fällen ab. Sie ist damit eine notwendige Ergänzung der Kriegsopferversorgung und weitgehend vergleichbar mit der Sozialhilfe. So entspricht die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt in der Kriegsopferfürsorge der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe, und umge-

kehrt sind die Hilfen in besonderen Lebenslagen, welche die Sozialhilfe gewährt, ihrem Wesen nach nichts anderes als die Hilfe zur Berufsfürsorge, die Erziehungshilfe und die sonstigen Hilfen der Kriegsopferfürsorge. Ursprünglich waren daher auch die rechtlichen Bestimmungen über die Kriegsopferfürsorge mit denen der öffentlichen Fürsorge verbunden. Da sich aber die Leistungen der Kriegsopferfürsorge auf einen bestimmten Personenkreis beziehen, welcher in dem Kreis der Empfänger von Kriegsopferversorgung enthalten ist, erfolgte 1962 mit dem Sozialhilfegesetz insofern eine saubere

Trennung, als die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge in das Bundesversorgungsgesetz (BVG) eingebaut und aus dem Sozialhilferecht eliminiert wurden. Nach Ablauf einer gewissen Übergangszeit und nach Klärung von Zweifelsfällen hinsichtlich der Pflicht zur Kostenübernahme für bestimmte Leistungen durch Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge ist nunmehr auch eine klare Nachweisung der Aufwendungen nach Leistungsarten möglich, was früher nicht in diesem Maße der Fall war.

1. Aufwand

a. Gesamtausgaben und -einnahmen: Das nur leichte Steigen der Ausgaben der Kriegsofopferfürsorge gegenüber dem Vorjahr hielt sich in normalem Rahmen. Die Zunahme von 20,7 Mill. auf rund 21 Mill. DM im Jahre 1968 belief sich auf knapp 1,5%. Es sind Ausgaben, die fast ausschließlich (über 99%) zu 80% mit dem Bund verrechnet werden können. Der geringe Rest von unter 1% sind Kosten für Maßnahmen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und für Berechtigte im Ausland, welche zu 100% mit dem Bund verrechenbar sind. Diese Ausgaben stiegen zwar um 40% gegenüber dem Vorjahr, blieben aber gegenüber den übrigen Maßnahmen der Kriegsofopferfürsorge kostenmäßig immer noch unbedeutend. Einen nicht unbeträchtlichen Teil der Gesamtausgaben erforderte die Betreuung der Sonderfürsorgeberechtigten. Es handelt sich um einen Betrag von über 4,6 Mill. DM, welcher mit 22% an den Gesamtausgaben beteiligt war; dieser Prozentsatz hat sich, ebenso wie im Vorjahr, etwas vergrößert, wobei die dafür verausgabten Mittel um 9% höher waren als 1967. Über 88% des Gesamtaufwandes der Kriegsofopferfürsorge machten die Beihilfen, knapp 12% die Darlehen aus. Bei den Sonderfürsorgeberechtigten dagegen entfielen auf Beihilfen 79, auf Darlehen 21%.

Den größten Ausgabeposten mit etwa 10 Mill. DM oder 47% des Aufwandes der Kriegsofopferfürsorge machten nach wie vor die Erziehungsbeihilfen aus. Wenn auch die Gesamtsumme nicht wesentlich geringer war als 1967, ergab sich doch zwischen den einzelnen Hilfearten ein beachtliches Gefälle. So stiegen die für Kinder von Beschädigten gewährten Beihilfen um 27% von rund 4,8 Mill. auf über 6,1 Mill. DM an, und die Beihilfen für Waisen gingen von 5,1 Mill. DM um fast 27% auf 3,7 Mill. DM zu-

rück. Die Abnahme der für Waisen verausgabten Mittel beschleunigt sich naturgemäß von Jahr zu Jahr stärker. Die Beihilfezahlungen an Kinder von Beschädigten werden dagegen durch eine Erweiterung des Kreises der Berechtigten zunehmen. Bei den Waisen dominierten die Beihilfen zum Hochschulstudium, bei Kindern von Beschädigten die Beihilfen für eine Erziehung ohne Hochschulstudium. Auf den für Waisen angegebenen Betrag von 3,6 Mill. DM entfielen allein rund 69% auf Beihilfen zum Hochschulstudium, während es bei dem anderen Personenkreis noch nicht einmal 18% waren. Allerdings ging der dafür nachgewiesene Betrag bei den Waisen um 26% zurück, stieg aber für Kinder von Beschädigten um fast 45% an. An der Erziehungsbeihilfe für Beschädigte waren die Sonderfürsorgeberechtigten mit mehr als 42% beteiligt, an der Beihilfe zum Hochschulstudium indessen nur mit knapp 38%.

Für sonstige Hilfen fiel 1968 ein nicht wesentlich geringerer Betrag an als 1967. Diese Hilfen sind identisch mit den Maßnahmen, wie sie die Sozialhilfe für Hilfe in besonderen Lebenslagen vorsieht. Die Ausgaben für diese Zwecke in Höhe von rund 4,5 Mill. DM machten 1968 etwa 22% der Gesamtausgaben aus. Es handelt sich fast ohne Ausnahme um Beihilfen; Darlehen waren an diesen Ausgaben nur mit etwa 5% beteiligt. Diese Hilfsmaßnahmen wurden in verhältnismäßig geringem Umfang von Sonderfürsorgeberechtigten in Anspruch genommen. Auf sie entfielen nur etwa 9% der dafür verbrauchten Mittel, allerdings bedeutete dies einen etwas größeren Anteil als 1967 und eine weitere Zunahme des absoluten Betrages um immerhin 18%.

Die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchte 1968 eine Summe von rund 1,6 Mill. DM, etwa 6% weniger als im Jahr zuvor. Fast zwei Drittel dieser Ausgaben gingen an Hinterbliebene und ein Drittel kam Beschädigten zugute, wovon fast die Hälfte auf Sonderfürsorgeberechtigte entfiel. Die Aufwendungen für Beschädigte gingen um etwa 16% zurück, die für Hinterbliebene haben sich in geringem Umfang erhöht.

Wesentlich höhere Kosten als im Vorjahr waren der Erholungsfürsorge zuzurechnen. Sie haben um annähernd ein Drittel zugenommen. Der 2,3 Mill. DM übersteigende Betrag verteilte sich zu knapp 70% auf Hinterbliebene und zu 30% auf Beschädigte. Dabei expandierten die für Hinterbliebene verausgabten Beträge mit 35% stärker als die für Beschädigte (24%). Fast 56% der zugunsten der Beschädigten gewährten Hilfen kamen auf Sonderfürsorgeberechtigte. Weiter angestiegen, und zwar um über 11%, sind auch die Ausgaben für die Wohnungsfürsorge. Diese Mittel wurden zu 99% als Darlehen verausgabt, annähernd die Hälfte davon kam Sonderfürsorgeberechtigten zugute. Auch der verhältnismäßig geringe Betrag, der als Beihilfe gewährt wurde, ging ausschließlich an diesen Personenkreis, wenn auch die Zuwendungen absolut geringer waren als im Vorjahr.

Einen Aufwand von fast 1,2 Mill. DM beanspruchte die Berufsfürsorge. 1968 wurden dafür 4% mehr ausgegeben als 1967. Rund 59% dieser Kosten

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1968

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	1 000 DM	%			1 000 DM
Berufsfürsorge	1 162	5,5	-	-	1 162
Erziehungsbeihilfe	9 820	46,7	647	2 719	6 454
an Kinder von Beschädigten	6 126	29,1	475	2 230	3 421
an Waisen	3 694	17,6	172	489	3 033
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 639	7,8	814	611	214
an Beschädigte	589	2,8	219	156	214
an Hinterbliebene	1 050	5,0	595	455	-
Übrige Hilfen (einschl. Erholungs- und Wohnungsfürsorge)	8 398	40,0	736	1 178	6 484
Insgesamt	21 019	100,0	2 197	4 508	14 314

bestanden aus gegebenen Darlehen, vorwiegend zur Beschaffung und Unterhaltung von Kraftfahrzeugen für Beschädigte. Nur 10% des Gesamtaufwandes waren Darlehen für andere Zwecke. Der Betrag, der für die berufliche Fortbildung, Umschulung und dergleichen ausgegeben wurde, machte 38% aus und war um 11% geringer als im Vorjahr. Der kostenmäßige Schwerpunkt für die absolut geringen Beihilfen nach dem Soldatenversorgungsgesetz lag bei der Berufsfürsorge.

Die Einnahmen in Höhe von etwas mehr als 3 Mill. DM waren geringer als 1967 und konnten die Ausgaben nur zu knapp 15% decken. Sie resultierten ausschließlich aus dem Ersatz verpflichteter Dritter, aus Rückzahlungen von Empfängern selbst und aus der Tilgung von Darlehen. Zwar lag der Eingang aus Darlehenstilgung um 19% über, aus anderen Einnahmearten jedoch um 11% unter dem Vorjahreswert. Der Ersatz von Ausgaben für die Sonderfürsorgeberechtigten unterschritt den für die Gesamtausgaben um 13%.

b. Ausgaben und Einnahmen der Fürsorgeträger: Auch bei der Kriegsofferfürsorge kann der Aufwand, ebenso wie bei der Sozialhilfe, nach dem überörtlichen und den örtlichen Trägern unterschieden werden. Der überörtliche Träger ist die Hauptfürsorgestelle, auf welcher der sachlichen Zuständigkeit nach die Hauptlast der Kriegsofferfürsorge ruht. Das bedeutet jedoch nicht, daß die tatsächlichen Haushaltsausgaben dieser Träger sich mit dem Aufwand für die Durchführung der ihnen rechtlich zugewiesenen Maßnahmen decken, denn die hier angeführten Kosten sind nur nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert und außerdem fehlen die indirekten Aufwendungen für die Durchführung der Maßnahmen wie Gehälter, Ausgaben für Mobiliar, Büromaterial.

Von dem Gesamtaufwand der Kriegsofferfürsorge wurden 1968 unter der vorgenannten Voraussetzung von der Hauptfürsorgestelle allein 68% ausgewiesen. Der absolute Betrag von 14,3 Mill. DM ist nur unbedeutend geringer als der vom Jahre 1967. Auf die Landkreise entfielen etwas mehr als 21%, auf die kreisfreien Städte über 10% des Gesamtaufwandes. Die Verteilung des Aufwandes nach Trägern hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert, nur haben die absoluten Ausgaben der örtlichen Träger etwas zugenommen, und zwar die der Landkreise um rund 10%, die der kreisfreien Städte um fast 7%. Der überörtliche Träger ist ausschließlich zuständig für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen zum Hochschulstudium und für sämtliche Kosten der Hilfestellung an Sonderfürsorgeberechtigte. Den größten Ausgabeposten machte daher die Erziehungsbeihilfe aus. Die Hauptfürsorgestelle wies hierfür allein 6,4 Mill. DM bzw. fast zwei Drittel der dafür verausgabten Mittel nach, auf die Landkreise kamen 28 und auf die kreisfreien Städte 7%. An Erziehungsbeihilfen ohne Hochschulstudium für Kinder von Beschädigten kamen allerdings auf die Landkreise 44%, auf die Hauptfürsorgestelle mehr als 46%. Die Erziehungsbeihilfe zum Hochschulstudium, die ausschließlich Angelegenheit des überörtlichen Trägers ist, verursachte einen Kostenauf-

Empfänger laufender Hilfen der Kriegsofferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1968

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	Anzahl	%			
Berufsfürsorge	167	1,9	-	-	167
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	4 929	56,9	380	1 603	2 946
an Waisen	3 410	39,4	284	1 225	1 901
	1 519	17,5	96	378	1 045
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	1 005	11,6	554	384	67
an Hinterbliebene	351	4,1	172	112	67
	654	7,5	382	272	-
Übrige Hilfen	2 566	29,6	650	1 105	811
Insgesamt	8 667	100,0	1 584	3 092	3 991

wand von etwa 3,7 Mill. DM oder 37% der für die gesamte Erziehungsbeihilfe notwendigen Mittel. Auch für die Berufs-, Erholungs- und Wohnungsfürsorge - Maßnahmen, die verhältnismäßig hohe Beträge erfordern - ist ausschließlich der überörtliche Träger zuständig. Für diese drei Hilfearten wurden für das Land etwas über 5 Mill. DM ausgewiesen, die auch bei der Hauptfürsorgestelle zu Buche stehen. Die örtlichen Träger - Landkreise und kreisfreie Städte - sind mehr mit der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt und den sonstigen Hilfen belastet, obwohl auch auf den überörtlichen Träger von der letzteren Hilfeart noch über 50% entfielen.

Die von der Hauptfürsorgestelle verbuchten Einnahmen beliefen sich auf rund 2,1 Mill. DM. Sie waren etwas geringer als 1967 und konnten den Aufwand zu fast 15% abdecken. Um 27% zurückgegangen sind die Ersatzleistungen verpflichteter Dritter, während der Ertrag aus Tilgung von Darlehen, welcher bereits im Vorjahr beachtlich anstieg, um 21% höher war. Die Einnahmen der Landkreise lagen um 7% über denen des Vorjahres, erreichten jedoch nur 10% der Ausgaben. Hier stieg jedoch der Betrag aus Rückzahlungen verpflichteter Dritter an, während die an und für sich schon geringen Einnahmen aus Darlehenstilgungen etwas zurückgingen. Ähnliche Verhältnisse ergaben sich auch für die Einnahmen der kreisfreien Städte. Sie stiegen um 17%, wobei die Rückerstattungen zu- und die Darlehenstilgungen abgenommen haben. Die Einnahmen - sie waren auch bisher immer bei diesen örtlichen Trägern verhältnismäßig hoch - vermochten die Ausgaben zu 23% zu ersetzen.

2. Empfänger

Die Zahl der Empfänger von laufenden Leistungen aus der Kriegsofferfürsorge belief sich Ende 1968 auf 8 667 Personen. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr um 495 gestiegen. Die Fälle von einmaligen Leistungen gingen, nachdem sie im Vorjahr beträchtlich zunahmen, in der Berichtszeit um 740 zurück. Die größte Personengruppe der Empfänger laufender Leistungen blieben weiterhin die Erziehungsbeihilfeberechtigten, wenngleich ihre Zahl um 34 auf 4 929 sank. Ihr Anteil von 57% an der Gesamtzahl der Empfänger laufender Leistungen ist zugleich wesentlich geringer geworden. Noch im Vorjahr betrug er 61% und 1966 sogar

Aufwand und Empfänger laufender und einmaliger Leistungen
der Kriegsopferfürsorge nach Hilfearten 1964 - 1968

Jahr	Ins- gesamt	Be- rufs- für- sorge	Erziehungs- beihilfe		Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		Übrige Hilfen 1)
			zu- sam- men	an Waisen	zu- sam- men	an Hinter- bliebene	
Ausgaben (1 000 DM)							
1964	11 659	737	8 049	5 530	1 260	353	1 613
1965	14 318	1 017	8 622	5 841	1 493	817	3 186
1966	21 606	1 191	10 924	6 337	1 729	1 050	7 762
1967	20 711	1 118	9 912	5 084	1 747	1 048	7 934
1968	21 019	1 162	9 820	3 694	1 639	1 050	8 398
Empfänger laufender Hilfe am Jahresende							
1964	7 493	208	5 343	3 365	923	519	1 019
1965	7 756	234	5 345	3 010	1 339	824	838
1966	8 017	175	5 378	2 316	1 023	673	1 441
1967	8 172	178	4 963	1 934	1 152	764	1 879
1968	8 667	167	4 929	1 519	1 005	654	2 566
Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres (Fälle)							
1964	4 772	153	-	-	1 825	937	2 794
1965	7 539	331	-	-	2 263	889	4 945
1966	7 616	352	-	-	2 254	1 028	5 010
1967	9 785	338	-	-	1 797	797	7 650
1968	9 045	301	-	-	1 901	959	6 843

1) Erholungs- und Wohnungsfürsorge einschl. Leistungen nach § 27 b BVG; bei den Empfängern laufender Hilfen ohne Erholungs- und Wohnungsfürsorge.

über zwei Drittel. Dieser Rückgang hat seine Ursache in dem sich verstärkenden Ausscheiden von Kriegswaisen aus dem Empfängerkreis; deren Zahl hat sich 1968 um weitere 21% auf 1 519 Personen vermindert. Im Jahre 1964 waren noch mehr als doppelt soviel Waisen erziehungsbeihilfeberechtigt wie Ende 1968. Die Zahl der Kinder von Beschädigten, denen Erziehungsbeihilfe zu gewähren war, stieg dagegen beträchtlich um fast 13% auf 3 410 Personen an. Davon erhielten 411 Personen Beihilfe zum Hochschulstudium, 134 mehr als im Vorjahr. Von den Waisen erhielten immer noch doppelt soviel (836) Beihilfe zum Hochschulstudium.

Werden die Ausgaben für Erziehungsbeihilfen von etwa 10 Mill. DM mit der Zahl der Empfänger in Beziehung gesetzt, so errechnet sich ein Durchschnittswert von fast 2 000 DM im Jahr. Dieser Wert unterschied sich nur wenig von dem, der sich für 1967 ergab. Ausschlaggebend für den geringen Rückgang der Kosten war die Abnahme der Beihilfen für das Hochschulstudium, die im Durchschnitt jeweils wesentlich höhere Mittel erfordern. So wurde 1968 dafür ein Betrag von 2 926 DM festgestellt, wobei auf Waisen sogar 3 060 DM, auf Kinder von Beschädigten 2 652 DM kamen. Auch diese Werte haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Beträchtlich erhöht um rund 200 DM auf knapp 1 800 DM hat sich dagegen der für die Kinder von Beschädigten errechnete Durchschnittsbetrag.

Laufende Leistungen aus der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten 1968 noch etwas über 1 000 Personen, 150 weniger als im Vorjahr. Über ein Drittel der Empfänger waren Beschädigte und knapp zwei Drittel Hinterbliebene. Darüber hinaus wurden in 1 901 Fällen noch einmalige Leistungen gewährt. Die von den Trägern der Kriegsopferfürsorge nachgewiesenen Kosten für die vorgenannten Hilfearten werden nicht getrennt nach

laufenden und einmaligen Leistungen angegeben. Werden daher die Kosten mit der Zahl der Empfänger von einmaligen und laufenden Leistungen in Beziehung gesetzt, so ergibt sich ein Durchschnitt von nur 564 DM. Auf Beschädigte kam ein Betrag von 455 DM, auf Hinterbliebene ein solcher von 651 DM. Die im Verlaufe eines Jahres gewährten laufenden Leistungen liegen kostenmäßig natürlich wesentlich höher als die einmaligen Zuwendungen. Bemerkenswert ist noch, daß die Sonderfürsorgeberechtigten prozentual wesentlich stärker bei den einmaligen Leistungen vertreten sind als bei den laufenden. Die Zahl der Empfänger von laufenden Leistungen für die Berufsfürsorge war 1968 nur um einige Personen geringer als 1967; auch die Fälle von einmaligen Leistungen haben hier einen nur geringen Rückgang erfahren. Während bei den laufenden Zuwendungen die Hilfe zur beruflichen Fortbildung im Vordergrund stand, waren es bei den einmaligen Leistungen zu über 80% Beihilfen und Darlehen zur Beschaffung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen. Auch in diesem Fall können die Kosten nur zu den Empfängern beider Leistungsarten in Beziehung gesetzt werden. So ergibt sich für die Berufsfürsorge ein Mittelwert von 2 438 DM. Für die Hilfe zur beruflichen Fortbildung errechnet sich ein solcher von 3 276 DM, für Beihilfen und Darlehen zur Beschaffung und zum Betrieb eines Kraftfahrzeuges mußten nahezu 1 900 DM ausgegeben werden. Am Ende des Berichtsjahres erhielten 2 566 Personen laufend sonstige Hilfen, das waren 687 Empfänger mehr als im Jahr zuvor. Dagegen gingen die einmaligen Leistungen für diese Hilfeart um 1 240 Fälle zurück. Offenbar ist ein Teil der vorher als einmalige Leistungen ausgewiesenen Hilfen nunmehr, wie beispielsweise die Treibstoffbeihilfe, als laufende Hilfe verbucht worden. Je Fall von laufenden und einmaligen Leistungen bei den Sonstigen Hilfen errechnet sich ein Durchschnitt von 1 142 DM.

Ausschließlich einmalige Leistungen sind die Erholungs- und die Wohnungsfürsorge. Für die Erholungsfürsorge wurden 1968 zusammen 5 131 Fälle, fast 400 mehr als 1967, nachgewiesen; annähernd drei Viertel von ihnen waren Hilfestellungen an Hinterbliebene. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für diese Maßnahmen auf rund 2,3 Mill. DM. Das ergab Durchschnittskosten je Fall von 452 DM, ein Betrag, der um über 80 DM höher war als im Jahre 1967. Erholungsfürsorge für Beschädigte erforderte im Schnitt einen Aufwand von 508 DM und ein Fall der Hilfestellung an Hinterbliebene 431 DM. Die Sonderfürsorgeberechtigten waren 1968 mit 38% an den Fällen für Beschädigte beteiligt, welche kostenmäßig einen Mittelwert von 745 DM erreichten, der den vom Vorjahr um über 200 DM überstieg. In 305 Fällen wurden Beihilfen und Darlehen als Wohnungsfürsorge gewährt. Von diesen Zuwendungen ging mehr als die Hälfte an Sonderfürsorgeberechtigten. Für diese Hilfe entstand 1968 ein Aufwand von über 1,5 Mill. DM, der fast ausschließlich als Darlehen gegeben wurde. Ein solches Darlehen belief sich im Durchschnitt auf rund 5 060 DM. Dieser Wert unterschied sich nur wenig von dem des Jahres 1967. Dr. Th. Walter

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 335	3 635	3 627	3 628	3 630	3 646	3 649 ^p
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 141	1 480	1 910	2 138	1 531	1 709 ^p	2 094 ^p	2 250 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,0	5,1	6,2	7,2	4,9	6,1 ^p	6,8 ^p	7,5 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	4 878	4 967	4 987	5 414	4 804	4 737 ^p	5 353 ^p	4 956 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,1	17,2	16,2	18,2	15,5	16,9 ^p	17,3 ^p	16,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 685	4 607	3 914	3 702	3 629	3 464 ^p	4 156 ^p	3 774 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	12,2	16,0	12,7	12,4	11,7	12,4 ^p	13,4 ^p	12,6 ^p
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	118	102	123	119	120
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,2	20,5	24,7	22,0	25,0
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 193	360	1 073	1 712	1 175	1 273 ^p	1 197 ^p	1 182 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	3,9	1,2	3,5	5,7	3,8	4,6 ^p	3,9 ^p	3,9 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	9 092	6 828	8 817	10 005	8 545	7 738
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	8 735	6 600	8 977	9 486	7 832	6 050
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	357	228	- 160	519	713	1 688
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	11 172	7 544	10 405	11 515	11 055	8 707
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	18,3	40,7	27,0	17,5	24,9	28,5	11,1	6,6
* Männer	"	35,8	14,5	35,2	22,3	13,3	21,1	25,0	8,6	4,5
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	2 727	890	2 577	897	324	2 240	5 234	503	129
Bauberufe	"	17 668	2 253	7 648	3 713	1 283	5 188	5 004	1 270	331
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	14 493	9 911	21 462	15 283	10 389	11 604	12 360	5 689	3 420
Offene Stellen	"	7 719	19 460	40 703	16 684	17 609	22 278	25 550	29 836	31 392
Männer	"	3 950	10 430	35 213	8 240	8 828	12 688	14 543	17 373	18 788
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	386	342	270	286	350	306	404	460	404
Bauberufe	"	1 218	1 911	1 185	1 450	1 569	2 006	2 220	2 901	2 978
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	2 989	9 405	6 260	7 277	7 883	11 406	13 117	15 141	16 406
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	755
* Milchkühe	"	327	294
* Schweine	"	659	787	.	857	.	.	.	733	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	65	.	71	.	.	.	64	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	39	.	42	.	.	.	39	.
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	19	17	18	18	21	17	20	18
* Kälber	"	10	4	4	4	5	3	3	4	3
* Schweine	"	93	105	101	104	110	111	96	118	98
* Hausschlachtungen	"	28	25	34	34	25	37	28	30	20
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,7	9,9	10,6	12,1	11,4	10,0	12,6	11,2
* Kälber	"	4,1	4,8	4,2	4,5	4,8	5,0	4,2	5,1	4,6
* Schweine	"	0,4	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	88	84	94	95	81	78	91	91
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	76,6	73,6	74,4	75,2	75,2	73,7	75,8	76,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,8	9,7	10,3	10,7	8,8	9,5	10,0	10,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 022	3 038	3 039	3 033	2 989	2 988	2 998	3 004
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	368	359	361	362	376	378	381	382
* Arbeiter 2)	"	274	278	270	272	273	284	286	289	289
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	44	42	44	44	47	43	47	46
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	350	300	313	330	358	338	355	375
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	232	195	207	217	240	220	234	249
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	118	105	106	113	118	118	121	126
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	128	136	132	120	139	129	132	127
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	41	41	46	43	35	33	35	33
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	160	175	180	154	197	185	191	169
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	695	665	694	672	733	677	746	708
* Stromerzeugung 5)	"	138	311	345	324	290	368	332	342	311
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 905	1 635	1 825	1 828	1 894	1 894	2 173	2 151
* Auslandsumsatz	"	126	408	355	402	379	371	414	465	468
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962=100	70	164	144	153 ^r	164	158	160	179	187 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	169	154	161	167	170	177	190	193 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	171	155	163	169	172	178	192	196
Energieversorgungsbetriebe	"	74	137	132	133	131	144	151	154	143 ^p
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	179	169	172	177	184	183	203	202
Industrie der Steine und Erden	"	78	123	73	103	130	80	72	110	149
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	137	125	139	151	151	144	167	159
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	212	217	209	205	234	234	249	235
Investitionsgüter	"	69	201	167	188	195	184	220	223	238
Maschinenbau	"	81	187	152	176	182	141	194	187	201
Elektrotechnische Industrie	"	61	140	110	127	135	160	173	171	186
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	169	143	160	159	166	176	189	193
Verbrauchsgüter 8)	"	66	140	128	138	144	146	157	165	169
Holz verarbeitende Industrie	"	58	141	111	124	145	143	140	155	160
Schuhindustrie	"	71	113	118	125	128	127	135	144	144
Textilindustrie	"	84	160	142	142	149	199	201	211	222
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	145	124	128	144	141	131	136	149
Bauhauptgewerbe	"	57	134	87 ^r	111 ^r	143	88 ^r	65 ^r	120 ^r	155
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	105	.	101	.	.	.	101	.
* Umsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	1962=100	.	140	.	107	.	.	.	125	.
* Handwerksumsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	"	.	140	.	104	.	.	.	118	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	234	258	277	231	296	248
Strombezug (netto)	"	318	528	460	485	496	521	506	578	...
Stromaufkommen	"	375	749	704	750	717	803	743	842	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	107	129	144	111	133	123	130	106
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	90	84	85	88	88	87	91	92
Facharbeiter	"	30	48	44	45	47	47	46	48	49
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	28	25	26	27	27	26	28	29
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	9	11	13	9	6	11	14
* Wohnungsbauten	"	5	5	4	5	6	3	2	4	6
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	1	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	3	4	5	4	3	5	6
Hochbau	"	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Straßenbau	"	2	1	1	1	2	1	1	2	2
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	1	2	2	2	1	2	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	76	52	63	76	61	42	70	89
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	69	45	56	69	53	34	62	81
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	7	7	8	8	8	8
* Umsatz(einschl. Umsatzsteuer)	"	76	196	107	123	144	171	132	148	168

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagarbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalendernormen bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe, ab März 1969 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 103	1 051	1 173	1 193	1 301	1 064	1 200	1 254
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	108,4	96,2	106,8	109,3	112,7	103,0	112,5	112,2
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	198	213	215	210	200	178	235	230
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	300	235	333	313	325	267	275	294
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 990	2 222	2 091	2 032	2 242	1 823	2 225	2 054
* in Wohngebäuden	"	929	1 151	1 300	1 237	1 227	1 205	1 129	1 324	1 231
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 408	2 569	2 700	2 494	2 350	1 992	2 768	2 436
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 186	2 351	2 435	2 252	2 129	1 821	2 539	2 166
Baupreise 2)										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	101	100	.	.	.	98	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	128	128	.	.	.	129	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	130	130	.	.	.	130	.	.
Leichttrennwand	"	.	126	127	.	.	.	127	.	.
Stahlbetondecke	"	.	116	115	.	.	.	116	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	127	126	.	.	.	128	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	112	.	.	.	115	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	102	103	.	.	.	104	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	132	131	.	.	.	133	.	.
Deckenputz	"	.	132	131	.	.	.	133	.	.
Außenwandputz	"	.	141	139	.	.	.	141	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	119	118	.	.	.	119	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	96	96	95	95	96	96	96	96
Umsätze	"	.	128	102	121	130	118	111	137	139
Waren verschiedener Art	"	.	196	143	171	192	183	150	191	190
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	104	116	121	110	109	124	128
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	78	104	130	103	78	124	125
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	121	84	105	113	100	101	123	124
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	90	95	106	104	96	118	113
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	111	83	115	123	100	108	148	146
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	13 939	9 507	12 973	12 427	14 683	16 593	18 256	...
* Lieferungen	"	14 040	37 011	33 875	38 632	36 960	36 110	36 270	38 753	...
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	446,2	408,3	443,7	423,4	460,1	454,1	559,3	...
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	14,5	10,5	14,6	13,9	13,6	11,9	14,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	431,7	397,8	429,1	409,5	446,4	442,2	544,5	...
* Rohstoffe	"	5,8	8,0	6,2	8,5	7,6	7,1	6,9	8,4	...
* Halbwaren	"	23,1	28,4	33,0	36,0	27,1	26,1	26,7	29,8	...
* Fertigwaren	"	111,5	395,3	358,6	384,6	374,8	413,3	408,6	506,3	...
* Vorerzeugnisse	"	59,5	167,1	145,5	167,6	156,9	185,0	164,7	211,2	...
* Enderzeugnisse	"	52,0	228,2	213,1	217,1	217,9	228,3	243,9	295,1	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	167,0	154,2	166,0	157,1	186,0	182,2	213,5	...
Belgien-Luxemburg	"	9,5	28,9	27,3	28,4	24,2	32,2	32,7	34,9	...
Frankreich	"	9,6	67,0	61,9	64,5	65,5	77,5	71,5	89,7	...
Italien	"	9,6	34,6	31,4	36,2	33,2	35,6	37,8	43,2	...
Niederlande	"	12,2	36,5	33,5	36,9	34,1	40,6	40,3	45,8	...
* EFTA-Länder	"	36,4	98,7	89,0	103,8	91,0	92,3	95,1	114,9	...
Dänemark	"	3,4	11,4	10,1	12,4	10,7	11,4	10,0	10,8	...
Großbritannien	"	9,5	20,1	20,7	23,2	20,7	18,0	19,4	24,0	...
Österreich	"	6,8	19,6	13,6	18,1	17,6	16,7	17,2	21,0	...
Schweden	"	5,4	13,8	13,1	16,0	12,0	12,8	14,0	19,6	...
Schweiz	"	8,3	24,9	24,7	25,1	22,4	25,2	25,2	30,0	...
USA und Kanada	"	10,1	28,6	21,1	27,6	32,5	22,4	20,4	34,9	...
Ostblockländer	"	3,6	24,4	30,1	18,5	26,5	30,0	33,6	36,3	...
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	111	106	103	110	106	109	107	118
Teilbeschäftigte	"	.	157	150	131	150	155	166	176	177
Umsätze insgesamt:	"	.	133	109	113	124	114	115	116	139
Übernachtungen	"	.	156	71	97	152	66	70	93	171
Beköstigung	"	.	131	112	113	121	118	117	117	138
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	204	92	117	179	87	94	119	...
* Auslands Gäste	"	36	46	8	11	31	8	10	12	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile. - 2) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	764	365	451	663	311	364	444	...
* Auslandsgäste	"	68	102	18	27	73	17	22	26	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	325	187	229	312	149	184	223	...
Luftkurorte	"	43	45	18	23	39	16	18	18	...
Sonstige	"	327	394	160	199	312	146	162	203	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 982	2 662	2 912	2 760	3 036	2 755	3 056	2 992
Wagenachskilometer	"	104 960	119 692	101 192	113 427	109 905	119 567	108 188	123 032	124 907
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 270	1 063	1 196	1 158	1 271	1 146	1 313	1 330
Nettotonnenkilometer	"	293	377	312	356	336	382	347	402	409
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	61 288	50 972	56 850	56 358	54 918	50 015	61 707	61 684
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	3 049	2 657	3 016	3 113	2 384	2 411	2 952	3 519
* Güterempfang	"	811	1 481	1 313	1 419	1 440	1 234	1 301	1 522	1 730
* Güterversand	"	1 001	1 568	1 344	1 597	1 673	1 150	1 110	1 430	1 789
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	3 947	3 658	3 935	3 694	3 959	3 316	3 709	3 952
Ladung	1 000 t	2 938	2 924	2 615	2 737	2 612	2 804	2 449	2 816	3 125
Auslastungsgrad 2)	%	80	88	89	87	88	80	84	87	89
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 135	3 881	4 077	3 769	4 290	3 655	3 956	4 162
Ladung	1 000 t	893	1 608	1 632	1 942	1 713	1 297	1 307	1 599	1 537
Auslastungsgrad 2)	%	70	85	86	86	87	72	77	84	85
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 705	6 546	9 835	10 195	7 415	8 746	12 995	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	26	10	34	26	14	17	40	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 047	5 191	7 882	8 131	5 763	6 930	10 414	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	628	586	752	856	655	699	959	...
* Lastkraftwagen	"	346	499	397	597	608	462	555	712	...
Zugmaschinen	"	640	453	324	515	520	479	501	807	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	255	133	266	357	155	157	380	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 888	20 869	21 589	18 872	22 809	21 492	22 245	19 828
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 899	20 094	20 660	18 059	21 129	19 737	20 303	18 512
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	663	611	706	602	1 535	1 584	1 722	1 078
Berufsverkehr 3)	"	233	605	570	644	582	605	554	624	587
Schülerverkehr 4)	"	}	.	58	41	62	20	924	1 019	1 096
Markt- und Theaterfahrten	"	
Gelegenheitsverkehr	"	434	326	164	223	211	145	171	220	238
Ausflugsfahrten	"	99	79	31	45	44	27	38	56	82
Ferienziel-Reisen	"	.	1	.	.	0	0	0	0	2
Mietwagenverkehr	"	335	246	133	178	167	118	133	164	154
Wagenkilometer	"	7 991	9 420	8 151	8 748	8 432	9 033	8 509	9 483	8 954
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 462	6 340	6 672	6 059	6 724	6 189	6 682	6 146
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 160	1 089	1 149	1 084	1 674	1 685	1 841	1 448
Berufsverkehr 3)	"	233	1 131	1 063	1 109	1 073	1 119	1 093	1 186	1 138
Schülerverkehr 4)	"	}	.	29	26	40	11	549	586	651
Markt- und Theaterfahrten	"	
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 798	722	927	1 289	635	635	960	1 360
Ausflugsfahrten	"	479	566	131	261	448	152	154	325	471
Ferienziel-Reisen	"	.	34	2	.	4	5	9	8	64
Mietwagenverkehr	"	941	1 198	589	666	837	478	472	627	825
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 418	5 443	5 638	5 793	5 106	6 171	5 175	5 883
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 752	1 387	1 555	1 648	1 136	1 176	1 306	1 512
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 666	4 056	4 083	4 145	3 970	4 995	3 869	4 371
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 952	3 470	3 419	3 515	3 395	4 354	3 281	3 769
über 1 000 DM 6)	"	.	714	586	664	630	575	641	588	602
* Getötete Personen 7)	"	68	97	99	92	77	57	43	62	85
* Verletzte Personen	"	1 913	2 490	1 937	2 160	2 404	1 619	1 691	1 846	2 238
Schwerverletzte	"	765	868	680	729	867	549	533	596	762
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 110	32 712	36 374	38 813	38 426	34 266	39 073	39 566
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	986	1 025	1 120	1 022	991	1 227	1 154
Telegramme	"	99	65	55	59	74	54	53	62	66
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	831 772	718 263	786 236	815 550	916 370	759 632	828 056	833 977
Lastschriften	"	460 840	832 210	721 392	762 958	818 434	925 937	757 855	825 106	834 923
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 891	10 863	10 321	10 456	14 854	12 314	11 619	11 618
Auszahlungen	"	5 296	10 430	7 942	8 913	10 764	10 682	9 521	11 528	11 251
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 064	1 048	1 051	1 052	1 068	1 072	1 074	1 076
Fernsehrundfunk	"	78	852	805	813	818	864	872	878	883

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 307	13 370	12 104	12 420	12 396	14 656	14 822	15 041	15 191
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 507	3 216	3 306	3 243	3 598	3 705	3 835	3 853
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 445	3 157	3 217	3 173	3 536	3 647	3 743	3 747
* an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	62	59	89	70	62	58	92	106
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	9 863	8 888	9 114	9 153	11 058	11 117	11 206	11 338
* an Wirtschaft und Private 2)	"	1 551	7 507	6 802	6 907	6 941	9 003	9 053	9 137	9 207
* an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	2 356	2 086	2 207	2 212	2 055	2 064	2 069	2 131
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	12 512	11 261	11 289	11 412	12 844	13 227	13 124	13 500
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	4 107	3 694	3 669	3 740	4 215	4 495	4 358	4 674
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	3 383	2 921	2 886	2 992	3 463	3 714	3 598	3 862
* von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	724	773	783	748	752	781	759	812
* Spareinlagen	"	1 857	8 405	7 567	7 620	7 672	8 629	8 732	8 766	8 826
* bei Sparkassen	"	1 274	5 496	4 984	5 017	5 048	5 567	5 633	5 655	5 695
* bei Kreditbanken	"	.	981	883	888	896	1 011	1 022	1 027	1 035
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	434	372	370	368	723	424	423	427
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	344	273	318	316	542	321	389	367
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	12	10	14	10	12	9	12	19
Vergleichsverfahren	"	3	2	2	-	3	2	1	1	-
Wechselproteste	"	2 860	1 969	2 053	2 122	1 974	1 755	1 679	1 859	1 901
" 4)	1 000 DM	2 017	2 772	2 679	2 804	2 871	2 392	2 515	2 911	3 073
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	147 152	91 680	215 451	87 703	132 784	120 065	237 240	102 862
* Vermögensteuer	"	2 443	7 461	16 101	4 948	1 075	872	19 465	1 475	617
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	16 625	14 118	16 818	17 889	18 561	14 786	19 253	19 894
* Biersteuer	"	3 176	5 214	5 007	3 651	4 150	5 820	4 475	4 423	4 855
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	112 710	52 201	185 165	60 473	99 934	76 463	205 512	72 361
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	224 120	142 043 ^r	257 712	167 704	239 524	213 345	300 872	255 205
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	79 516	49 855	48 447	70 757	112 684	91 808	92 488	108 827
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	1 766	10 740	11 806	12 908	19 498	24 017	23 390	48 812
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	272	136	111	114	21	60	18	25
* Zölle	"	8 704	8 129	6 126	18 148	6 740	7 663	6 125	7 230	9 226
* Verbrauchsteuern	"	32 345	45 201	43 471	54 454	40 032	44 813	48 151	59 112	46 838
* Tabaksteuer	"	18 677	6 474	5 725	9 853	2 926	1 205	3 724	7 874	4 678
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 528	6 500	5 559	5 852	4 335	6 996	6 962	7 169
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	66 195	30 657	108 748	35 516	53 811	41 172	110 661	38 964
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 220	12 891	899	1 146	1 005	13 095	1 223	1 428
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	178 905	82 858	293 913	95 989	153 745	117 635	316 173	111 325
* Lohnsteuer	"	19 833	79 948	72 005	65 052	60 153	126 882	87 321	72 061	75 002
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	62 652	6 017	154 424	22 740	13 378	15 473	164 597	22 189
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	7 173	4 215	435	6 503	1 121	3 788	- 101	470
* Körperschaftsteuer	"	13 065	29 132	621	74 002	6 593	12 364	11 053	79 616	13 664
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	196 164	.	178 844	.	.	.	192 433	.
* Realsteuern	"	76 545	181 145	.	163 506	.	.	.	174 791	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 541	.	7 005	.	.	.	7 404	.
* Grundsteuer B	"	15 026	26 468	.	24 218	.	.	.	26 489	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	135 495	.	121 888	.	.	.	129 897	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 641	.	10 395	.	.	.	11 001	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	15 019	.	15 338	.	.	.	17 642	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. Von Dezember 1968 auf Januar 1969 teilweise statistisch bedingte Zunahme infolge Neugestaltung der Bankenstatistik. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite; ab Januar 1969 einschließlich Landeswohnungsbaufonds der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise: Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter 1)										
Arbeiter in der Industrie 2)										
Bruttowochenverdienste	DM	96	205	.	.	202	208
* Männliche Arbeiter	"	106	223	.	.	219	226
Facharbeiter	"	113	236	.	.	232	241
Angelernte Arbeiter	"	107	219	.	.	216	222
Hilfsarbeiter	"	87	185	.	.	181	184
* Weibliche Arbeiter	"	61	139	.	.	136	143
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,63	.	.	4,59	4,77
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,94	.	.	4,90	5,11
Facharbeiter	"	2,44	5,24	.	.	5,18	5,43
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,84	.	.	4,83	4,99
Hilfsarbeiter	"	1,90	4,12	.	.	4,06	4,23
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,38	.	.	3,22	3,49
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	44,0	.	.	43,9	43,6
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,8	.	.	44,7	44,3
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	41,1	.	.	41,0	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,4	.	.	38,9	40,4
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,2	.	.	39,6	41,2
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,3	.	.	36,0	37,8
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 132	.	.	1 112	1 170
in der Industrie 2)	"	495	1 026	.	.	1 005	1 066
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 244	.	.	1 214	1 296
* Männliche Angestellte	"	377	781	.	.	771	807
* Weibliche Angestellte	"	648	1 312	.	.	1 295	1 347
Technische Angestellte	"	665	1 349	.	.	1 332	1 386
* Männliche Angestellte	"	452	901	.	.	893	921
* Weibliche Angestellte	"	355	777	.	.	765	805
im Handel 3)	"	351	773	.	.	761	800
* Kaufmännische Angestellte	"	485	1 013	.	.	994	1 055
* Männliche Angestellte	"	279	607	.	.	600	623
* Weibliche Angestellte	"	438	962	.	.	943	998
in Industrie 2) und Handel 3)	"	404	877	.	.	860	911
zusammen	"	536	1 122	.	.	1 097	1 171
* Kaufmännische Angestellte	"	307	669	.	.	660	690
* Männliche Angestellte	"	625	1 297	.	.	1 278	1 332
* Weibliche Angestellte	"	646	1 335	.	.	1 314	1 373
Technische Angestellte	"	418	882	.	.	876	899
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 4)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 069	1 063	1 066	1 065	1 085	1 085	1 091	1 088
Pflichtmitglieder	"	649	649	653	653	647	652	651	655	651
Rentner	"	227	327	318	322	325	338	340	340	341
Krankenstand der Pflicht-										
mitglieder	%	4,5	4,6	5,6	4,6	4,1	5,4	6,6	5,5	4,9
Männer	"	4,6	4,7	5,5	4,5	4,1	5,5	6,5	5,4	4,8
Frauen	"	4,3	4,5	5,6	4,7	4,1	5,4	7,0	5,7	5,0
Soziale Rentenversicherung 5)										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	346 815	340 555	341 411	342 871	353 216	355 699	354 580	356 108
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	82 415	76 854	87 362	80 767	84 707	97 322	90 398	91,426
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	15 574	38 019	29 117	15 805	23 526	22 627	16 106	6 265
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	12 604	32 944	23 329	11 761	21 597	20 569	13 384	4 552
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	7 562	20 003	17 583	12 621	6 367	9 757	10 065	3 938
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	6 510	18 315	15 397	10 367	6 059	9 274	9 271	3 124
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	167	.	169	.	.	.	165	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 053	29 720	29 970	30 340	29 027	29 075	29 012	28 960

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	60 184 ^p	59 967	59 984	60 024	60 463 ^r
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	36 977 ^p	20 712	26 453	34 201	34 890 ^r	24 752	28 213	34 839
Lebendgeborene 2)	"	75 361	80 705 ^p	85 609	82 359	85 813	78 755 ^r	82 074	74 583	84 439
Gestorbene 3)	"	49 784	61 042 ^p	70 956	79 502	65 770	67 319 ^r	65 361	59 007	68 501
Geburtenüberschuß	"	25 577	19 663 ^p	14 653	2 857	20 043	11 436 ^r	16 713	15 576	15 938
Arbeitslose	1 000	769	324 ^p	673	590	460	266	369	374	243
Männer	"	500	239 ^p	527	461	348	195	288	300	182
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	18 732	.	.	19 285	18 732	.	.	19 121
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	273	279	241	260	281	276 ^p	239 ^p	285 ^p
Milcherzeugung	"	1 490	1 843	1 695	1 695	1 988	1 619	1 711	1 649	1 975
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)	1 000	8 015	7 900	7 723	7 751	7 768	8 068	8 094 ^p	8 149 ^p	8 196 ^p
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 900	7 723	7 751	7 768	8 068	8 094 ^p	8 149 ^p	8 196 ^p
Geleistete Arbeitsstunden 7)	Mill. Std.	1 139	942	936	902	936	927	990 ^p	951 ^p	993 ^p
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	36 467	30 517 ^r	31 711 ^r	34 872	39 500	37 088 ^p	36 171 ^p	40 939 ^p
Auslandsumsatz	"	2 698	6 660	5 345 ^r	5 626 ^r	6 421	8 367	6 282 ^p	6 516 ^p	7 835 ^p
Index der industriellen Produktion 9)	1962=100	75	131	111	118	125	144	130	137	143 ^p
Gesamtindustrie	"	76	132	113	120	126	146	132	141	145 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	76	131	111	118	125	144	130	139	143 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	74	153	163	158	157	191	186	189	185 ^p
Energieversorgungsbetriebe	"	99	93	96	94	95	97	98	99	99 ^p
Bergbau	"	74	133	112	120	127	147	132	141	146 ^p
Verarbeitende Industrie	"	71	152	127	138	144	153	150	156	162
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	73	123	102	108	117	149	124	136	142
Investitionsgüter	"	76	130	109	119	127	141	130	139	146
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	81	128	110	114	119	136	121	124	125
Nahrungs- und Genußmittel	"	72	122	67	85	101	104	83	65	102
Bauhauptgewerbe	"	12 403	9 334	10 265	9 650	9 865	8 899	10 349	9 422	9 922
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	7 791	8 460	8 708	7 542	8 059	9 541	9 416	8 492	9 264
Braunkohlenförderung (brutto)	"	1 645	2 526	2 375	2 406	2 585	2 516	2 713	2 495	2 855
Produktion von Roheisen	"	2 143	3 377	3 224	3 230	3 522	3 188	3 630	3 388	3 876
Stahlrohblöcken	"	1 470	2 381	2 078	2 248	2 430	2 260	2 655	2 449	2 756
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	8 457	...	18 363	16 922	17 616	19 878	20 238	18 581	...
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)	1 000	1 322	1 487	1 379	1 384	1 436	1 476	1 417	1 402	...
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 487	1 379	1 384	1 436	1 476	1 417	1 402	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	127	152	177	158	148	106	...
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 431	3 176	2 387	2 128	1 976	5 582	2 580	2 177	...
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	44 719	29 373	38 100	49 605	40 764
Handel										
Umsätze	1962=100	.	138	113	112	132	194
Waren verschiedener Art	"	.	173	135	128	159	277
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	137	119	121	135	166
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	126	103	86	115	192
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	132	89	95	116	203
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	132	95	96	106	310
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	118	75	96	131	124
Außenhandel (Spezialhandel)	Mill. DM	2 594	6 765	6 211	6 152	6 634	7 218	7 765	6 858	8 218
Einfuhr	"	3 083	8 296	7 477	7 449	8 409	9 905	7 880	7 914	9 813
Ausfuhr	"	489	1 531	1 267	1 298	1 775	2 688	115	1 055	1 595
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"									

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; endgültige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968					1969		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	...	100	101	101
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	136	107	129	132	117
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	...	124	135	117
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	83	88	83	80	85
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	66	68	70	68	65
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	111	115	116	112	113
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	32 342	29 750	30 548	31 022	32 342 ^P
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	360 074	319 102	322 142	326 135 ^r	360 074 ^P
Kurzfristige Kredite	"	32 530	82 889	72 407	72 922	74 504 ^r	82 889 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	277 185	246 695	249 220	251 631	277 185 ^P
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	283 017	244 137	247 195	247 597	283 017 ^P
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	119 135	98 099	99 155	98 489	119 135 ^P
Spareinlagen	"	36 065	163 882	146 038	148 040	149 108	163 882 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	129,6	121,1	121,8	121,4	131,4	135,5	137,3	137,6
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 799	7 962 ^r	6 399	10 197	14 296	8 514	7 908	12 362
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 745	3 717 ^r	2 866	6 858	9 010	4 293	3 278	7 793
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 141	2 799	1 762	1 575	2 545	2 916	2 610	2 642
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 913	1 446 ^r	1 771	1 764	2 741	1 305	2 020	1 927
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	99,8	98,9	98,3	98,9	105,5 ^P	106,5 ^P	106,2 ^P	107,9 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	105,9	105,0	105,0	105,2	101,6	102,4	102,9	103,7
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	99,3	99,7	99,8	99,5	99,6	100,0	100,1	100,2
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	120,8	.	119,9	.	.	122,6	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	96,2	.	95,2	.	.	96,9	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	229,9	229,1	228,9	229,1	232,3	233,9	234,3	234,9
"	1958=100	100	125,2	124,8	124,7	124,8	126,5	127,4	127,6	127,9
"	1962=100	92,7	116,1	115,7	115,6	115,7	117,3	118,1	118,3	118,6
Ernährung	"	93,0	110,8	111,8	111,1	111,0	111,8	113,0	113,2	113,7
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	111,1	110,9	110,8	110,7	111,4	111,4	111,4	111,4
Wohnung	"	82,0	147,4	141,8	142,9	143,9	152,4	156,5	157,6	158,4
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	115,6	116,0	116,8	116,6	117,7	117,8	117,6	116,6
Hausrat	"	97,7	102,6	102,7	102,7	102,6	102,6	102,6	102,7	102,7
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,0	112,4	112,6	112,7	112,8
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	119,9	118,7	119,3	119,4	120,7	121,1	121,1	121,2
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	125,3	124,2	124,6	124,7	126,4	126,8	126,9	126,8
Verkehr	"	93,2	116,6	116,0	115,9	116,2	117,2	116,7	116,7	116,7
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	141,6	134,1
Weibliche Arbeiter	"	67,8	147,0	140,9
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	146,2	141,9
Weibliche Arbeiter	"	66,4	150,3	145,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	96,9	94,5
Weibliche Arbeiter	"	102,0	97,5	96,3

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahngig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" ., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" ., 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.